

FORUM DER WERKTÄTIGEN

Am 16. März tritt in Moskau der XVII. Kongreß der Gewerkschaften der UdSSR zusammen. Diese größte Massenorganisation des Landes vereinigt 130 Millionen, praktisch alle Werktätigen, in ihren Reihen: ein überzeugender Beweis für den demokratischen Charakter der sowjetischen Gesellschaft.

Es geht natürlich nicht nur und nicht so sehr um die Zahlen wie vielmehr um die Funktionen der sowjetischen Gewerkschaften, darum, welches Gewicht sie im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft, in der Verwaltung der Angelegenheiten von Staat und Öffentlichkeit haben.

Was die Gegner des Sozialismus von unserer Demokratie auch sagen mögen, wir haben keinen Grund, einer Diskussion über die Stellung der Verbände der Werktätigen in der UdSSR, über die Beziehungen zwischen der KPdSU, dem Staat des siegreichen Proletariats und den Gewerkschaften auszuweichen. Seit mehr als 60 Jahren sind diese Fragen Gegenstand eines heftigen ideologischen Kampfes zwischen uns und den Apologeten des Monopolkapitals, zwischen uns und jenen wenigen in der Arbeiterbewegung, die unter Aufgabe der Klassenposition heute faktisch der bürgerlichen Propaganda sekundieren.

Unsere ideologischen Gegner behaupten, die Zusammenarbeit der sowjetischen Gewerkschaften mit der herrschenden Partei und dem sozialistischen Staat führe dazu, daß die Gewerkschaften ihre Unabhängigkeit, ihr eigenes Gesicht eingebüßt hätten. Diese Behauptung ist absolut unhaltbar. Wer sie vertritt, berücksichtigt z. B. den Charakter des sozialistischen Staates der Werktätigen und für die Werktätigen nicht, eines Staates, dem sie nicht einzelne soziale Leistungen im Kampf abzutrotzen brauchen, wie es die Gewerkschaften im Westen müssen. In ihrer ganzen Geschichte hat die Sowjetmacht kein einziges Gesetz verabschiedet, das die Tätigkeit der Gewerkschaften auch nur im geringsten eingeschränkt hätte.

Neben anderen Massenorganisationen nominieren die Gewerkschaften Kandidaten zu den Sowjets der Volksdeputierten jeder Ebene und beteiligen sich an der Ausarbeitung und Erörterung von Gesetzesakten. In den Betrieben kann die Direktion über 70 Verwaltungsfunktionen nicht ohne Zustimmung der Gewerkschaft ausüben, auch keinen einzigen Werktä-

tigen entlassen oder versetzen; dafür hat die Gewerkschaft das Recht, die Absetzung jedes Leiters zu verlangen, wenn er die Interessen der Schaffenden schmälert.

Bei der Lösung ihrer beiden Hauptaufgaben — Sorge für die Interessen der Werktätigen und Entwicklung der Produktion — haben die sowjetischen Gewerkschaften keinen Grund zu Konflikten mit dem Staat. Sie sind ebenso wie er daran interessiert, den Formalismus, Bürokratismus und Mißbräuche, all das, was den Fortschritt der Gesellschaft hemmt und den Menschen das Leben vergällt, auszumerzen. Die in der konkreten Praxis entstehenden eventuellen Differenzen zwischen einzelnen Gewerkschaftsorganen und Werkleitungen werden auf kommunistische, sowjetische Art gelöst: zum Nutzen der Gesellschaft und des arbeitenden Menschen.

Im Westen wird die Tatsache, daß die KPdSU die sowjetischen Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit anleitet, als Diktat hingestellt. Aber diese Leitung ist ideologisch und politisch. Die Partei ersetzt keineswegs die Gewerkschaften, mindert ihre Rolle nicht herab und schränkt ihre Tätigkeit nicht ein. Lenin schrieb: „Nie werden Millionen von Menschen auf die Ratschläge von Parteien hören, wenn diese Ratschläge nicht mit dem zusammenfallen, was die Erfahrungen ihres eigenen Lebens sie lehren.“ Damit der „Transmissionsmechanismus zwischen der Kommunistischen Partei und den Massen — die Gewerkschaften —“ funktioniert, forderte Lenin von den Gewerkschaftern, mitten im Produktionsleben zu stehen, die Stimmung der Massen richtig, ohne einen Schatten von falscher Idealisierung, den Grad ihrer Bewußtheit, ihre wirklichen Bedürfnisse zu bestimmen sowie sich durch kameradschaftliches Verhalten zu den Massen, die sorgfältige Befriedigung ihrer Bedürfnisse ein grenzenloses Vertrauen zu erwerben.

Heute danken diese Massen — die vielen Millionen Werktätigen von Stadt und Land — herzlich der Leninschen Partei, ihrem Zentralkomitee und Leonid Breshnew für die unermüdliche Sorge um das Wohl des Landes, um seine Stärke und Autorität. Fragt man einen Sowjetbürger, was den Weg der KPdSU in den letzten Jahren kennzeichnet, so wird er unbedingt sagen: Aktionen, damit Frieden bleibt. Um dieses Zieles willen sind wir bereit, unter Einsatz all unserer Kräfte zu arbeiten. Das Bewußtsein dieser hohen internationalen Verantwortung hilft uns eventuelle Schwierigkeiten in der Wirtschaft und im Alltag ertragen.

Arbeit zum Wohl des Heimatlandes, aktiver Friedenskampf, Solidarität mit den Klassenbrüdern in allen Ländern: Unter diesen Parolen wird das höchste Gewerkschaftsforum der UdSSR im 60. Jahr des Bestehens unseres Staates eröffnet.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 11 MÄRZ 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Forum der Werktätigen	1
W. Kusnezow — Bedrohung durch lautlosen Tod	5
G. Rjabow — Die Venus lüftet den Schleier	8
B. Koslow — Aufruf zum Dialog	9
A. Karjalainen. UdSSR—Finnland. Blick in die Zukunft (Interview)	10
A. Wolodin — SRV. Der besondere Monat März	12
A. Baryschew — NATO im Zeichen des Krebses	13
O. Fomin — Naher Osten. Sie reden — aber nicht zur Sache	14
W. Schelepin — Algerien sagt ja	15
Notizen ♦ Glossen	16
Noch einmal zur Haltung der IKP-Führung	18
W. Moltschanow, A. Popow — Niederlande. Menschen auf Schienen	29
A. Uswatow — China—Indien. Nach der ersten Verhandlungsrunde	30
PS	32



Aus Werken und Schächten, von Bauplätzen und Feldern, aus Forschungslabors und Lehrinrichtungen, aus staatlichen Institutionen und Künstlerverbänden, von überallher aus dem multinationalen Sowjetland kommen die Abgesandten der Werktätigen zum XVII. Gewerkschaftskongreß nach Moskau. Als die wahren Herren des Landes werden sie über bedeutende und für die ganze Gesellschaft wie für jeden sowjetischen Menschen lebenswichtige Fragen sprechen.

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad, Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

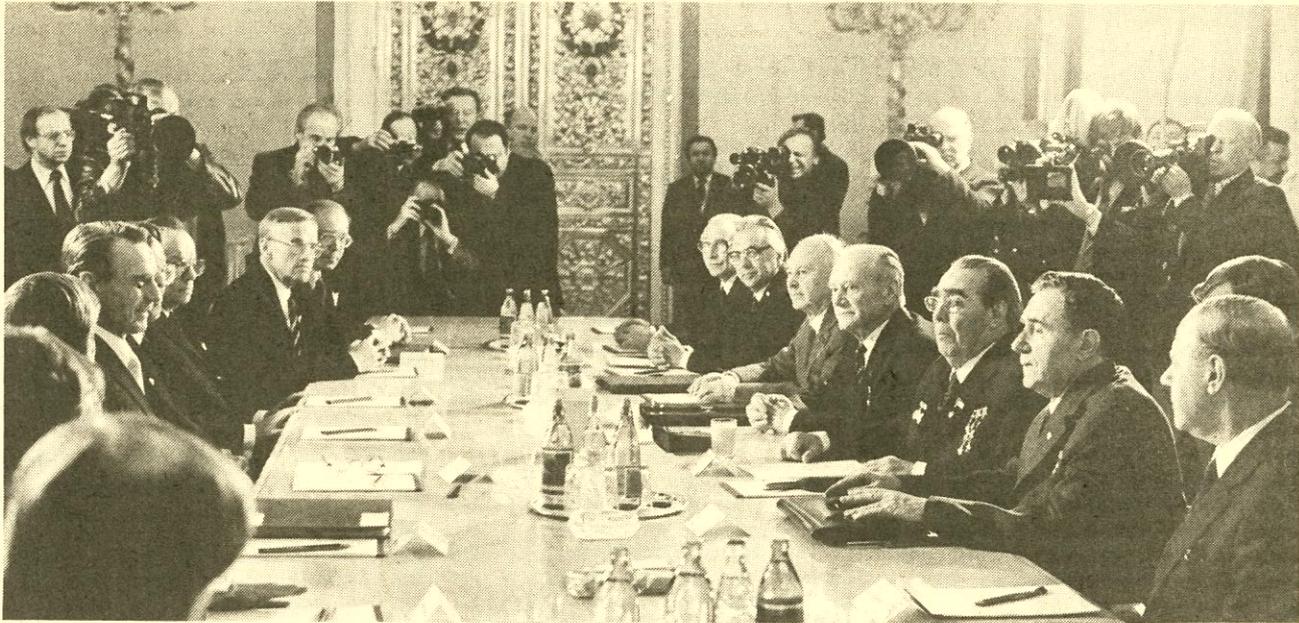
Das Sowjetvolk hat den internationalen Frauentag, den 8. März, feierlich begangen. Das ZK der KPdSU wandte sich mit einer Grußbotschaft an die sowjetischen Frauen: „Das Glück der Mütter und ihrer Kinder ist vom Frieden nicht zu trennen. Die sowjetischen Frauen unterstützen von ganzem Herzen die friedliebende Politik der KPdSU und des Sowjetstaates. In der komplizierten internationalen Lage kämpfen unsere Landsmänninnen gemeinsam mit den Frauen der sozialistischen Länder, mit den werktätigen Frauen der ganzen Erde aktiv für den Frieden, für die Abwendung der Gefahr eines Nuklearkrieges. Möge die Stimme der Frauen im Kampf gegen die Kriegsgefahr, für Frieden und Abrüstung noch lauter ertönen!“ Am 5. März fand im Bolschoi Theater eine Festversammlung von Vertretern der Partei-, der Staats- und der gesellschaftlichen Organisationen Moskaus statt. An ihr nahmen Leonid Breshnew, Nikolai Tichonow und andere Mitglieder der sowjetischen Führung teil.

Am 4. und 5. März weilte Pjotr Mladenow, Mitglied des Politbüros des ZK der BKP und Außenminister Bulgariens, zu einem Besuch in der Sowjetunion. Andrej Gromyko und Pjotr Mladenow führten Gespräche (s. S. 9).

Vom 25. Februar bis 6. März hielt sich eine Delegation der KP Ekuadors — R. Maugé Mosquera, Generalsekretär des ZK der KPE, M. Jijon Saavedra, Mitglied des Exekutivkomitees und Sekretär des ZK der KPE — in der Sowjetunion auf. Am 3. März traf Boris Ponomarjow mit der Delegation zusammen. Bei dem Meinungsaustausch verurteilten beide Seiten entschieden die Aggressionspolitik der herrschenden Kreise der USA, die von ihnen entfesselte antisowjetische und antipolnische Kampagne, deren Versuche, sich in die Angelegenheiten souveräner Staaten einzumischen. Sie bekundeten ihre Solidarität mit den Völkern Kubas, Nikaraguas und Grenadas, mit dem Kampf der Patrioten von El Salvador und Guatemala für Freiheit und Unabhängigkeit.

Am 4. März empfing Michail Simjanin, Sekretär des ZK der KPdSU, führende Funktionäre der Internationalen Organisation der Journalisten und ausländische Delegationen, die am 5. Kongreß des Journalistenverbandes der UdSSR (2.—4. März, Moskau) teilgenommen hatten.

Am 5. März setzte die Landekapsel der sowjetischen automatischen Interplanetarstation Venera 14 weich auf der Venusoberfläche auf (siehe S. 8).



Am 9. März traf Mauno Koivisto, Präsident der Republik Finnland, auf Einladung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zu einem Arbeitsbesuch in Moskau ein. Im Kreml fanden sowjetisch-finnische Verhandlungen statt. Die Gespräche führten von sowjetischer Seite Leonid Breshnew, Nikolai Tichonow, Andrej Gromyko und Boris Ponomarjow, von finnischer Seite Mauno Koivisto und seine Begleitung. TASS-Foto: Bei den Gesprächen.

Am 6. März erörterte das Politbüro des ZK der PVAP den Rechenschaftsbericht über den offiziellen UdSSR-Besuch der Partei- und Staatsdelegation der VR Polen, über die Begegnungen und Gespräche der polnischen Delegation unter Wojciech Jaruzelski, Erster Sekretär des ZK der PVAP und Vorsitzender des Ministerrats der VR Polen, mit der sowjetischen Delegation unter Leonid Breshnew. Das Politbüro billigte voll die Gesprächsergebnisse, am 7. März billigte sie der Ministerrat der VR Polen.

Vom 1. bis 4. März fand in Tutzing (Bayern, BRD) ein internationales Kolloquium zum Thema „Friedenssicherung durch Abrüstung“ statt. Zu dem Forum hatten einige bundesdeutsche Organisationen aufgerufen.

In Nagasaki startete die Friedensstaffette gegen die Nukleargefahr. Die Stafetten Teilnehmer werden durch viele Städte Japans ziehen, am 21. März an einer Antikriegskundgebung mit 200 000 Menschen in Hiroshima und am 23. Mai an einer Kundgebung mit 300 000 Demonstranten in Tokio teilnehmen und ihren Marsch im Juni in New York beenden, wo die zweite Abrüstungsversammlung der UNO-Vollversammlung beginnt. Die Stafette wurde von Friedenskämpfern aus Hiroshima und Nagasaki organisiert.

Am 3. März drangen ca. 40 chinesische Schiffe in vietnamesische Territorialgewässer in einer Entfernung von 4–10 Meilen unweit der Mündungen des Ron, Gianh und Nhatle ein. Die Grenzverletzer überfielen ein vietnamesisches Fischereifahrzeug und beschädigten es. Volkswehrangehörige auf den vietnamesischen Fischereifahrzeugen leisteten den Chinesen Widerstand, setzten drei chinesische Schiffe in Brand und brachen ein Boot auf, auf dem Waffen und Munition entdeckt wurden. Das SRV-Außenministerium richtete an die chinesische Botschaft in Hanoi eine Note, in der es entschieden gegen die grobe Verletzung der Souveränität Vietnams protestierte und die Einstellung der Provokationen verlangte.

Am 7. März ging in Maputo eine Konferenz führender Politiker der Frontstaaten zu Ende, an der Tansania, Sambia, Angola, Botswana, Moçambique und Simbabwe sowie Führer der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) und des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) von Südafrika teilnahmen. Die Konferenz konstatierte mit Genugtuung, daß das Volk Namibias unter Führung der SWAPO den nationalen Befreiungskampf verstärkt und in der RSA die Volksmassen unter Führung des ANC die Streikbewegung und militärische Aktionen gegen das Apartheidregime intensivieren.

Die Aufständischen in El Salvador haben ihre Kampfhandlungen aktiviert. Die Kämpfer der Nationalen Befreiungsfront „Farabundo Martí“ kontrollieren die Lage in den vier Ostdepartements. Im Südwesten des Landes haben die Partisanen einige große Ortschaften befreit.

Vom 3. bis 5. März besuchte Frankreichs Präsident François Mitterrand Israel. Er führte Gespräche mit dem israelischen Premier Menachem Begin und hielt eine Rede in der Knesset.

Der kanadische Verteidigungsminister Grilles Lamontagne erklärte vor dem ständigen Parlamentsausschuß für Außenpolitik und Verteidigung, die Regierung Trudeau wolle bis Ende 1982 die restlose Beseitigung aller Arten von Nuklearraketenwaffen von kanadischem Territorium durchsetzen.

Unter Einfluß der Labourmehrheit erklärte der Magistrat von Groß-London das Stadtterritorium zur kernwaffenfreien Zone. Zuvor hatten die Munizipalitäten aller acht Grafschaften von Wales ebenfalls ihre Grafschaften zu kernwaffenfreien Zonen proklamiert. Ähnliche Beschlüsse wurden bereits von ca. 170 Munizipalitäten Großbritanniens gefaßt.

In Italien wurde ein weiterer antisowjetischer Rummel inszeniert — diesmal wegen der angeblichen Verletzung der Hoheitsgewässer des Landes in Raum der Bucht von Tarent durch ein sowjetisches U-Boot. In diesem Zusammenhang informierte die UdSSR-Botschaft in Rom das Außenministerium Italiens, daß nach Angaben kompetenter sowjetischer Behörden kein einziges sowjetisches U-Boot die Hoheitsgewässer Italiens verletzt hat und sich

in der von der italienischen Seite genannten Zeit nicht mehr als 200 km Tarant genähert hat.

Auf dem Flughafen Gander hielt die kanadische Polizei ein Flugzeug der DDR-Luftfahrtgesellschaft Interflug fest. Es wurde auf Grund dessen durchsucht, daß ein kanadischer Parlamentarier erklärt hatte, in Flugzeugen sozialistischer Länder würden Waffen nach Nicaragua und El Salvador geschafft. Doch natürlich wurden keinerlei Waffen an Bord gefunden. In den geöffneten Kisten waren Schulbücher und andere Lehrbehelfe.

Am 8. März wurde in New York eine Tagungsperiode der UNO-Seerechtskonferenz eröffnet. An ihr nehmen die Vertreter von mehr als 150 Ländern, darunter aus der Sowjetunion, teil.

Am 5. März fanden in Algerien Wahlen zur Nationalversammlung statt. Ca. 75% der Stimmen erhielten die Kandidaten der Nationalen Befreiungsfront (siehe S. 15).

Am 7. März nahm die von der Islamischen Konferenz gebildete Sonderdelegation zur Regelung des iranisch-irakischen Konflikts ihre Arbeit wieder auf. Die Delegation, bestehend aus den Präsidenten Guineas, Pakistans und Bangladeshs, dem Premierminister der Türkei sowie dem Generalsekretär der Islamischen Konferenz, besuchte Bagdad und traf nach Gesprächen mit der irakischen Führung in Teheran ein. Die jüngsten Vermittlungsversuche von Olol Palme, Sonderbeauftragter des UNO-Generalsekretärs, blieben ergebnislos.

Am 6. März fällte das oberste Militärgericht in Kairo sein Urteil im Fall der „Verschwörung zum Zwecke des Mordes an Anwar Sadat“. Fünf Personen wurden zum Tode verurteilt, fünf bekamen lebenslängliche Zwangsarbeit. Zwölf Angeklagte erhielten von 5 bis 15 Jahre Zwangsarbeit. Zwei Personen wurden freigesprochen. Das Urteil muß noch vom Präsidenten bestätigt werden.

Am 6. März endete die erste Gesprächsrunde zwischen US-Außenminister Alexander Haig und dem Außenminister Mexikos, Jorge Castañeda, ergebnislos. Erörtert wurde der vom mexikanischen Präsidenten José López Portillo vorgelegte Plan für eine friedliche Lösung des salvadorianischen Konflikts sowie anderer Fragen Mittelamerikas und der Karibik. Die USA haben diesen Plan abgelehnt. Doch der Druck der Verbündeten und des Kongresses zwang die US-Administration, den Gesprächen mit Mexiko zuzustimmen. Doch, wie die erste Gesprächsrunde zeigte, wurde diese Zustimmung nur gegeben, um den An-

schein einer „konstruktiven Haltung“ Washingtons zu den Problemen Mittelamerikas und der Karibik zu erwecken.

Am 7. März traf BRD-Außenminister Hans-Dietrich Genscher zu einem dreitägigen Besuch in Washington ein.

In der Zentralafrikanischen Republik wurde geputscht. Informations- und Kulturminister F. Bezize stand hinter der Verschwörung. Seine Anhänger konnten den Rundfunksender Bangui besetzen. Doch dem Staatschef André Kolingba treue Truppen schlugen den Umsturzversuch nieder.

In der iranischen Provinz West-Aserbaidshan wurde ein Komplott zum Sturz des derzeitigen Regimes im Lande aufgedeckt. Drahtzieher war eine Gruppe von Konterrevolutionären und Großgrundbesitzern. Die Verschwörer wollten die Monarchie im Iran wiederherstellen.

Am 7. März fanden in Guatemala in einer Atmosphäre des Terrors und der Repressalien „allgemeine Wahlen“ des Präsidenten, des Vizepräsidenten, der Parlamentsmitglieder und der örtlichen Machtorgane statt. Einige Kandidaten bezichtigten die Regierung der Fälschung und des Betrugs.

Am 8. März begann ein NATO-Manöver in der Karibik und im Golf von Mexiko (siehe S. 13).



Die Werktätigen Kanadas verlangen von der Regierung entschiedene Maßnahmen zur Überwindung der tiefen Wirtschaftszession und appellieren an die Behörden, sie vor der Willkür der US-Monopole zu schützen. 1981 erreichte die Inflation den Rekordstand von 12,5%, und die Zahl der Arbeitslosen betrug nach offiziellen Angaben im Februar d. J. 1 096 000 Personen. Unter Berücksichtigung der Saisonarbeitslosigkeit und der Personen, die die Suche nach Arbeit aufgegeben haben und deshalb nicht mehr von den Arbeitsämtern geführt werden, liegt die Arbeitslosenzahl bei 1,5 Millionen.

Foto: „Canadian Tribune“

Wir österreichischen Geistes-schaffenden sind zutiefst darüber beunruhigt, ob es nichts gibt, das sich der nuklearen Katastrophe gegenüberstellen ließe. Des „Steins der Weisen“ rühmen wir uns nicht, aber wir glauben eines zu wissen: daß es für die nukleare Zerstörung der Welt eine Alternative der Vernunft und des Humanismus geben müsse. Diese Alternative ist die friedliche Zusammenarbeit für den Fortschritt aller Völker. Und das ist es, was wir brauchen.

Dr. Norbert REDTENBACHER
Wien, Österreich

Mich erstaunt der außerordentliche Subjektivismus der IKP-Führung bei der Betrachtungsweise der Ereignisse in Polen. Man nennt sich zwar Internationalist, stellt aber den Klassenbrüdern ein Bein, nur weil deren Vorgehen nicht ins Prokrustesbett einiger pseudorevolutionärer Dogmen paßt. Mao Zedong hat seinerzeit die Erfahrungen des Weltsozialismus aufgegeben. Die gleiche Tendenz ist bei der IKP erkennbar. Es ist sehr bedauerlich, daß die Führung einer der größten Formationen der internationalen kommunistischen Bewegung ihren revolutionären Geist einbüßt. Dennoch bin ich überzeugt, daß sich in der IKP gesunde Kräfte finden, die die Partei zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus zurückführen.

A. MAXIMOW
Krasnodar, RSFSR

Beim Lesen des Artikels V. Gussenkows über den XXIV. Parteitag der FKP (NZ 8 82) kam ich zu der Überzeugung, daß unter Bedingungen, da der Marxismus-Leninismus und die Erfahrungen der KPdSU unbegründeten böserartigen Ausfällen nicht nur seitens bürgerlicher Parteien und westlicher Massenmedien, sondern bedauerlicherweise auch seitens mancher Kommunisten ausgesetzt sind, daß unter diesen Bedingungen die prinzipielle marxistisch-leninistische Haltung der FKP wichtige Bedeutung besitzt.

W. PETRENKO
Moskau

BEDROHUNG DURCH LAUTLOSEN TOD

Wladlen KUSNEZOW

Dringend, sehr dringend sollten wir uns heute an die einfache, aber schlimme Wahrheit erinnern: Chemische Waffen sind Massenvernichtungswaffen. Genauso wie Kernwaffen. Schon der Gedanke an einen möglichen Einsatz löst flammende Empörung bei allen friedliebenden Menschen aus. An ihr Gewissen appelliert die am 19. Februar in der sowjetischen Presse veröffentlichte TASS-Erklärung. Sie ist gleichzeitig eine eingehende Warnung an jene, die den gefährlichen Inkubator des „schlafenden Todes“ herstellen, die ein Heer „lautloser Mörder“ befehligen wollen.

In der Atmosphäre militaristischer Hysterie wurde in den USA ein neuer weittragender Schritt unternommen: Die Verkündung des Milliardenprogramms der „chemischen Umrüstung“. Damit wurde im Grunde eine umfassende Vorbereitung zum C-Krieg eingeleitet.

Jagd nach der „absoluten Waffe“

Expertenschätzungen zufolge besitzen die USA das weltgrößte C-Waffen-Arsenal. Die US Army hat 90 verschiedene Typen davon. In ihren Lagern in den USA, in Europa, Japan und auf den Pazifik-Inseln sind mehr als drei Millionen C-Granaten, -Bomben und -Minen von 150 000 t Gesamtgewicht konzentriert. Der US-Senator D. Pryer erklärte, das reiche völlig aus, um die gesamte Erdbevölkerung 50mal zu vernichten. Doch dem Pentagon ist es zu wenig.

Unter Berufung auf Offizielle meldete das „New York Times Magazine“, im Pentagon arbeite man an einer neuen „Doktrin und Taktik zur Anwendung von C-Waffen unter modernen Kriegsbedingungen“. Man hält sich jedoch nicht mit der Theorie auf, alles wird hübsch praktiziert: Auf Übungsfeldern in den USA und auch in den NATO-Vorpostenländern Westeuropas gibt es schon einige Jahre Manöver mit angenommenem C-Waffen-Einsatz. Die US-Fernsehgeseilschaft NBC brachte eine Extrareportage zu den Plänen des Pentagon. Das Resume nach einem Gespräch mit dem Oberbefehlshaber des C-Waffen-Korps der

US-Army, Generalmajor M. Fullwarter: „Die USA bereiten sich gegenwärtig auf den chemischen Krieg vor.“

Der chemische Krieg wird also als fester Bestandteil der US-Strategie in der gegenwärtigen Phase verkündet. Womit läßt sich das erklären? Natürlich mit dem alten manischen Hang nach der „absoluten Waffe“ und dem alten Wunsch, koste es, was es wolle, militärische Überlegenheit zu erlangen, wenn schon nicht in allen Komponenten der militärischen Stärke so doch wenigstens in denen, die, wie man meint, Erfolgchancen versprechen. Besondere Hoffnung setzen die militaristischen Kreise der USA auf die sogenannten binären Nervengase. Das Gemisch besteht aus zwei Hauptkomponenten, von denen jede einzeln genommen unschädlich ist. Deshalb ließen sie sich, so behauptet man, bequem und relativ gefahrlos lagern und befördern. Beide Komponenten, durch die Explosion eines Gefechtskopfes vereint, machen sie zu einem todbringenden Giftstoff, zu einer entsetzlichen Massenvernichtungswaffe.

Man sollte sich das Datum 22. Mai 1981 merken. An jenem Tag gab man in den USA das Startzeichen zum Wettrüsten in einer weiteren, für die gesamte Menschheit hochgefährlichen Richtung. Der Kongreß bewilligte, wie US-Außenminister Alexander Haig triumphierend berichtete, „20 Mio Dollar zur Entwicklung eines Potentials offensiver ‚bikomponenter‘ C-Waffen“. Diese Summe war für den Bau einer speziellen Fabrik in Pine Bluff (Staat Arkansas) bestimmt. Der Anfang sah mit 20 Mio bescheiden aus, 1984 aber sollen bereits 4 Md. Dollar zur forcierten Entwicklung einer neuen C-Waffen-Generation verausgabt werden!

„Schon der Gedanke an einen eventuellen C-Krieg flößt Schaudern ein“, schreibt die „Washington Post“ in einem redaktionellen Beitrag, in dem sie die normale, natürliche Reaktion der meisten Amerikaner ausdrückt.

Die Pentagon-Leute dagegen kennen kein Schaudern. Sie begeistern sich an den niedrigen Kosten der neuen C-Waffen (ein Liter Nerven-

gas Sarin reicht aus, um eine Million Menschen ins Jenseits zu befördern, erfordert aber nur ganze 5 Dollar), an der bequemen Lagerung und der einfachen Herstellung (unkomplizierter als Kernwaffen). Sie entdecken in dem Waffenmonstrum noch eine Menge anderer Vorzüge. Vom Standpunkt dieser modernen Menschenfresser gehört dazu vor allem, daß die C-Waffe wie die Neutronenwaffe nur Menschen tötet und materielle Werte unangetastet läßt.

In den Gehirnwindungen der Militaristen arbeitet es andersrum, die Weltkugel ist für sie nur ein riesiger Kriegsschauplatz und die Völker sind die Statisten. Doch viele Amerikaner mit normalem Verstand und klarer Psyche fragen sich, wie es die „New York Times“ ausdrückt, „warum ein Land, das die erste Atombombe abgeworfen und tödliche Herbizide über Vietnam und Laos verstreut hat, binäres Nervengas entwickelt, wenn es das nicht einsetzen will“ (wie das amtliche Washington ja erklärt).

Schießplätze und Gaskammern

Ja wirklich, warum? Diese Frage stellt sich die ganze Welt. Man weiß, mit wem man zu tun hat. Wer einmal ein Verbrechen verübt hat, der macht auch vor dem nächsten nicht halt. Die über Hiroshima und Nagasaki ausgeklinkten Atombomben, die Taktik der verbrannten Erde in Vietnam und die Entwicklung unmenschlicher Arten von Massenvernichtungswaffen sind Glieder einer Kette. Wir dürfen nicht vergessen, was gewesen ist, müssen an die Präzedenzfälle denken, denn an sie denken auch jene, von denen sie inszeniert werden. Die Liste der Verbrechen des Imperialismus unter Anwendung von C-Waffen ist genügend lang.

1952—1954 wurden von Großbritannien zum erstenmal nach dem zweiten Weltkrieg Herbizide zur Pflanzenvernichtung während Kampfhandlungen in Malaysia eingesetzt.

Anfang der 50er Jahre wurden C-Waffen im Korea-Krieg verwendet, und 1967—1969 versprühten die USA das Entlaubungsmittel Dioxin

Agent Orange in der entmilitarisierten Zone in Korea.

Portugal setzte C-Waffen in Angola gegen Befreiungskämpfer ein.

Während der Indochina-Intervention der USA wurde alles Lebende in verschiedenen Ortschaften Vietnams durch Herbizide und Entlaubungsmittel ausgerottet. Das Pentagon tränkte den Boden von Vietnam (wie auch von Laos und Kambodscha) mit Agent Orange. Mehr als 2 Millionen Vietnamesen fielen dem C-Krieg zum Opfer. Mehrere tausend kamen um, die anderen haben bis zu heute zu leiden.

Amerikanische C-Munition, darunter Bomben und Granaten, wurden von afghanischen Konterrevolutionären gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt.

Bomben mit Toxinen US-amerikanischer Herkunft detonierten auch in El Salvador, wo sie von der Junta bei ihren Strafexpeditionen gegen die Freiheitskämpfer eingesetzt werden.

Diese schändliche Praxis beweist, daß der Imperialismus in Kolonialkriegen, bei der Bekämpfung von Aufständischen und Partisanenbewegungen liebend gern zur C-Waffe greift. Er tut das im Glauben daran, ungestraft davonzukommen, weil kein einziges dem C-Waffen-Angriff ausgesetztes Land Gleiches mit Gleichem vergelten konnte.

Sie beweist, daß kein Staat in den Nachkriegsjahren C-Waffen in einem solchen Umfang wie die USA eingesetzt hat. Sie tragen die Verantwortung für schwerste Verbrechen gegen die Menschheit, die von der ganzen Weltöffentlichkeit verurteilt werden. Sie werden auch die Verantwortung für die Folgen zu tragen haben, die sich aus dem provozierten C-Waffen-Wettrüsten ergeben.

„Eine Beteiligung der USA an ‚begrenzten‘ Kriegen in der dritten Welt ist wahrscheinlicher als je zuvor“, äußerte ein Pentagon-Mann der „New York Times“ gegenüber. Auf fernen Kriegsschauplätzen wollen die amerikanischen Heerführer der „lautlosen Mörder“ auch weiterhin operieren. Das Johnston-Atoll im Pazifik ist eine solche Lagerstätte des „schlafenden Todes“ der USA. Nach Angaben des indischen „National Herald“ will das Pentagon neue weitreichende Raketen auf der Insel Diego Garcia, dem Hauptstützpunkt der „Eingreiftruppe“ im Indik, mit Gassprengköpfen ausrüsten. Dieses Interventionskorps wird bereits für Kampfhandlungen unter Einsatz von Giftgasen gedrillt.

Das alles bekräftigt die Schlußfolgerung der TASS-Erklärung, daß man in den USA mit kaltblütigem Zynismus an Plänen arbeitet, ganze

Kontinente in Gaskammern zu verwandeln. Diese Pläne konzentrieren sich in jüngster Zeit immer mehr auf Europa.

Gift für Europa

Waffen werden gewöhnlich dort gelagert, wo man sie einsetzen will. Dieser Regel folgend begann das Pentagon schon von einigen Jahren, Reserven von C-Munition in den westeuropäischen NATO-Vorposten anzulegen. Die Rolle des Haupt-C-Waffenträgers wurde der BRD übertragen. Dort lagern so viele chemische Waffen, daß es, nach in der Bundesrepublik angestellten Berechnungen, mehr als genug wären, um die ganze europäische Bevölkerung auszurotten. Die USA und Italien haben kürzlich ein Abkommen über eine erweiterte US-Militärpräsenz auf den NATO-Stützpunkten bei Verona und Vicenza geschlossen, wo auch chemische Mittel der Kriegführung gelagert werden sollen. Intensiv bearbeiten Pentagon-Beamte auch London, das selbst über ein C-Waffenarsenal verfügt. In Washington meint man, Bomben mit binärer Füllung seien greifbarer „auf dem Territorium Englands, das dem potentiellen Schlachtfeld Westdeutschland näher gelegen ist“.

Nach Aussagen einiger Mitarbeiter von Militärdienststellen der USA, „besteht der wichtigste Grund zur Stationierung dieser Bomben in England in der Notwendigkeit, sofern erforderlich, einen Schlag gegen die Rückfront der Sowjetarmee zu führen und dabei Nervengas einzusetzen“.

Der wichtigste Grund... Damit ist alles gesagt. Es geht um aggressive Pläne und nicht um die „sowjetische chemische Bedrohung“, auf die sich Alexander Haig beruft, wenn er vom Kongreß grünes Licht für die C-Waffen-Hochrüstung und für deren Finanzierung verlangt.

Den Geschichten vom Nachhinken der USA und davon, daß die UdSSR bereits chemische Waffen in Kambodscha, Laos und Afghanistan eingesetzt hat und sie jeden Augenblick auch über die Amerikaner kommen lassen kann, glaubt kaum jemand. „Britische Experten für chemische und biologische Waffen hegen an dieser Behauptung ernsthafte Zweifel“, schreibt der wissenschaftliche Kommentator Wright in der Londoner „Times“. Diese Verleumdungen werden in der BRD, in Frankreich und in anderen Ländern ebenfalls zurückgewiesen. Sie wurden von repräsentativen UNO-Kreisen, darunter Experten, dementiert. Und auch in den USA gibt es nicht wenige Menschen, die der Kampagne von der „sowjetischen chemischen Bedrohung“ skeptisch

gegenüberstehen. „Die UdSSR hält das Moratorium über die Herstellung dieser Waffenarten“ (chemischer) „strickt ein“, bezeugt das vom maßgeblichen Washingtoner Informationszentrum für militärische Probleme herausgegebene Bulletin „Defense Monitor“. Der demokratische Senator Pryor aus dem Staat Arkansas, wo binäre Gase hergestellt werden, schreibt in der „Washington Post“: „Die Verfechter der Wiederaufnahme der Herstellung von Nervengas verweisen darauf, die UdSSR habe Giftgas in Afghanistan eingesetzt. Es gibt bis heute keinerlei Angaben, die diese Anschuldigung bestätigen würden... Es heißt, die Russen legten kolossale Vorräte von Waffen mit Nervengas an, doch wieder gibt es dafür keinerlei Beweise.“

Keinerlei Beweise... Wie viele gewichtige Beweise dagegen aber für die gefährlichen Pläne der USA! Beweise dafür, welches Schicksal die US-Strategen Europa bereiten wollen — das Schicksal einer Gaskammer. Die britische „Times“: „Wie die Neutronenwaffe werden die USA zweifellos auch die C-Waffe eher in einem europäischen als in einem transkontinentalen Krieg einsetzen.“ Die „Frankfurter Allgemeine“: „Militärische Fachleute nehmen an, daß Europa der wahrscheinlichste Ort für den Einsatz chemischer Kampfstoffe im Kriegsfall sein könnte.“

Mit neuen chemischen Sprengköpfen will Washington landgestützte Flügelraketen sowie Artilleriemunition und Bomben ausrüsten. Immer deutlicher werden die Umriss der US-Strategie eines totalen kombinierten Kriegs in Europa unter Einsatz von Nuklear-, Neutronen- und chemischen Waffen. Den Ländern, vor allem BRD, Großbritannien und Italien, denen das Pentagon jetzt die Rolle der C-Rüstungskammern beimißt, ist im Konfliktfall das Schicksal von Vorposten und folgerichtig der „verbrannten Erde“ zugeacht.

Was aber tun die NATO-Verbündeten? Anstatt den „Seniorpartner“, der das Gift für die Höllenküche des chemischen Krieges braut, zur Ordnung zu rufen, versuchen sie ihn zu rechtfertigen, und manche scheinen sogar bereit, ihr Territorium für Giftstofflager zur Verfügung zu stellen.

Noch ein Null-Trick?

Die Menschheit ist also von nun an nicht nur von einer nuklearen, sondern auch von einer chemischen Apokalypse bedroht.

Hören wir die Warnungen kompetenter Leute. Als „Büchse der

Pandora“ bezeichnet der US-amerikanische Chemiker Gordon Barck die C-Waffe. Die Herstellungstechnologie binärer Gase, prophezeit er, könne ohne besondere Anstrengung und ohne besondere Ausgaben von vielen Ländern gemeistert werden. Denn, wie gesagt, C-Waffen sind billiger und unkomplizierter in der Herstellung als Kernwaffen.

Nach Ansicht des britischen Biologieprofessors Steven Rose ist die binäre Waffe, von der ein Milligramm schon einen Menschen töten kann, nicht das letzte Wort des Westens, der „an der Schwelle einer mächtigen Verstärkung seines C-Waffenarsenals“ steht. Die rasche Entwicklung der Gentechnologie in den letzten Jahren, befürchtet der Professor, beschleunige die Entwicklung einer noch stärkeren Waffe, mit noch stärkerem Toxingehalt. Er sagt eine mögliche massenweise — unbeschränkte — Herstellung von Toxinen voraus (Giftstoffe, die von Pflanzen, Tieren oder Mikroorganismen produziert werden). Diese „könnten millionenfach tödlicher sein als Nervengase“. Auf diese Gefahr verweist auch ein repräsentativer UNO-Bericht über chemische und bakteriologische (biologische) Waffen. In ihm wird betont: Am stärksten könnte die Zivilbevölkerung unter dem Einsatz von C-Waffen leiden; das könnte in der Natur unwiderrufliche biochemische Prozesse auslösen, die die Existenz von Leben überhaupt bedrohen. Die Erde und ihre Bevölkerung sähen sich einem Ökozid (verbrecherische Vernichtung der Umwelt) und einem Biozid (Vernichtung des Lebens) gegenüber.

Je umfangreicher und vielfältiger das toxische Arsenal ist, desto wahrscheinlicher wird die Möglichkeit von „Löchern“ und anderen überraschenden Zwischenfällen bis hin zu einem Kriegsausbruch infolge eines Zufalls, einer Fehlkalkulation oder einer elementaren Unvorsichtigkeit. Die Flasche ist sehr zerbrechlich, in der der chemische Geist steckt!

Die umfangreiche chemische Umrüstung in den USA überschattet die gerade vor der Menschheit aufkeimende Hoffnung, die chemische Waffe ächten zu können.

Vielleicht schlug jemandem das Gewissen, bereiteten die Greuel in Vietnam Alpträume oder man wich dem Druck der öffentlichen Meinung, jedenfalls erklärte sich Washington 1975 (wenn auch mit Hintertürchen) bereit, dem Genfer Protokoll von 1925, das die Anwendung chemischer und biologischer Waffen ächtet, beizutreten. Das ge-

schah mit 50jähriger Verspätung. Aber besser zu spät als gar nicht. Bereits vorher, 1969, verhängten die USA ein Moratorium über die Herstellung von C-Waffen und ließen sich zu Verhandlungen mit der Sowjetunion herbei, die im gleichen Jahr zusammen mit den anderen sozialistischen Ländern für das vollständige Verbot und die Beseitigung chemischer Mittel der Kriegführung eingetreten war und 1972 dem Genfer Abrüstungsausschuß einen konkreten Plan vorlegte.

Vor allem dank den beharrlichen Anstrengungen der UdSSR und ihrer Verbündeten gelang 1972 eine Teillösung des Problems. Abgeschlossen wurde eine Konvention, die bakteriologische Waffen unter Verbot stellte. Weiter aber kam man nicht. Die 1976 aufgenommenen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über den Verzicht auf C-Waffen wurden von Washington 1980 abgebrochen. Es forderte die Weltöffentlichkeit heraus, indem es gegen die Annahme einer UNO-Resolution stimmte, die alle Staaten aufforderte, sich der Herstellung und Entwicklung neuer Arten chemischer Waffen und ihrer Lagerung an Orten, wo sie bis dahin nicht vorhanden waren, zu enthalten.

Jetzt, da der Startschuß für die chemische Aufstockung des militaristischen Arsenal der USA gefallen ist, wird noch begreiflicher, weshalb die Verhandlungen seinerzeit ins Stocken gerieten und wer Schuld daran trägt, daß die chemische Waffe noch nicht geächtet ist.

Sehr richtig befürchtet die „Washington Post“: „Die Herstellung binärer chemischer Waffen durch die USA kann eine der hoffnungsvollsten, günstigsten Möglichkeiten im Bereich der Rüstungskontrolle anschlagen oder kaputt machen.“

Das offizielle Washington hat bereits die starke öffentliche Empörung über die Pläne für einen „begrenzten Nuklearkrieg“ in Europa zu spüren bekommen. Jetzt rollt eine weltweite Protestwoge gegen die Pläne des C-Kriegs heran. Angesichts dessen will man in Washington anscheinend wieder einen Dreh anwenden, um den starken Widerstand gegen die eigenen Pläne zu lähmen:

„Die Reagan-Regierung wird in nächster Zeit Verhandlungen über die Ausarbeitung eines Vertrags anbieten, der alle chemischen Waffen dieser Art (nervenlähmende Wirkung) in allen Ländern untersagt“, teilt der gewöhnlich gut unterrichtete Kommentator Walter Pincus mit.

Anscheinend bastelt man hier an einer weiteren „Null-Lösung“, diesmal einer chemischen. White House, State Department und Pentagon scheinen glücklich, daß es gelungen war, manchen Leuten in Westeuropa mit der Pseudonull-Lösung bezüglich der Stationierung von Pershing II und Flügelraketen die Köpfe zu vernebeln. Der Verlauf der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf zeigt jedoch, daß es für Washington nicht die Hauptsache ist, diese Waffe auf Null zu bringen, sondern sie auf dem europäischen „Kriegsschauplatz“ zu stationieren.

Jetzt will man diesen Trick mit der chemischen Waffe wiederholen. Von welcher neuen „Nullebene“ aber kann die Rede sein, wenn der bereits erwähnte Walter Pincus verkündet: Regierungskreise „halten es für kaum wahrscheinlich, daß neue Verhandlungen über die Vernichtung aller chemischen Waffen zu einem mit Kontrollmöglichkeiten ausgestatteten Vertrag führen könnten, bevor die erste Partie dieser Waffe hergestellt ist“. Auch hier ist es klar, was für Washington wichtiger ist: die Hochrüstung, bemäntelt vom Gerede über die Abrüstungsbereitschaft.

* * *

Während des ersten Weltkriegs waren nach offiziellen Angaben rund 1,3 Millionen Menschen Giftgasen ausgesetzt. 100 000 von ihnen starben.

Während des zweiten Weltkriegs wäre die Zahl der Giftgasopfer zweifellos noch höher gewesen. Doch selbst Hitlers Befehlsstab konnte sich nicht entschließen, das Genfer Protokoll von 1925 zu verletzen.

Heute will man die Menschen an den Gedanken gewöhnen, daß der nächste Krieg nicht nur mit nuklearen, sondern auch mit chemischen Waffen geführt werden wird.

Die Sowjetunion hielt es für ihre unmittelbare Pflicht, vor den gefährlichen Folgen der „chemischen Umrüstung“ in den USA und der Einbeziehung Europas in dieses Programm zu warnen. Die UdSSR denkt dabei nicht nur an ihre eigene Sicherheit. Ihr Leitgedanke ist, die Gefahr eines weitgreifenden C-Kriegs in Europa und in der Welt abzuwenden. In der TASS-Erklärung heißt es dazu, ein Aggressor werde, welche Waffe er auch immer zur Entfesselung eines Krieges einsetze, der Vergeltung nicht entgehen.

DIE VENUS LÜFTET DEN SCHLEIER

Die Flüge der automatischen Interplanetarstationen Venera 13 und Venera 14 wurden zu einem neuen großen Erfolg der sowjetischen Raumfahrtwissenschaft und -technik. Die hervorragenden Leistungen bei der Erforschung der Venus machen deutlich, wie konsequent die historischen Beschlüsse des XXVI. KPdSU-Parteitag zur weiteren Entwicklung der Raumforschung zum Wohl der ganzen Menschheit erfüllt werden.

Gennadi RJABOW

Venera 13 und Venera 14 haben nach vier Flugmonaten und mehr als 300 Mio km am 1. bzw. 5. März die Umgebung des Planeten erreicht. Die Landesonden setzten weich auf der Venusoberfläche auf und übermittelten wertvolle wissenschaftliche Informationen zur Erde. Mit diesen Flügen wurde das langjährige Venusprogramm fortgesetzt, das 1961 mit der Station Venera 1 begonnen hatte.

Warum findet die Venus so großes Interesse bei den Wissenschaftlern? Von allen Planeten des Sonnensystems ist sie ihrer Größe, Masse, Dichte und anderen Charakteristika zufolge der Erde am ähnlichsten. Deshalb erlaubt ihr Studium, die Entwicklungsgeschichte der Erde besser zu verstehen. Noch vor kurzem hatten viele Wissenschaftler Venus und Erde als Zwillingplaneten bezeichnet — ist ja der Durchmesser der Venus nur 5% kleiner als der der Erde. Um 20% ist die Masse der Venus geringer, und die Durchschnittsdichte des Stoffes ist fast die gleiche wie die der Erde. Etwa gleich ist die Menge der Wärme, die Erde und Venus von der Sonne erhalten. Doch trotz der nahen Verwandtschaft wußten wir von der Venus am wenigsten, da sie vollständig mit Wolken bedeckt ist. All das hat eine Vielzahl widersprüchlicher und bisweilen auch phantastischer Hypothesen hervorgebracht. Doch die Informationen kosmischer Sonden haben gezeigt, wie unähnlich die „Zwillinge“ einander sind.

So hat 1967 die Landesonde der Station Venera 4 bei ihren Untersuchungen in der Venusatmosphäre alle Illusionen der Romantiker zerstört. Es stellte sich heraus, daß die Venusatmosphäre glühend heiß ist und zu 97% aus Kohlendioxid besteht, es dort aber nur Bruchteile von Prozenten des lebenswichtigen Sauerstoffs und weniger als 0,1% Wasser gibt.

Später bestätigten die ersten Messungen, die unmittelbar an der Oberfläche des Planeten von den Landesonden der Venera 7 und der Venera 8 vorgenommen wurden, endgültig, daß die Venus eine wahre Hölle für den Menschen ist. Die Temperatur an ihrer Oberfläche liegt bei 500°C, der Druck beträgt fast 100 at, d. h. wie in der Tiefe des Ozeans, die Dichte des Gases erreicht nur ein Viertel der des Wassers. Natürlich ist unter solchen Bedingungen Leben auf der Venus unmöglich. Sehr problematisch sind auch bemannte Flüge. Auf solchen Planeten können nur Sonden arbeiten.

Schließlich sollte das menschliche Auge die geheimnisvolle Welt des Planeten sehen. Im Oktober 1975 wurden Venera 9 und Venera 10 die ersten Trabanten des Morgensterns, und ihre Landesonden übermittelten erstmals Fernsehbilder von seiner Oberfläche. Die Erdbewohner sahen eine leblose, steinerne Wüste.

Die Erforschung der Venus mit kosmischen Sonden hat also viele neue, bisweilen unerwartete Informationen ge-

bracht. Doch bei der allmählich Lüftung des Geheimnisses um die Venus stellten sich zugleich neue Rätsel, neue Fragen ein. Warum unterscheidet sich die Welt der Venus so stark von der unseren? Warum ist die Entwicklung von äußerlich so ähnlichen Planeten so verschiedene Wege gegangen? Um auf diese Fragen antworten zu können, brauchen wir neue Angaben über die Venus. Und gerade sie sollten von Venera 13 und Venera 14 beschafft werden.

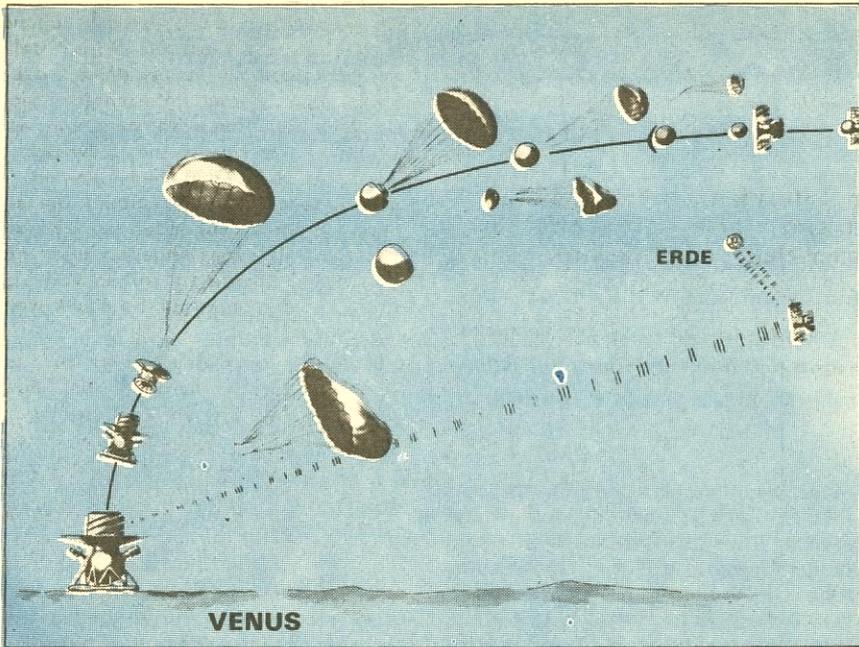
Diese Stationen entstanden auf der Grundlage der vorhergehenden Sonden, doch mit einigen Veränderungen, die den neuen Aufgaben zur Erforschung des interplanetaren Raums entsprechen. Ihrer Konstruktion nach sind die letzten Stationen identisch; sie bestehen aus Station und Landekapsel. Zwei Tage vor Eintritt in die Venusatmosphäre löst sich die Landesonde, und die Station wird auf eine Umlaufbahn gebracht. Die Angaben über die Arbeit der Systeme und wissenschaftlichen Geräte der Landekapsel werden in der Interplanetarstation empfangen und zur Erde übermittelt.

Bei dem interplanetaren Flug wurden Forschungen der Röntgenstrahlung, des interplanetaren Plasmas, der Charakteristika des Sonnenwindes und der Raumstrahlen durchgeführt. Zugleich wurden Experimente vorgenommen, um Ort und Spezifika der galaktischen Quellen der Gammastrahlung im Rahmen des sowjetisch-französischen Programms zu bestimmen. Mit dem von österreichischen Spezialisten entwickelten Magnetometer wurde das interplanetare Magnetfeld untersucht.

Die größte Aufmerksamkeit galt natürlich der Erforschung der Venus selber. Beim Niedergehen der Landekapseln wurden die chemische und Isotopenzusammensetzung der Atmosphäre und der Wolken, die Struktur der

Darstellung der Venusoberfläche an der Landestelle der Kapsel der Station Venera 13. Unten in der Mitte ein Teil der Landesonde und ein abgeworfener Deckel des Bullauges des Telefoto-





SCHEMA DES HERABGEHENS UND DER LANDING DER LANDEKAPSEL

1 — Loslösung der Landekapsel von der Station; 2 — Eintritt in die Atmosphäre, ballistische Bremsung; 3 — Hilfsfallschirm; 4 — Landefallschirm; 5 — Abschluß des Deckels, Öffnung des Hilfs- und des Landefallschirms; 6 — Abtrennung der oberen Wärmeschutzschicht, Öffnung des Bremsfallschirms; 7 — Bremsfallschirm; 8 — Abschluß der unteren Wärmeschutzschicht; 9 — Abschluß des Bremsfallschirms; 10 — Landung.

Wolkenschicht untersucht sowie komplexe Experimente zur Spektralanalyse diffuser Sonnenstrahlung und zur Registrierung elektrischer Entladungen in der Venusatmosphäre vorgenommen.

Die Hauptexperimente begannen nach der Landung. Die Erdbewohner sahen erneut die Oberfläche der Venus in Großaufnahme. Über auf den Landekapseln installierte Telefontometer wurden auf der Venusoberfläche Panoramabilder der Umgebung, teilweise konsequent durch Rot-, Blau- und Grünfilter aufgenommen, übermittelt. Das brachte erstmals Farbbilder von der Venusoberfläche. Diese Fotos erlauben viele Aussagen über die Prozesse auf der Venus zu machen und sie mit der Geologie der Erde zu vergleichen. Zugleich erfolgte eine Bewertung der seismischen Aktivität des Planeten, wurden die physikalisch-mechanischen Eigenschaften des Bodens bestimmt.

Das Programm enthielt eine prinzipiell neue Aufgabe — die Entnahme von Bodenproben zur Bestimmung der chemischen Zusammensetzung des Venusgesteins. An Bord der Landekapseln wurde ein Bodengreifer installiert, der bei einer hohen Außentemperatur und bei einem enormen Luftdruck die Venusoberfläche anbohrte und die entnommene Probe zur Analyse in eine hermetisch abgeschlossene Sektion beförderte.

Eine schwierige Frage, die die Konstrukteure der Bohranlage lösen mußten, war gerade der Transport des Bodens in diese Sektion. Unter den Bedingungen der Venus können die übli-

chen mechanischen Systeme nicht eingesetzt werden. Deshalb machten die Konstrukteure vom Prinzip des Staubsaugers Gebrauch, und als Ventilator wurde der enorme Druck der Venusluft genutzt. Eben er stieß die Bodenprobe, die der Bohrer genommen hatte, in einen besonderen, mit der Sektion verbundenen Schleusenkanal.

Die von Venera 13 und Venera 14 erhaltenen Informationen werden gegenwärtig ausgewertet. Doch bereits jetzt ist klar, daß die Ergebnisse hervorragend sind.

Die Wissenschaftler hoffen, nun ein mathematisches Modell der Venus konstruieren zu können, das es ermöglichen würde, die verschiedenen Theorien der Entstehung und Entwicklung der Venus zu studieren. Die Lösung dieser schwierigen Aufgabe wird von sehr großer Bedeutung für die vergleichende Planetologie sein. Insbesondere legt die Ähnlichkeit der Ausmaße und der Masse von Erde und Venus den Gedanken nahe, daß der innere Aufbau der Venus und ihrer Entwicklungsgeschichte als Planetenkörper im Prinzip den irdischen Charakteristika ähnlich sein müssen. Wenn dem so ist, können wir uns klarer die Entwicklung der Erde und der anderen Planeten des Sonnensystems vorstellen.

Die neue hervorragende Leistung der sowjetischen Raumfahrt zeugt von dem schöpferischen Enthusiasmus der sowjetischen Menschen und ist ein würdiger Beitrag zur Erforschung und friedlichen Nutzung des Weltraums.

AUFRUF ZUM DIALOG

Die Weltöffentlichkeit ist über die Zunahme der internationalen Spannungen besorgt. Die militaristischen Kreise der NATO, vor allem der USA, suchen den Völkern mit Gewalt und Diktat ihren Willen aufzuzwingen, wodurch die Kriegsgefahr zunimmt. Darauf wurde erneut bei den Moskauer Gesprächen zwischen Andrej Gromyko und Pjotr Mladenow, Außenminister Bulgariens, verwiesen. Sie erklärten, daß die Verhinderung eines Nuklearkriegs die höchste Aufgabe der Gegenwart ist.

Das verlangt von den Staaten solidarisches Handeln zur Vertiefung der Entspannung und der gleichberechtigten beiderseitig vorteilhaften Zusammenarbeit. Die Sowjetunion und Bulgarien sind bereit, ihre Anstrengungen für die Beendigung des Wettrüstens, die Festigung des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu verstärken.

Wichtigste Voraussetzung für Stabilität und Frieden in Europa ist die Entwicklung des in Helsinki begonnenen Prozesses der Festigung der Sicherheit auf dem Kontinent. Die UdSSR und die VR Bulgariens meinen, daß ein positiver Abschluß des Madrider Treffens und die Einberufung einer Konferenz für militärische Abrüstung und Entspannung in Europa eine sehr große Rolle spielen können, was es erlauben würde, all das Positive, was bereits erreicht wurde, zu bewahren und zu mehr.

Angesichts der so akuten Zuspitzung der politischen Lage gewinnt die wirksame Koordinierung der internationalen Tätigkeit der sozialistischen Gemeinschaft besondere Bedeutung, heißt es im Kommuniqué. Die UdSSR und die VR Bulgariens sind überzeugt, daß die Anstrengungen, Europa in einen Kontinent des Friedens zu verwandeln, die Schaffung kernwaffenfreier Zonen, insbesondere in Nordeuropa und auf der Balkan-Halbinsel, sowie einer Friedenszone im Mittelmeerraum wirksame Entspannungsfaktoren wären.

Beide Staaten werden auch in Zukunft allseitig zur Entwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit der sozialistischen Bruderländer, zur Vervollkommnung ihres Zusammenwirkens in allen Bereichen im Rahmen des Warschauer Vertrages und des RGW beitragen. Unsere Länder suchen nicht die internationale Konfrontation. Doch niemand sollte daran zweifeln, betonten die Verhandlungsteilnehmer, daß Versuchen, Druck auf die sozialistischen Länder auszuüben, auch in Zukunft die nötige Abfuhr erteilt wird.

Die Gesprächsergebnisse zeigen erneut, daß ein offener und ehrlicher Dialog der einzige Ausweg aus der derzeitigen Krise ist.

B. KOSLOW

BLICK IN DIE ZUKUNFT

Seit mehr als 30 Jahren pflegen die UdSSR und Finnland gute Nachbarschaft. Dazu trägt auch ihre stabile Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft bei. Unser Mitarbeiter Alexander Stroganow interviewte den Generaldirektor der Finnischen Bank, Dr. Ahti KARJALAINEN, der dem finnischen Teil der ständigen sowjetisch-finnischen Regierungskommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit vorsteht.

Im Mai 1977 wurde in Moskau ein Langzeitprogramm für die Entwicklung und Vertiefung der sowjetisch-finnischen Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik bis 1990 auf höchster Ebene unterzeichnet. Wie wird das Programm realisiert?

Vor allem möchte ich feststellen, daß Finnland und die UdSSR die Bahnbrecher sind, was die Entwicklung gegenseitig nützlicher Wirtschaftszusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung betrifft. Ein Beweis dafür ist das großangelegte Langzeitprogramm, das Sie erwähnt haben. Es umfaßt Fragen der Zusammenarbeit im Außenhandel, der Entwicklung der Kooperation und Spezialisierung in der Produktion, den Bau von Industrie- und anderen Objekten in der UdSSR und in Finnland, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Kontakte in Energetik, Verkehrswesen, Geologie u. a. Im November 1980 haben die Oberhäupter unserer beiden Staaten Dokumente unterzeichnet, die neue Perspektiven der Zusammenarbeit bestimmen, darunter ein Protokoll, das das Programm bis Ende 1995 prolongiert sowie seinen Inhalt präzisiert und ergänzt.

Das Programm ist schon seit fast 5 Jahren in Aktion. Das war eine Zeit intensiver und wirksamer Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Neben den üblichen kommerziellen wurden immer aktiver neue Formen der Zusammenarbeit gestaltet. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch unsere Kommission.

Die Resultate im Handel sind durchaus sehenswert: Sein Umfang wurde vergrößert, das Warensortiment erweitert. Vergleichsweise will ich daran erinnern, daß unser ge-

genseitiger Warenaustausch 1971 bis 1975 nur etwas über 5 Md. Rubel betrug. Für 1976—1980 wurde im Langzeitprogramm ein Handelsumfang von 9 Md. Rubel vorgemerkt. Inzwischen nähert er sich 13 Md.

Im Protokoll zum Langzeitprogramm ist vorgesehen, daß der Warenaustausch im laufenden Jahrfünft 18—20 Md. Rubel betragen soll. Das ist sehr viel, aber erfahrungsgemäß wird wohl auch diese Kennziffer übertroffen werden. Allein in den ersten zwei Jahren dieses Jahrfünfts wird der Warenaustausch 10 Md. Rubel erreichen.

Berichten Sie bitte ausführlicher darüber, was Finnland in die UdSSR liefert und welche Waren es in der UdSSR kauft.

Einen großen Teil unseres Exports bilden Maschinen, Ausrüstungen und Schiffe. Im vergangenen Jahrfünft stiegen diese Lieferungen fast auf das 4fache (der gesamte finnische Export in die UdSSR auf das 3fache). In mehr als 30 Jahren der Zusammenarbeit lieferten finnische Firmen der UdSSR z. B. beinahe 1500 Schiffe.

Auf der vor kurzem in Helsinki abgehaltenen 25. Sitzung der Regierungskommission — das war eine Jubiläumstagung — wurden neue Kontrakte über den Export von Schiffen unterzeichnet. Die sowjetische Außenhandelsvereinigung „Sudoimport“ kaufte 16 Schiffe für insgesamt über 300 Mio Rubel. Im Rahmen des Handelsabkommens für 1981—1985 (das ist schon das siebente Fünfjahrabkommen zwischen unseren beiden Ländern) wurden Kontrakte abgeschlossen, nach denen der UdSSR Schiffe für 2,1 Md. Rubel geliefert werden sollen. Das wird übrigens mehrere finnische Schiffswerften bis Ende 1984 auslasten.

Günstige Möglichkeiten für die Erweiterung und Diversifizierung

des Exports von Erzeugnissen der Holzverarbeitung, der Zellstoff- und Papierindustrie, der Chemie, von Massenbedarfsgütern sowie Agrarerzeugnissen werden realisiert. Im vergangenen Jahrfünft stiegen z. B. unsere Lieferungen an Chemiewaren auf mehr als das 7fache. Die UdSSR ist der größte Abnehmer der finnischen Agrarerzeugnisse, deren Export sich beinahe verdoppelte. Im Jahre 1980 lieferten wir 1,5 Mio t Papier in die UdSSR. Um so große Abschlüsse könnte uns jeder Handelspartner beneiden.

Finnland seinerseits steht an erster Stelle unter den kapitalistischen Industrieländern, was den Ankauf sowjetischer Technik betrifft. Wir importieren aus der UdSSR Personenkraftwagen, Elektroloks, Ausrüstungen für die Torfproduktion, Werkzeugmaschinen u. a.

Die stetige Vergrößerung des Imports erfordert Arbeit. Der finnische Markt ist ja relativ begrenzt, zudem vom Konkurrenzkampf beherrscht. Meines Erachtens würde hier die weitere Entwicklung der Produktionskooperation günstige Möglichkeiten bieten.

Einiges über den Grenzhandel. Auf den ersten Blick ist sein Anteil am gesamten Warenaustausch nicht sehr hoch, nur einige Prozent, aber er nimmt von Jahr zu Jahr zu, seine Bedeutung ist in einigen Bereichen neuerdings gewachsen.

Die herkömmlichen Handelsbeziehungen zwischen Finnland und der UdSSR bereichern sich in letzter Zeit um neue Formen. Ich meine z. B. den gemeinsamen Bau von Industrie- und sonstigen Objekten. Wie sieht es auf diesem Gebiet aus?

Unter den großen Objekten, die in den letzten Jahren unter Beteiligung finnischer Firmen in der UdSSR gebaut wurden, wären das Zellstoff- und Papierkombinat Swetogorsk, der Holzgewinnungsbetrieb Pjaojsjorsk sowie Hotels in Tallinn, Leningrad und Wyborg zu nennen. Finnische Firmen beteiligen sich aktiv an der Errichtung der ersten Baufolge des Erzaufbereitungskombinats Kostomukscha in der UdSSR. Schon 1982 wird es die ersten Erzeugnisse liefern. Vorgesehen sind die zweite und die dritte Baufolge. Insgesamt bauten finnische Firmen im vergangenen Jahrfünft auf sowjetischem Territorium Objekte für rd. 0,5 Md. Rubel, und allein 1981 betrug der Umfang solcher Bauvorhaben über

200 Mio Rubel. In Finnland wurden in Zusammenarbeit mit sowjetischen Unternehmen zwei 440-MW Kernkraftwerke und andere Objekte von großer Bedeutung für unsere Wirtschaft gebaut.

Wie sind die Perspektiven der Zusammenarbeit in den 80er Jahren?

Unser Land hat keine Vorkommen von Erdöl, Steinkohle und Gas und muß daher die Energieträger zu einem Großteil importieren. Deshalb sind der Handel mit der UdSSR und seine langfristige Planung von großer Bedeutung für Finnland. Es wäre sehr wichtig für uns, wenn sich die UdSSR bereit erklärte, diese traditionellen Lieferungen auch 1986—1990 fortzusetzen.

Doch wird in den 80er Jahren, glaube ich, die Erweiterung des Imports anderer sowjetischer Waren, vor allem von Maschinen und Ausrüstungen, im Vordergrund stehen. Nach Ansicht beider Seiten bestehen Voraussetzungen dafür, die jährlichen Lieferungen von Ausrüstungen aus der UdSSR nach Finnland bis 1990 auf das Zwei- bis Dreifache des heuti-

Teil aus der UdSSR. Wir beabsichtigen, den Import solcher Erzeugnisse im laufenden Jahrfünft zu vergrößern. Auf den finnischen Eisenbahnen verkehren Elektroloks, die sowjetische Fachkräfte in Zusammenarbeit mit finnischen Firmen gebaut haben.

Zu den neuen aussichtsreichen Richtungen gehören die gemeinsame Projektierung und Produktion von Atomeisbrechern, die Entwicklung von Anlagen und Schiffen für die Prospektierung und Erschließung von Bodenschätzen auf dem Kontinentalschelf, von automatisierten Steuerungssystemen für Kern- und Wärmekraftwerke, die Produktion neuer Typen von EDV-Anlagen, von energiesparenden Ausrüstungen, von Maschinen für die Baustoffindustrie und für den Holztransport sowie von Förder- und Transporttechnik.

Im finnischen Export in die UdSSR werden Maschinen, Ausrüstungen und besonders Schiffe auch künftig an zentraler Stelle stehen. Offenbar wird sich auch der Export von Massenbedarfsgütern und Nahrungsmitteln erweitern. Unter den Neuheiten, die auf den sowjetischen Markt kommen, seien komplette Wohnhäuser für die Siedlungen längs der Ferngasleitung Urengoi—Ushgorod genannt.

Die meisten neuen gemeinsamen Objekte sollen in der UdSSR entstehen. Das ist natürlich, hat doch die UdSSR weit größere wirtschaftliche Dimensionen als Finnland. Bei uns ist es häufig so, daß der Bau eines oder zweier Unternehmen den Bedarf in einem Zweig restlos zu decken erlaubt. Ein Beispiel ist das Hüttenkombinat in Raabe, das mit sowjetischer Hilfe gebaut wurde. Doch sind im Langzeitprogramm einige wichtige Objekte der Zusammenarbeit auch auf finnischem Ter-

ritorium vorgesehen. Schon ist ein Vertrag über die gemeinsame Projektierung eines KKW mit einer Leistung von 1000 MW unterzeichnet worden. Der Bau einer Koksbatte, für die sowjetische Betriebe Ausrüstungen liefern sollen, wird erwogen.

Finnische Firmen bauten Objekte gewöhnlich in Gebieten der UdSSR, die an Finnland grenzen: Kostomukscha, Swetogorsk, Pjaosjorsk. Gegenwärtig wird über den gemeinsamen Bau eines großen Waggonreparaturwerks auf der Station Tosno, Gebiet Leningrad, und über die

Erweiterung des Seehafens von Tallinn verhandelt. Auch Hotels werden weiterhin in der UdSSR gebaut werden. Vermutlich werden sich finnische Firmen an Bau und Modernisierung von Betrieben der Nahrungsmittel-, der Fleisch- und Milch- sowie der Leichtindustrie beteiligen sowie bei der Rekonstruktion von Zellstoff- und Papierkombinaten in Sibirien und anderen Gebieten mitarbeiten. Der gesamte Umfang der gemeinsamen Bautätigkeit auf dem Territorium der UdSSR kann sich im Jahrfünft verdoppeln.

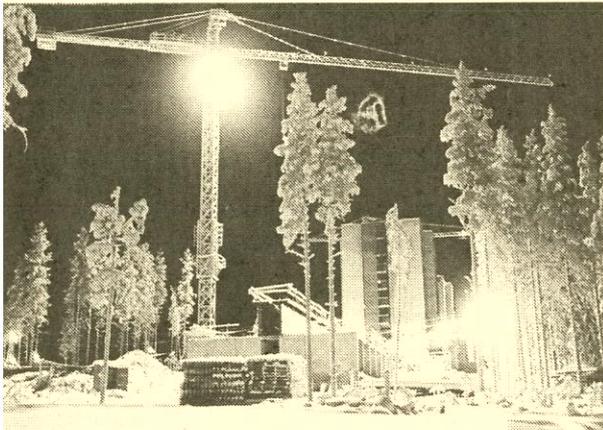
Wie schätzen Sie die Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR für Finnland ein?

Seit 1974 ist die UdSSR unser Handelspartner Nr. 1. Auf sie entfallen fast 20% des Außenhandels Finnlands. Das Clearingverfahren bei den Verrechnungen erlaubt es Finnland, auch den Import aus der UdSSR mit Waren zu bezahlen. Für viele Industriezweige ist der sich stetig erweiternde sowjetische Markt sehr wichtig. Zudem bietet der langfristige Charakter des Handels den Firmen die Möglichkeit, ihre Tätigkeit im Hinblick auf die Erfordernisse des Weltmarktes zu planen.

Unser Export in die UdSSR besteht zu einem großen Teil aus Erzeugnissen der arbeitsaufwendigen Zweige. Deshalb sind diese Lieferungen vom Standpunkt der Beschäftigung im Lande sehr wichtig. Nach unseren Schätzungen sichert der Export in die UdSSR gegenwärtig etwa 150 000 finnischen Bürgern die Beschäftigung.

Und noch ein Aspekt. Viele der bei uns in Zusammenarbeit mit der UdSSR gebauten Objekte erlauben die Einführung einer so modernen Technologie, wie man sie früher in Finnland nicht kannte. Das hat unsere Wirtschaft gestärkt.

Die Beziehungen guter Nachbarschaft zwischen Finnland und der UdSSR beruhen auf dem 1948 unterzeichneten Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe. Dieser Vertrag schuf jene günstige Atmosphäre, in der sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren beiden Staaten schon seit mehr als 30 Jahren entwickeln. Die Kontakte in Handel und Wirtschaft weisen inzwischen große Dimensionen auf, sind fest und stabil geworden. Das seinerseits begünstigt die Zusammenarbeit auch auf anderen Gebieten und festigt unsere gute Nachbarschaft.



Die wachsende Stadt Kostomukscha, Ort eines der größten sowjetisch-finnischen Projekte
Foto: S. Maisterman (TASS)

gen Standes zu erhöhen. Hier muß wohl die Produktionskooperation ihr gewichtiges Wort sprechen.

Wie errechnet wurde, können finnische Firmen und sowjetische Unternehmen in 85 konkreten Bereichen erfolgreich zusammenarbeiten. Als Beispiel sei die Kooperation in der Produktion von Ausrüstungen für die Zellstoff- und Papierindustrie sowie für Schiffe und von Bohranlagen genannt. Für viele Schiffe, die in Finnland im Auftrag der UdSSR gebaut werden, kommen kompletierende Ausrüstungen zum

DER BESONDERE MONAT MÄRZ

Der März in Vietnam ...

Das zarte Grün der jungen Reistriebe, festlich bunte Frühlingsblumen.

Ein Fest steht in der Tat bevor.

Ende März wird in Hanoi der V. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams zusammentreten. Für die Werktätigen der Republik ist der Parteitag ihre ureigenste Angelegenheit: Die Aufgaben und Ziele, die die vietnamesischen Kommunisten vormerken, sind ihrem Wesen und ihren Ausmaßen nach in der Tat Sache des ganzen Volkes.

In Vietnam konnte ich mich mit vielen Menschen treffen und unterhalten, und der Hauptindruck von diesen Zusammenkünften ist der allgemeine Arbeitselan. Die Erbauer der Zementfabrik in Bim Son beschlossen, sie zur Eröffnung des Parteitages fertigzustellen sowie die moderne Ausrüstung einzurichten und völlig zu meistern. Vor kurzem erfuhr ich, daß sie ihr Wort gehalten haben: Die Fabrik steht. Die Erbauer des Wärmekraftwerks Pha Lai setzen alle ihre Kräfte ein, um schon in diesem Jahr Betrieben und Genossenschaften die gegenwärtig akut mangelnde Energie zu liefern.

Auf den Parteiversammlungen Ende v. J. analysierten die Kommunisten anhand konkreter Zahlenangaben die Entwicklung des Landes seit dem IV. Parteitag der KPV. Sie erreichten trotz der schwierigen Verhältnisse sehr viel, zumal sie ihr Heimatland gleichzeitig gegen den bewaffneten Überfall aus dem Norden verteidigen mußten.

Damals, vor 5 Jahren, orientierte die KPV die Werktätigen darauf, die schweren Folgen der mehr als 100-jährigen Kolonialherrschaft und des langjährigen Volkskrieges zuerst gegen die französischen und dann gegen die amerikanischen Aggressoren zu überwinden. Es galt, in Südvietnam sozialistische Umgestaltungen durchzuführen und die sozialökonomische Integration von Norden und Süden, die eben erst wiedervereint worden waren, einzuleiten. Das war nicht einfach, hatten sich doch die beiden Landesteile in den letzten Jahrzehnten in entgegengesetzter Richtung entwickelt.

Eine zentrale Aufgabe bestand darin, den Lebensstandard der Werktätigen, die mutig all die Unbilden der harten Kriegsjahre ertragen hatten, zu heben. Kurz, alle Bestrebungen und Pläne von Partei und Volk galten dem Frieden und dem Aufbauwerk.

Aber die Verwirklichung dieser

Pläne stieß auf Pekings Quertreibereien. Zuerst gingen die chinesischen Führer, die im einheitlichen sozialistischen Vietnam ein Hindernis für ihre Expansion nach Südostasien sahen, vorsichtig ans Werk. Sie versicherten das vietnamesische Volk ihrer „großen Freundschaft“ und stellten zugleich aus Chinesen, die in Vietnam leben, eine fünfte Kolonne auf. Mit Hilfe der eigenen Kreaturen in Kampuchea schürten sie Konflikte an der südwestlichen Grenze Vietnams und wiegelten die Pol-Pot-Banden zu einem „Marsch nach Saigon“ auf.

Als Peking sich überzeugen mußte, daß sich das vietnamesische Volk nicht von seinem Weg abdrängen ließ, entfesselte es eine offene Aggression und schickte eine fast 600 000 Mann starke Armee gegen Vietnam vor. Dieser Banditenüberfall endete mit einer militärpolitischen Niederlage des Aggressors. Er stieß auf den Widerstand des ganzen Volkes und mußte weichen.

In jenen für Vietnam schweren Tagen offenbarte sich die große Lebenskraft des proletarischen Internationalismus mit neuer Kraft. Die SRV konnte sich auf die Hilfe der UdSSR und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft stützen. Gemäß dem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit gewährte die UdSSR den vietnamesischen Freunden in kürzester Zeit die notwendige Hilfe, einschließlich moderner Militärtechnik.

Natürlich wirkte sich der ständige Druck Pekings und Washingtons auf das Tempo des Wirtschaftsaufbaus und die Realisierung des Programms der sozialistischen Umgestaltungen sowie auf die Pläne für die Erhöhung des Lebensstandards des Volkes aus. Nichtsdestoweniger haben die Werktätigen die Volkswirtschaft beträchtlich gefestigt. Die Grundfonds aller Industriezweige nahmen 1976 bis 1980 um 91% zu. Heute liefern der staatliche und der genossenschaftliche Sektor der Wirtschaft rd. 60% des Bruttonationalproduktes und beinahe 50% des Nationaleinkommens.

In der Landwirtschaft — dem wichtigsten Zweig — erweiterte sich die Fläche der bestellten

Böden um eine Million Hektar, auch die Saatflächen wurden vergrößert. Die Zahl der Traktoren wuchs um mehr als 20 000. Das bedeutet, daß die Bodenbestellung heute bereits zu 37% mechanisiert ist. Der Bau von Bewässerungsanlagen nahm breite Ausmaße an, mehr Mineraldünger wurde eingebracht, und das hat die Ernteerträge günstig beeinflusst. Im vorigen Jahr erreichte das Land das höchste Aufkommen: über 15 Mio t Nahrungsmittelkulturen, hauptsächlich Reis.

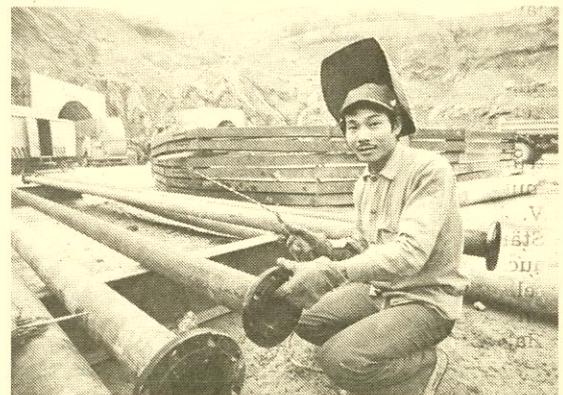
Der Investbau wird ebenfalls im großen betrieben. Die Produktionskapazitäten der Energiewirtschaft stiegen in den letzten 5 Jahren um 200 000 kW, in der Kohlenindustrie um 2 Mio t. Etwa 1500 km Eisenbahn- und 3800 km Chausseen wurden wiederhergestellt bzw. neu gebaut, viele Industrieobjekte sind im Entstehen.

Da es an Rohstoffen und Strom für Großbetriebe mangelt, mißt die Staatsführung der Entwicklung herkömmlicher Wirtschaftszweige und der handwerklichen Produktion große Bedeutung bei. Dieser Sektor versorgt das Dorf in erheblichem Maße mit Arbeitsmitteln, trägt zur Deckung des Bedarfs der Bevölkerung an Gebrauchsartikeln bei und hilft das Beschäftigungsproblem lösen.

Die vietnamesischen Kommunisten lassen sich von der These Lenins leiten, daß in einem relativ wenig entwickelten Land die Kunst der Politik darin besteht, die Besonderheit der Aufgaben jeder Etappe auf dem Wege zum Sozialismus zu berücksichtigen. Die Besonderheit der gegenwärtigen Periode in der SRV ist, daß die Republik am Anfang des Übergangs von der kleinen Waren- zur sozialistischen Großproduktion, von der einfachen zur erweiterten Reproduktion steht. Erst nachdem dieser Weg zurück-

Pham Van Zung, der den Schweißerberuf in Taschkent erlernte, arbeitet seit Jahren beim Bau des Wasserbaukomplexes am Tschornaja, des größten Flusses in Südostasien.

Foto: TASS



gelegt sein wird, kann man, schrieb die „Nhan Dan“, größere Probleme anpacken.

Die Vervollkommnung der Wirtschaftsplanung und -leitung, die Überwindung des Formalismus und übermäßigen Administrierens betrachten die Kommunisten als eine vorrangige Aufgabe. In den Betrieben wird immer mehr mit wirtschaftlicher Rechnungsführung gearbeitet und die materielle Interessiertheit jedes Beschäftigten, jedes Arbeitskollektivs und der gesamten Gesellschaft gefestigt.

In der Zeit zwischen den Parteitagen der KPV im Dezember 1980 wurde die Verfassung der SRV angenommen. Die Diskussion über den Verfassungsentwurf, an der sich 20 Millionen — die überwiegende Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung — beteiligten, gab einen starken Impuls zur weiteren Demokratisierung aller Aspekte des öffentlichen Lebens. Das Grundgesetz des Landes betont, daß das vietnamesische Volk seine historische Mission nur erfüllen kann, wenn die Gesellschaft von einer Partei geführt wird, die mit der marxistisch-leninistischen Theorie gewappnet ist.

Des Leninschen Leitsatzes eingedenk, daß die Stärke der sozialistischen Revolution in der Stärke der Partei, in ihrer politischen, ideologischen Reife und organisatorischen Geschlossenheit liegt, arbeitet die KPV an der Festigung ihrer Reihen. Seit dem IV. Parteitag hat sie 200 000 neue Mitglieder gewonnen. An der Parteihochschule beim ZK der KPV und in anderen Einrichtungen lernen viele Tausende Kommunisten die Wissenschaft der Staatsführung und studieren die Erfahrungen der Bruderländer beim sozialistischen Aufbau. Ein großes Ereignis im Leben der Partei wurde das Erscheinen von Lenins Gesammelten Werken und von Leonid Breschnews Schriften (die Folge: „Unser Kurs: Frieden und Sozialismus“) in vietnamesischer Sprache.

Das Volk Vietnams ist sich darüber klar, daß die Verwirklichung des laufenden Fünfjahrplans unter den schwierigen Verhältnissen der gewachsenen internationalen Spannungen begonnen hat. Aber die Wolken am politischen Horizont vermögen diese Frühlingstage nicht zu trüben. Die vietnamesischen Kommunisten bereiten sich auf den V. Parteitag der KPV vor, ihrer Stärke bewußt und fest entschlossen, auch künftig die Energie der Gesellschaft auf die Lösung immer umfassenderer Aufgaben beim sozialistischen Aufbau zu lenken.

A. WOLODIN

NZ

STANDPUNKT

NATO IM ZEICHEN DES KREBSSES

„Im Krieg kann es keine andere Alternative als den Sieg geben, und die USA sind schon in den dritten Weltkrieg eingetreten... Lateinamerika ist für uns lebensnotwendig: Die globale US-Strategie stützte sich immer auf die Zusammenarbeit mit der Karibik und auf die Hilfe Südamerikas.“ Dieses Grabgeläut für die Entspannung, diese Formel von Washingtons Weltherrschaspirationen und militaristischem Taumel stammt vom „Santa-Fe-Ausschuß“. Er wurde von verabschiedeten nordamerikanischen Diplomaten, Generalen und Agenten gegründet, zu denen auch der heutige Hauptberater Reagan für lateinamerikanische Angelegenheiten Fontaine gehörte.

Auf diesen Auszug aus der „Deklaration von Santa Fe“ (so hieß ein in New Mexico vorbereitetes vertrauliches Dokument) brachte uns die am 8. März begonnene Kriegsmarineübung in der Floridastraße und im Golf vom Mexiko unter dem Kodennamen Safe Pass 82.

Nun, es ist nicht das erste Mal, daß das Pentagon mit seinen Muskeln protzt, in den Gewässern um Kuba sogar mehrmals jährlich. Trotzdem wollen wir auf Safe Pass 82 näher eingehen.

Dabei sind nämlich 30 Kreuzer, Zerstörer und Fregatten mit 10 000 Mann an Bord eingesetzt; nur neun sind unter der US-Flagge in See gestochen. Die anderen Schiffe fahren unter den Flaggen anderer NATO-Länder (Kanada, Niederlande, Belgien, Großbritannien und BRD).

Somit finden sich Kampfseinheiten der NATO-Seestreitkräfte, die der Satzung der Atlantikunion zufolge sich auf den Polarstern orientieren sollten, um den Nordatlantik zu „verteidigen“, unter dem Sternbild des Krebses.

Das großangelegte Manöver, das die NATO erstmalig in der karibischen Zone Lateinamerikas abhält, liefert schon Stoff zum Nachdenken. Wozu mußte Washington seine NATO-Partner ins militaristische Treiben in dieser Region einbeziehen, was haben sie vor der kubanischen Küste zu suchen? Offenbar geht es den heutigen Schöpfern der USA-Politik darum, ihrer in der ganzen Welt stark verurteilten Einmischung in die Angelegenheiten dieser Region, in der sich eine machtvolle Befreiungsbewegung entfaltet, multinationalen Charakter zu verleihen. Zugleich ist der Zweck nicht zu übersehen, die Konflikte zwischen den USA und den um ihre Freiheit und Unabhängigkeit ringenden Völkern Zentralamerikas und der Karibik in die globale politische und ideologische Konfrontation von Sozialismus und Kapitalismus einzubetten und dieser Konfrontation ein militärisches Gepräge zu geben.

Nach diesem Schema geht Washington jetzt in seinem Antikommunismus vor, was die Karibik und Zentralamerika betrifft: Die kubanische und die nikaraguanische „Bedrohung“ sei eine Auswirkung der berüchtigten „sowjetischen Bedrohung“; Kuba die „Hand Moskaus“, die „Revolutionen nach Zentralamerika und in die Karibik exportiert“; Nicaragua ein „kontinentales Aufmarschgebiet“ der UdSSR; El Salvador „eines der letzten Schlachtfelder im Kampf gegen den internationalen Kommunismus“. Nach ihm könne die Lage in anderen Ländern, etwa in Guatemala und Honduras, destabilisiert werden. Folglich müsse das kapitalistische Europa den USA helfen.

Ein historisches Kuriosum: 1823 entstand die expansionistische Doktrin des US-Präsidenten Monroe „Amerika für Amerikaner!“ (die Yankees faßten das stets als „Amerika für Nordamerikaner!“ auf) unter dem Banner des Antieuropäismus, was bedeutet, daß damals jede militärische Einmischung der europäischen Staaten in Lateinamerika als unzulässig galt. Nun hat man anstelle der Monarchien der Heiligen Allianz, die, wie Präsident Monroe den Lateinamerikanern einredete, diese bedrohten, die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder gesetzt: Sie seien es, die sich in die Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre einmischen.

Anders gesagt wird der antieuropäische Inhalt der aus der Versenkung hervorgeholten imperialistischen US-Doktrin durch einen antisowjetischen und antikommunistischen ersetzt, um alle Maßnahmen Washingtons zur Abwägung der Befreiungsbewegung in dieser Region zu rechtfertigen.

A. BARYSCHEW

SIE REDEN— ABER NICHT ZUR SACHE

Oleg FOMIN

„Eine Regelung der Nahostkrise ohne die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) wäre wie eine Hochzeit ohne Braut“, bemerkte einmal der UNO-Vertreter Kuweits. Die Abhängigkeit einer Nahostregelung von der Lösung des Problems der Palästinenser, deren einziger und legitimer Vertreter die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) ist, ist heute ein politisches Axiom. Jedoch wollen es die Teilnehmer des Camp-David-Komplots nicht berücksichtigen. Bei deren Verhandlungen über die sogenannte palästinensische Autonomie wäre jede Erwähnung der PLO, die mittlerweile von 117 Staaten anerkannt ist, ein Fauxpas.

Bereits im Mai 1980 erklärte der damalige ägyptische Präsident Anwar Sadat offiziell, die Verhandlungen befänden sich in der Sackgasse. Warum wurden sie jetzt wiederaufgenommen?

Nach dem Plan Camp David ist für den 26. April 1982 der Abzug der israelischen Truppen vom letzten Drittel der Sinai-Halbinsel vorgesehen. Wegen des Näherrückens dieses Datums beeilte man sich mit den Verhandlungen. Dabei verfolgte jeder der drei Teilnehmer seine eigenen Interessen. Israel übergab faktisch die Kontrolle über den Sinai unter dem Etikett der „multinationalen Streitkräfte“ an das Pentagon und stellte diesen Schritt als Befreiung der Halbinsel dar. Im Gegenzug möchte es Ägypten seine Bedingungen für eine „Palästinenser-Autonomie“ aufzwingen. Kairo will aus der Isolation in der arabischen Welt herauskommen und dabei die Beziehungen zu den Camp-David-Partnern, in erster Linie zu den USA, aufrecht erhalten. Es hoffe, vor dem 26. April von Israel einige Zugeständnisse zu erlangen, die es ihm erlauben würden, sich irgendwie von den Vorwürfen reinzuwaschen, es verrate „für den Sand von Sinai“ die Interessen des palästinensischen Volkes. Washington brauchte die Verhandlungen, um einerseits die Illusion, der Camp-David-Prozess würde fortgesetzt, zu erwecken, und andererseits, um dem langersehnten Ziel, einen neuen Vorposten für die Eingreiftruppen im Nahen Osten zu schaffen, näherzukommen.

Jedoch zeigten die Ende 1981 begonnenen Verhandlungen, daß die Positionen Ägyptens und Israels zur palästinensischen „Selbstverwaltung“ sich nicht geändert haben: Israel war bestrebt, die ohnehin schon beschnittene „Autonomie“ der Palästinenser weiter zu be-

schneiden. Auf der Grundlage des Prinzips der „Autonomie für die Bevölkerung ohne Autonomie für das Territorium“ sah der Plan Tel Avivs die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes auf dem Westufer des Jordan und im Ghaza-Streifen vor. Das hieße, in den Händen der Okkupanten verblieben alle Fragen der „Sicherheit, Gesetzlichkeit und Ordnung“. Sie würden das für diese Gebiete außerordentlich wichtige System der Wasserversorgung kontrollieren. Die Erweiterung der bereits existierenden und der unbegrenzte Neubau militarisierter israelischer Siedlungen wäre erlaubt. Diese Variante der Okkupanten verweigerte den Palästinensern alle Elemente von Souveränität und überließ ihnen nur die Ausübung der Gemeindeverwaltung. Damit soll sich ein gewähltes Organ der Palästinenser-Selbstverwaltung beschäftigen — der „Administrationsrat“.

Israel schloß völlig die Möglichkeit der Schaffung eines palästinensischen Staats aus. Entgegen den UNO-Beschlüssen erklärte es Ostjerusalem, das zu Jordanien gehört, zum Teil des von ihm widerrechtlich zu Hauptstadt Israels gemachten „einheitlichen und unteilbaren“ Jerusalems. Auch nach Ablauf der in Camp David vereinbarten fünfjährigen Übergangsperiode wollte es die Souveränität über das Westjordanland und den Ghaza-Streifen behalten.

Ägypten trat für eine „Verwaltungsautonomie“ ein, bei der ein gewähltes palästinensisches Organ mit „legislativen und exekutiven Funktionen“ ausgestattet werden sollte. Kairo wollte eine breitere Zusammensetzung dieses Organs ausschlagen und sprach sich für das Recht der 115 000 Palästinenser Ostjerusalems aus, an den Wahlen teilzunehmen. Es versuchte, den Arabern, vor allem aber den Palästinensern, einzureden, die „volle Autonomie“ sei eine Übergangsetappe auf dem Weg zur Selbstbestimmung und zur Anerkennung eines Palästinenserstaats.

Dabei ist gut bekannt, daß die Palästinenser seit der Unterzeichnung der Abkommen von Camp David derartige Projekte ablehnten und ablehnen. Sie fordern die Anerkennung und Verwirklichung ihres Rechts auf die Schaffung eines eigenen, unabhängigen Staats. Sie haben Sadat kein Mandat für Abmachungen mit Israel und den USA gegeben. Sie sind auch nicht bereit, an den Wahlen zum „Verwaltungsrat“ teilzunehmen, wie breit seine Zusammensetzung auch

sei. Die leidgeprüften Palästinenser sind sich bewußt, daß selbst bei der „vollen Autonomie“ nach Kairoer Muster ihr fast vier Millionen zählendes Volk in zwei Teile geteilt bleibt: in die „Autonomisierten“ der besetzten Territorien und die aus Palästina mit Gewalt vertriebenen Flüchtlinge. Das würde faktisch auch die Isolierung des palästinensischen Volkes von der PLO, seiner einzigen legitimen Vertreterin, bedeuten.

Obwohl die Position Ägyptens im Wesen nicht über den Rahmen von Camp David hinausging, machte die von Innenminister Burg geleitete israelische Delegation nicht das geringste Zugeständnis. Die US-Botschafter in Kairo und Tel Aviv — vollberechtigte Verhandlungspartner — halfen dem ägyptischen Außenminister Ali auch nicht. Sie gehorchten der Instruktion Washingtons, vor allem Israel, den Partner der USA in der „strategischen Zusammenarbeit“, zu unterstützen.

Ein charakteristisches Detail: Überzeugt von der unerschütterlichen Unterstützung der USA, verboten die israelischen Behörden, während der „Autonomie“-Verhandlungen für das Westjordanland und den Ghaza-Streifen im Radio und Fernsehen diese historischen Begriffe sowie den Ausdruck „besetzte Territorien“ zu benutzen. Ab sofort sollen die besetzten palästinensischen Gebiete „Judäa“, „Samaria“ und Ghaza heißen.

Während des kürzlichen Besuchs von Präsident Mubarak in Washington überredete man ihn, eine allgemeine Deklaration über die Prinzipien der „Autonomie“, die die Fragen der Souveränität der palästinensischen Territorien und Jerusalems, die Ausstattung der Palästinenser mit legislativen Befugnissen sowie die Zukunft der militarisierten israelischen Siedlungen nicht berühren würde, zu unterzeichnen. Jedoch begann die ägyptische Führung, konfrontiert mit der kompromißlosen Haltung Tel Avivs und der Weigerung Washingtons, auf seinen privilegierten Partner Druck auszuüben, offenbar das Interesse an Verhandlungen zu verlieren. Es wollte sie erst nach der Räumung Sinais fortsetzen. Gleichzeitig versichert Kairo Washington und Tel Aviv regelmäßig seiner Treue zu den Camp-David-Abkommen. So behauptete Ende Februar der Chefredakteur der offiziellen Zeitung „Akhbar al-Jom“: „Die Politik Ägyptens in Hinsicht auf den Friedensprozeß wurde nach dem Tod Sadats in keiner Weise verändert.“

Ende Februar stellte sich der israelische Außenminister Itzak Shamir in Kairo ein. Der Besuch zeigte, daß trotz der Übereinkunft, die Verhandlungen „bis zur Erreichung des Endziels“ fortzusetzen, die Positionen beider Seiten wie früher auseinandergehen. Neu ist nur, daß die israelischen Vertreter aktiver die These propagieren, die Palästinenser hätten bereits einen eigenen Staat

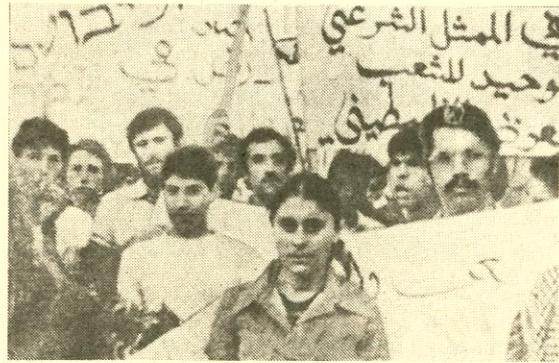
Jordanien, da sie die Mehrheit der Bevölkerung dieses Landes stellen würden.

Man kann erwarten, daß Tel Aviv, um Ägypten seine Interpretation der Camp-David-Abmachungen bezüglich der „Selbstverwaltung“ der Palästinenser aufzuzwingen, die Nahostreise des US-Sonderbeauftragten R. Fairbanks auszunutzen versucht. Vor dem Hintergrund dieser Redereien läuft die „Israelisie-

Form der Verewigung der Besetzung. „Uns ist egal, ob der Besatzungsgouverneur eine zivile oder eine militärische Uniform tragen wird“, erklärte nicht ohne Grund der Bürgermeister der palästinensischen Stadt Ramallah, Karim Khalaf. So drückte er die Haltung der 1,3 Millionen Palästinenser von Westjordanland und Ghaza-Streifen zu diesem Plan aus.

Bei den letzten Treffen zwischen den Außenministern Ägyptens und Israels, Ali und Burg, rief die ägyptische Seite Israel wiederum zu „vertrauensbildenden Maßnahmen“ im Westjordanland und im Ghaza-Streifen auf. Just diese Formulierung benutzt man in Kairo und Tel Aviv, wenn man von der „Zivilverwaltung“ spricht. Die palästinensische Bevölkerung der besetzten Territorien antwortete mit neuen Massenaaktionen. Besondere Empörung rief der Beschluß der israelischen Behörden hervor, die bekannte arabische Universität Birzeit, in der die Besatzer erfolglos eine „Zivilverwaltung“ einzuführen versuchten, zu schließen. Über 300 Studenten wurden verhaftet. In Nablus, Ramallah, El Bir und vielen anderen Orten kam es zu Protestdemonstrationen, an denen Vertreter gesellschaftlicher, gewerkschaftlicher, religiöser, Jugend- und Frauenorganisationen teilnahmen. Sie lehnten die Entwürfe für eine „Zivilverwaltung“ oder eine „Verwaltungsautonomie“ ab, verurteilten die Camp-David-Abkommen und drückten ihre Unterstützung für die PLO sowie die Entschlossenheit aus, den Kampf für die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staats fortzusetzen. Zwecks Unterdrückung dieser Aktionen wurden Armee-Einheiten eingesetzt.

Kurzum, alles beweist, daß die Versuche, das palästinensische Volk mit Gewalt zur Annahme des „Camp-David-Friedens“ zu bringen, zum Scheitern verurteilt sind. Die Araber des Westjordanlands und des Ghaza-Streifens fühlen sich als untrennbarer Teil des palästinensischen Volkes, dessen Mehrheit durch Israels Schuld in der Verbannung leben muß. In der arabischen Welt erwartet man, daß der unzweideutig ausgedrückte Wille der Einwohner dieser Gebiete die Position der neuen ägyptischen Regierung beeinflussen und Hosni Mubarak veranlassen kann, im Unterschied zu seinem erfolglosen Vorgänger sich von dem Fakt leiten zu lassen, daß er nur einen Weg für die Lösung des Palästinenserproblems gibt. Das ist die ehrliche Anerkennung und Realisierung der legitimen Interessen und Rechte des arabischen Volks von Palästina, vor allem ihres Rechts auf eine Heimat.



„Die PLO — einzige Vertreterin unseres Volkes!“ — unter dieser Losung demonstrierten die Palästinenser in den von Israel okkupierten Gebieten.
Foto: „Falestin As-Saura“

„ung“ des Westjordanlands und des Ghaza-Streifens auf vollen Touren. Ein beeindruckendes Finale — die weitere Vertreibung von Tausenden Palästinensern von den okkupierten Territorien — ist in Vorbereitung. So soll die zahlenmäßige Überlegenheit der „Kolonialisten“, wie sie die Araber zu Recht nennen, gesichert werden. Häusersprengungen, Massenverhaftungen und Ausgangssperren sind nur einige der von den Okkupanten zwecks „Säuberung“ des Westjordanlandes verwandten Maßnahmen. Die französische bürgerliche Zeitschrift „Le Point“ kommentierte: „Nicht nur waren die Repressionen der israelischen Behörden so hart.“ Der Sonderkorrespondent der Zeitschrift berichtet, die Israelis zerstörten hemmungslos das Haus irgendeiner Familie nur deshalb, weil in ihm ein Halbwüchsiger wohnt, der der Teilnahme am Widerstand gegen die Besatzer verdächtigt wird. Ohne Zögern schießt die Armee auf Demonstranten wie z. B. im Dezember in Rafah, im Süden des Ghaza-Streifens. Damals wurden ein 16jähriger Palästinenser erschossen und drei andere verwundet.

Aber die Autonomie-Verhandlungen haben noch einen anderen Hintergrund. Sie begleitet eine massenhafte Protestbewegung der Bevölkerung der besetzten Territorien gegen den Plan des israelischen Verteidigungsministers Ariel Sharon, eine „Zivilverwaltung“ einzuführen. Danach sollen zivile Angelegenheiten aus den Händen der Militärs der Kompetenz der israelischen Verwaltung übergeben werden, die ihrerseits auch dem Verteidigungsministerium untersteht. Das ist natürlich nur eine neue

ALGERIEN SAGT JA

Durch ihre aktive Teilnahme am Wahlkampf und die massenhafte Stimmbeteiligung an den allgemeinen Parlamentswahlen am 5. März haben die Bürger der Demokratischen Volksrepublik Algerien ihre Unterstützung für den progressiven Kurs der regierenden Nationalen Befreiungsfront (FLN) bekräftigt. Sie hat jetzt 282 Sitze in der Nationalversammlung [21 mehr als am 25. Februar 1977 bei der letzten Parlamentswahl.] Entsprechend dem Wahlgesetz waren drei Kandidaten für jedes Mandat aufgestellt, vereint in der Einheitsliste der FLN.

Anhänger des westlichen „Pluralismus“ können da sagen, dies sei eine Schmälerung der Demokratie, der Meinungsfreiheit. Die „Révolution Africaine“, Wochenschrift der FLN, wies solche Behauptungen in ihrer Nummer vom 4. März zurück. Sie schrieb, die Nationalversammlung sei kein „Registrierungsbüro“ für Beschlüsse, aber auch kein Erzeugnis des „westlichen pluralistischen Parlamentarismus“. Das neugewählte Parlament soll, ebenso wie die Nationalversammlung der letzten Legislaturperiode, seine wichtigen Gesetzgebungs- und Kontrollfunktionen in allen Lebensbereichen des Landes auf der Grundlage der 1976 von der überwiegenden Mehrheit des Volkes gebilligten Nationalen Charta erfüllen. Sie bekräftigte und füllte die sozialistische Orientierung Algeriens mit Leben.

Bezeichnend ist auch die Sozialstruktur der aufgestellten Kandidaten. 80 Prozent von ihnen sind Bauern, Arbeiter und Angestellte, nur 1,5 Prozent freiberuflich Tätige. 55 Kandidaten sind hauptamtliche Funktionäre des Parteiapparats und der Massenorganisationen. Die FLN koordiniert und lenkt die Tätigkeit der Massenorganisationen, die praktisch alle Algerier erfassen. Die starke Einheitsgewerkschaft, der Bauernverband, die nationalen Verbände der Frauen, der Jugend und der ehemaligen Partisanen — sie alle sind laut Nationaler Charta eine „Schule der staatsbürgerlichen Erziehung, der nationalen Disziplin und der Teilnahme an der sozialistischen Demokratie“.

W. SCHELEPIN

NOCH EINE GENERALPROBE

Wieder führen strategische UdSSR-Raketen einen Nuklearschlag gegen die USA. Wieder befiehlt der amerikanische Präsident von seiner fliegenden Kommandozentrale aus einen „Vergeltungsschlag“. Der Atomkrieg beginnt...

So beschreibt das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ das Manöver „Ivy League/Rex 82a“, das im März in den USA abrollen soll — als Computerübung. Den EDV-Anlagen werden Informationen über den Beginn eines Nuklearkriegs und den eskalierenden Austausch von Nuklearschlägen eingegeben. Hauptziel ist dabei, zu klären, ob die USA einen Atomkrieg überstehen würden und inwieweit sie zu einem Gegenschlag bereit sind. Zudem wird ein Sonderplan für verschiedene Varianten der Kriegführung erarbeitet.

Das Pentagon verheimlichte sorgfältig Informationen über diese weitere Generalprobe des „Weltuntergangs“. Pentagon-Mitarbeiter Oberst Houser erklärte: „Würden nämlich die Einzelheiten öffentlich bekannt, könnte der Eindruck entstehen, wir würden Vorkehrungen für den tatsächlichen Atomwaffeneinsatz treffen und damit unsere erklärte Position unterlaufen, diese Waffen dienen allein der Abschreckung.“ Die Vorbereitung des Manövers wurde sogar gegenüber den Verbündeten jenseits des Atlantik verheimlicht. Denn plangemäß sollen die US-Militärs genug Zeit haben, um ihre Raketen für Schläge nicht nur gegen sowjetisches Territorium vorzuprogrammieren. Wenn „gewisse Elemente in Europa“ das erfahren würden, fährt Houser fort, „könnten sie das Manöver dazu nutzen, die Furcht zu schüren, wir würden einen nuklearen Konflikt planen, der sich auf Europa begrenzen ließe“. Im Pentagon aber will man nicht, daß die Westeuropäer wissen, daß ihnen die Rolle der vordersten Schützengräben Amerikas in diesem Krieg zugewiesen ist.

Wer also heizt die Leidenschaften an?

D. POGORSHELSKI



SIE REITEN FÜR BELGIEN

Die wilden Reiter sind keine Statisten in einem mittelalterlichen Schauspiel. Am 18. Februar kamen mehr als 8000 Hüttenarbeiter aus den wallonischen Städten Liège und Charleroi mit 100 Bussen nach Brüssel. Völlig verzweifelt über die Massentlassungen und die Sparmaßnahmen der Regierung, wollten sie vor dem Sitz der EG-Kommission und der Kanzlei des Ministerpräsidenten protestieren — friedlich, im Rahmen der Gesetze der bürgerlichen Demokratie. Mitten im Zentrum der belgischen Hauptstadt, auf der Avenue des Arts, wurden sie von berittener Polizei empfangen — nach allen Regeln der Kunst besagter bürgerlicher Demokratie.

J. SAWELJEW

Foto: „Paris-Match“ (Frankreich)

DI

Die ma Fe
mische
kauft ur
lieferte
das Gift
Ferner
rin ur
Yperit.

Das v
bekannt
fügten c
hörden
über Be
sie auf
einige T
mehr
konnten
anwalts
tigte si
Giftgas
durch
liierten
berlin v

Die Fe
chenschv

SHOCKING

Wenn man weiß, was Arbeitslosigkeit bedeutet — Verzweiflung, Wut und schließlich völlige Hilflosigkeit —, warum sollte man dann nicht ein Kunstwerk schaffen, das den

ganzen Schmerz eines Arbeitslosen zum Ausdruck bringt? Diese Aufgabe stellte sich die englische Künstlerin Helen Chadwick. Sie selbst hat erfahren, was Arbeitslosigkeit

bedeutet. Bei der Arbeit „V
an ihrem Kunstwerk sprach au
Helen mit vielen der drei
Millionen britischen Er
werbslosen. Einige Zeit
später tauchte in der Lon
doner Cockpit Gallery
eine „architektonische
Skulptur mit Tonaufnahme“
unter der Bezeichnung
au

SICHER IST SICHER

„Lieber Menachem“ — so nennt US-Präsident Ronald Reagan den israelischen Premier Begin. Seinerseits betont Israel stets, es sei der privilegierte, wenn nicht einzige amerikanische Verbündete im Nahen Osten.

Um so größeres Befremden rief die Meldung der „Washington Post“ hervor, Israel bespitzte die USA. Den Journalisten war ein CIA-Bericht unter der Bezeichnung „Israel: Auslandsspionage und Sicherheitsdienste“ in die Hände geraten. Er enthält nicht wenige Schmeicheleien für die israelischen Superagenten. Doch auch sehr interessante Informationen:

— Einmal versuchte Shin Beth [die israelische Abwehr], sich Zugang zum US-Generalkonsulat in

Jerusalem über einen dort tätigen verschaffen;

— zwei- oder dreimal suchte nage mit massivem Druck (anzuwerben;

— die israelische Spionage wissenschaftlichen Austauschprojekte in den USA chen Ländern zu gelangen.

Bei allem „herzlichen Einvernehmen gegenüber dem amerikanischen Israel also vor, überall Augen Einige Beobachter verbinden heit, die Washingtons Streben, Bigten“ arabischen Regimes an nen Osten auch andere Verb bei den zionistischen Führern

32

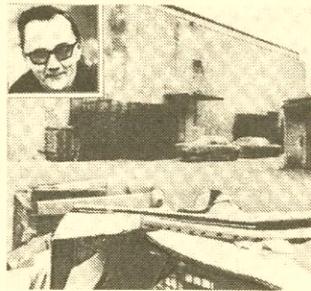
GIFTKÖCHE

berliner Fir-
erzeugt che-
mpfstoffe, ver-
portiert sie. So
1973—1979 Israel
Thiophosgen.
iert Ferak Sa-
Soman sowie
bereits 1979
h damals ver-
estberliner Be-
geblich nicht
Erst jetzt, als
Ferak-Gelände
n Giftgas nicht
ch wegreden
itt die Staats-
ein. Es bestä-
aß die Firma
uziert und da-
erbot der al-
rden in West-
zt.
at eine Bran-
n in der BRD,

die Hamburger Stolzenberg.
Informationen über ihre
Tätigkeit sickerten bereits
1970 durch. Der Hamburger
Senat dementierte damals
kategorisch Meldungen, die
Firma erzeuge Giftgas und
liefere es an die Bundes-
wehr. Erst neun Jahre spä-
ter, als bei einer Explosion
auf einem Hamburger Fa-
brikgelände ein 8jähriger
Junge umkam, war der
Skandal da. Bei einer
Untersuchung des Firmen-
geländes wurden 120 t Gift-
gase und chemische Kampf-
stoffe entdeckt und die Ver-
bindungen zur Bundeswehr
offenbar.

Bundesdeutsche Journal-
isten bestätigten die Liai-
son der Giftmischer. Einer
von ihnen rief als angeb-

licher Mitarbeiter des Bun-
desverteidigungsminister i -
ums bei der Ferak an und
bestellte Soman. Firmenin-
haber Gründemann lehnte
ab, da, wie er sagte, die
Bundeswehr das Geheimnis



(der Hamburger Skandal
stand auf seinem Höhe-
punkt) nicht habe wahren
können. Doch Gründem-
ann, der den guten Kun-
den nicht verlieren wollte,
schlug sogleich vor, „ein
Vierteljahr später die Be-
stellung erneut aufzuge-
ben“, wenn die Aufregung
nachgelassen habe.

Eigentlich sollte alles klar
sein — doch nur nicht der
Westberliner Staatsanwalt-
schaft. Sie war einfach
„überfordert“.

L. SMIRNOWA

Unser Bild: Die Firma Ferak
im Bezirk Neuköln. Links
ihr Besitzer.

Foto: „Der Spiegel“ (BRD)



GREEN BERETS ALS VORBILD

Das Foto aus der Zeitschrift „Soberania“, Organ
des mittelamerikanischen antiimperialistischen Tribu-
nals, zeigt Soldaten der Junta El Salvadors. Durch
einen Kreis gekennzeichnet ist ein Amerikaner, einer
der „Militärberater“, die Präsident Reagan bereits
vor einem Jahr nach El Salvador entsandt hatte. Dem
Nachrichtenmagazin „U.S. News & World Report“ zu-
folge wird ihre Zahl in nächster Zeit stark zunehmen.

Und das hat schon seine Früchte getragen. Die
salvadorianische Junta hat die Repressalien verstärkt
und die Dimensionen der „Strafoperationen“ gegen
Patrioten und Zivilisten ausgeweitet. Die amerikani-
schen „Instruktoren“ (wie US-Verteidigungsminister
Weinberger sie gern nennt) haben die Terrorbrigade
„Atiacatl“ nach dem Vorbild der Green Berets auf-
gestellt.

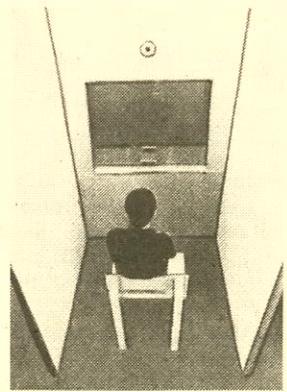
Kürzlich wurden im amerikanischen TV Aufnahmen
von Reportern der Cable News Network gezeigt: Die
„stillen Amerikaner“ leiten nicht nur „Strafoperatio-
nen“ der Junta, sondern beteiligen sich auch unmit-
telbar an den Massakern. Die Methoden der „Bera-
ter“ und ihrer Jünger gleichen denjenigen von Viet-
nam. Nicht von ungefähr nennen die Salvadorianer
die US-Berater „Saigoner Cowboys“.

A. WLADIMIROW

liche Gesellschaft“

Besucher konnte
er nebeneinander
en Kabinen be-
reich auf einen Stuhl
und sozusagen am
Leibe das Fürch-
erfahren: Ihn um-
die auf Tonband
chneten Stimmen

von Leuten, die um Unter-
stützung anstehen. All die-
se Stimmen, konstatierte
die britische „Tribune“,
erwecken den Eindruck,



man sei lebendig begrab-
en. Das Kunstwerk „be-
eindrücke fürchterlich“.
Kein Wunder — gibt es
ja in der „vorbildlichen
Gesellschaft“ unter Füh-
rung der Torsys immer mehr
Arbeitslose.

W. NOWIKOW

Unser Bild: Eine Kabi-
ne von Helen Chadwicks
„Vorbildlicher Gesell-
schaft“.

Foto: „Tribune“
(Großbritannien)

Angestellten zu

raelische Spio-
ineinfanteristen

reitgehend die
e, um an Ver-
nderen westli-

und Vertrauen
ner zieht es
ren zu haben.

der Gereizt-
n die „gemä-
n und im Na-
zu gewinnen,

ARSENJEW

WESTEN MACHEN LEUTE

Vor einem Schuß aus einer Pistole, bis Kaliber 38, schützt
eine 2 kg schwere kugelsichere Weste. Bei einem Jagdgewehr
ist schon eine 7 kg schwere Spezialweste erforderlich.
Bei einer NATO-MPI, Kaliber 7,26, gibt ein Metallaufschlag,
in der Herzgegend an der Kleidung befestigt, eine Überle-
benschance.

Vor MGs, Panzerfäusten oder Raketen kennt man noch
keinen wirksamen Schutz. Doch daran wird gearbeitet, ist
ja die Nachfrage sehr groß. Politikaster und Geldsäcke sind
bereit, alles zu zahlen, nur um „sich dem Vaterland zu er-
halten“.

Der Mailänder Zeitschrift „Giorno“ zufolge entwickeln
die besten Couturiers der Welt elegante kugelsichere Wes-
ten in allen Farben, Formen und Größen, die es erlauben
würden, jeden „Retter des Vaterlandes“ wie einen mittel-
alterlichen Ritter vor der Schlacht bei Crécy auszustaffie-
ren. Zugleich sollen Eleganz und Bewegungsfreiheit ge-
wahrt bleiben. Man kann einen Wagen steuern, seine Wie-
derwahl zum Senator leiten und sogar eine zündende Rede
halten — zum Beispiel über die entsetzlichen Ausmaße des
politischen Terrorismus im Westen.

L. MAKAREWITSCH
Zeichnung: „Giorno“ (Italien)



NOCH EINMAL ZUR HALTUNG DER IKP-FÜHRUNG

Nachdem in der UdSSR zwei ausführliche Artikel als Antwort auf die von der IKP-Führung entfesselte Polemik veröffentlicht worden waren, brachte die „Prawda“ einen kleineren Beitrag, in dem die Haltung der KPdSU zur Reaktion der italienischen Genossen auf die erwähnten Artikel Ausdruck fand und gesagt wurde, daß die KPdSU an einer weiteren Polemik nicht interessiert sei.

Bald schon meldete sich jedoch Enrico Berlinguer erneut mit zwei Interviews in der „Unità“ sowie in einigen anderen Presseorganen zu Wort, in denen er die Ausfälle gegen die KPdSU und gegen die real bestehende sozialistische Ordnung konzentrierte und stellenweise verschärfte. Die Zeitschrift „Rinascita“ brachte, leider nicht aufgrund von Fakten aus der sowjetischen Wirklichkeit, zu denen die italienischen Kommunisten seit langem weitreichende Möglichkeiten der unmittelbaren Kenntnisnahme haben, sondern auf der Grundlage abgegriffener Klischees und Gerüchte westlicher Sowjetologen, eine präventive Kritik an der Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft in den beiden letzten Jahrzehnten.

Die IKP-Führung mobilisiert nun schon mehr als zwei Monate alle ihre Möglichkeiten, um die Hauptfront des ideologischen Kampfes gegen die KPdSU und gegen die sozialistische Gemeinschaft zu wenden. Dies geschieht just in einem Augenblick, da die Arbeiterbewegung Italiens vor einer Menge akuter innenpolitischer Probleme steht, die immer brennender werden, da die imperialistische Reaktion mit dem US-Imperialismus an der Spitze Tag für Tag die militaristische Hysterie gegen die UdSSR, Polen und andere Länder des Sozialismus anheizt, da sie immer gefährlichere praktische Schritte zur Entfesselung einer neuen Runde des Wettrüstens unternimmt, jetzt schon unter Einschluß der C-Waffe, da sie faktisch die SALT-2-Gespräche und die Genfer Verhandlungen sabotiert und das Madrider Treffen blockiert.

Aus all diesen Gründen hält es die KPdSU doch für unabdingbar, auf diesen Strom von Äußerungen zu reagieren.

Was auch immer die IKP-Führer reden mögen, ihr gesamtes ideologisches Wirken in der jüngsten Zeit zeigt, daß sie immer weiter von der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus abweichen, daß ihre Ak-

tivitäten auf die Leugnung der fortschrittlichen Rolle des siegreichen Sozialismus und den Erfahrungen bei seinem Aufbau sowie seiner internationalen Bedeutung abzielen. Im außenpolitischen Bereich richten sich die Bemühungen darauf, die friedliebende Natur der sozialistischen Staaten in Zweifel zu stellen. In diesem Geist gehalten ist auch das Interview Enrico Berlinguers „Überlegungen zum Frieden und zum dritten Weg“ („Unità“, 21. Februar 1982), in dem in konzentrierter Form die negative Haltung zur sozialistischen Ordnung, die sich in Ländern auf drei Kontinenten fundamentierte und entwickelt, Ausdruck findet.

Der Sozialismus und die Einstellung dazu

Als sich Lenin in den Jahren des ersten Weltkriegs mit Philosophie beschäftigte und die fundamentale Arbeit Hegels „Wissenschaft der Logik“ konspektierte, formulierte er 16 Elemente der Dialektik, methodologischer Prinzipien des wahren wissenschaftlichen Denkens, das zur Wahrheit führt. Als erstes dieser Prinzipien nannte er die **Objektivität der Betrachtung**.

An ihr eben mangelt es der IKP-Führung bei der Darlegung ihrer heutigen Einstellung zum aufgebauten Sozialismus. Ihrer Ansicht nach „liegt der Ausgangspunkt der Überlegungen über die sozialistisch orientierte Gesellschaft ... in der Schädlichkeit der Annahme eines einheitlichen Modells — des Modells sowjetischer Prägung — in den Ländern Osteuropas: sowohl im Bereich der Wirtschaft wie auch hauptsächlich in dem, was das politische System angeht“. Ab und zu nehmen die Äußerungen der italienischen Genossen hinsichtlich des „Modells“ pathetische Töne an. Das Schlimme ist nur: Dieses ganze Pathos wird von nichts anderem als von einem ausgemachten Mythos gespeist, wie er von der bürgerlichen Propaganda übrigens schon mehrmals erdacht wurde.

Es ist aber so, daß die KPdSU von Anfang an den Standpunkt vertreten hat — und ihre Meinung wird von anderen kommunistischen und Arbeiterparteien geteilt —, daß es so etwas wie ein sowjetisches „Modell“ des Sozialismus noch irgendein anderes je gegeben hat. Gerade auf Initiative der KPdSU wurde bereits in der Erklärung der Beratung von

Vertretern kommunistischer und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder 1957 fixiert: „Der Marxismus-Leninismus erfordert die schöpferische Anwendung der allgemeingültigen Prinzipien der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus auf **die konkreten historischen Verhältnisse eines jeden Landes; er duldet kein mechanisches Kopieren der Politik und der Taktik der kommunistischen Parteien anderer Länder.**“ (Hervorgehoben von d. Red.) „W. I. Lenin hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die Grundprinzipien des Kommunismus in Übereinstimmung mit der Spezifik der gegebenen Nation, des gegebenen nationalen Staates richtig angewandt werden müssen.“

Worüber unsere und andere kommunistische und Arbeiterparteien tatsächlich verfügen, ist nicht ein „Modell“, sondern **erstens** die marxistisch-leninistische Lehre vom Sozialismus, die zweifellos unter den konkreten Bedingungen der verschiedenen Länder nicht einheitlich realisierbar ist, und **zweitens** eine Reihe jahrzehntelanger faktischer Erfahrungen beim sozialistischen und kommunistischen Aufbau, die internationale Geltung haben.

Gut hat das nach unserer Ansicht der Generalsekretär der Portugiesischen KP, Alvaro Cunhal, in seinem Interview am 18. Februar für „Diário de Lisboa“ zum Ausdruck gebracht:

„Wir sind bereit, jedes Projekt“ (des Übergangs zum Sozialismus) „zu billigen, wenn es auf den Erfahrungen der weltweiten revolutionären Bewegung und des sozialistischen Aufbaus beruht und nicht auf lebensfremden Phantasien und Spekulationen. In Portugal z. B. muß der Weg des sozialistischen Aufbaus anders sein als in der ČSSR, in Polen, Jugoslawien, Kuba, Rumänien, der UdSSR usw. Das wird der portugiesische Weg sein, aber basierend auf den allgemeingültigen Gesetzen der sozialen Entwicklung, auf der unerläßlichen wissenschaftlichen Analyse der Wirklichkeit und der Erfahrungen anderer Revolutionen im Hinblick auf die Rolle des Staates. Wir setzen unser Projekt nicht der Wirklichkeit der sozialistischen Länder, sondern den kapitalistischen Zuständen entgegen. Der Sozialismus in Portugal wird portugiesisch sein, doch wollen wir, daß es auch wirklich Sozialismus ist.“

Hören wir, was dazu ein alter polnischer Kommunist in einem Ge-

sprach mit sowjetischen Journalisten im Sommer 1981 in Warschau sagte.

„Ein sowjetisches ‚Modell‘ des Sozialismus in Polen?!“ schüttelte der Gesprächspartner mit unverkennbarem Bedauern den Kopf. „Leider bei weitem kein sowjetisches! Natürlich gab es euer Beispiel, das Beispiel des ersten Staates in der Welt, der die sozialistische Revolution vollzogen hat. Bei uns wie bei euch haben die Werktätigen die Macht übernommen. Ehemalige Arbeiter wurden Minister. Sie setzten sich in die Ministersessel und bekamen Kreuzschmerzen, weil sie es nicht gewohnt waren, am Schreibtisch zu sitzen. Wie ihr träumten wir davon, den Sozialismus aufzubauen. Andere Erfahrungen als die euren gab es damals nicht. Aber die Bedingungen bei uns waren andere. Und die Praxis des Aufbaus des Sozialismus erwies sich ebenfalls als ganz, ganz anders. Na, was soll man hier lange nach einem Beispiel suchen. Vor ein paar Tagen wurde ein Kardinal bestattet. Unser Fernsehen hat das Begräbnis fünfeinhalb Stunden gezeigt! Sollte das etwa das sowjetische ‚Modell‘ des Sozialismus sein?! Und unbekümmert bei westlichen Banken Anleihen aufzunehmen, ohne daran zu denken, daß das zu einer wirtschaftlichen und dann auch zu einer politischen Abhängigkeit vom Kapitalismus führen kann — sind das vielleicht sowjetische Methoden des Aufbaus einer sozialistischen Wirtschaft?! Und die Hintanstellung der ideologischen Massenarbeit in den letzten Jahren — ist das das sowjetische ‚Modell‘ des Sozialismus?! Und die Unentschlossenheit im Kampf mit dem ideologischen Gegner — entspricht das etwa sowjetischen Erfahrungen?! Na, und die Korruption in der Parteispitze — entsprang die vielleicht irgendwelchen infiltrierten fremden Erfahrungen? Nein, verehrte Herrschaften, das ist unser eigenes ‚Modell‘, sind unsere eigenen Erfahrungen, und zwar zu unserem großen Leidwesen...“

Was ist Sozialismus? Diese Frage läßt sich nur wissenschaftlich und nur ausgehend von den objektiven Tendenzen und der dem Sozialismus vorausgegangenen Wirklichkeit, also der kapitalistischen Gesellschaft, beantworten. Die Marxisten-Leninisten leiten den Sozialismus nicht aus willkürlichen, abstrakten Modellen oder aus frommen Wünschen ab, sondern aus dem von Karl Marx entdeckten realen Gesetz der Vergesellschaftung von Arbeit und Produktion, das schon unter den Bedingungen des Kapitalismus machtvoll wirksam wird und als wichtigste materielle Grundlage zur Vorbereitung der Voraussetzungen für den

Übergang zum Sozialismus dient. Das stimmt logisch mit dem ökonomischen Wesen des Sozialismus überein: Übergang der Hauptproduktionsmittel in gesellschaftliches, Volks- und Kollektiveigentum, in das Eigentum des sozialistischen Staates und Ablösung der kapitalistischen Produktionsweise durch die Produktion nach einem Gesamtplan im Interesse der Werktätigen.

Ohne Erkenntnis dieses Grundmerkmals der Gesellschaft, die die bürgerliche ablöst, kann man von allen möglichen liberalen Absichten reden, doch wird das kein Sozialismus.

Man soll nicht glauben, daß die sowjetischen Kommunisten und die anderen Marxisten-Leninisten, wenn sie die Vergesellschaftung der Arbeit und der Produktion verallgemeinern, den Sozialismus „lediglich auf die Veränderung der Produktionsverhältnisse und des Eigentumscharakters“ hinauslaufen lassen („Unità“, 21. Februar 1982). Für uns sind die Ideale der Demokratie und der sozialen Gleichheit, der Freiheit des Individuums, seiner harmonischen allseitigen Entwicklung und schöpferischen Selbstbestätigung ebenso wichtig, wir wissen aber, daß sie sich unmöglich auf dem Boden der Verhältnisse des Privateigentums durchsetzen lassen, wissen, daß sie sich auf ein unerschütterliches materielles Fundament stützen müssen. Unsere und nicht nur unsere Praxis vieler Jahrzehnte bestätigt die knappe Schlußfolgerung Lenins: „Die Freiheit ist, wenn sie der Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals widerspricht, Betrug.“ (W. I. Lenin. Werke, Bd. 29, S. 340.)

Was gab der aufgebaute Sozialismus den Völkern? Der Sozialismus beseitigte die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die italienischen Genossen waren erst nach unseren Stellungnahmen auf die von ihnen entfachte Polemik damit angeblich einverstanden. Aber das ist eine grundsätzliche Frage, die epochenmachende, welthistorische Tatsache, daß der quälende Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital in den Ländern, die den Sozialismus aufgebaut haben, erfolgreich zugunsten der Arbeit überwunden ist. Die Entwicklung „neuer, neuartiger und konkreter Vorschläge“, von denen die IKP Führer sprechen, geht leider nicht von der Notwendigkeit aus, vor allem dieses Problem zu lösen.

Der Sozialismus hat alle Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die werktätigen Massen zukunftsgeviß sind. Er erreichte das durch die Organisierung einer planmäßig wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, die der Hauptaufgabe untergeordnet ist, die zunehmenden materiellen und geistigen Bedürfnisse der Be-

völkerung zu befriedigen. Auf diesem Weg demonstrierte der Sozialismus ein beispielloses hohes Tempo der Entwicklung in der Produktion im Laufe vieler Jahrzehnte. A und O der Politik der KPdSU ist die Sorge um das Wohl des arbeitenden Menschen. Man weiß überall, daß es in der UdSSR schon mehr als 50 Jahre keine Arbeitslosigkeit mehr gibt. In den EG-Ländern dagegen hat die Arbeitslosenziffer erneut 10 Millionen überstiegen. Warum vergessen die IKP-Führer, daß der reale Sozialismus der Bevölkerung der UdSSR die unentgeltliche medizinische Betreuung gesichert hat? Laut Gesetz haben alle Arbeiter, Angestellten und Kolchosbauern sowie ihre Familienangehörigen das Recht auf Alters- und Invalidentrente. Eine so umfassende Rentenversorgung und so ein niedriges Rentenalter kennt der Kapitalismus nicht.

Schließlich zum Wohnraum. In der UdSSR gibt es keine Obdachlosen, keine Armutviertel, keine wegen zu hoher Mieten leerstehenden Wohnungen, und niemand wagt auch nur daran zu denken, einen Menschen zu exmittieren. Das Recht auf Wohnraum ist in der UdSSR-Verfassung verankert und wird strikt beachtet. Die Mieten bleiben bei uns die niedrigsten in der Welt.

Der Sozialismus hat eine echte Revolution im geistigen Antlitz des Volkes vollzogen, indem er nie dagewesene günstige Bedingungen zur Heranführung der Massen an die Leistungen der eigenen und der Weltkultur schuf. Und das wird nicht in letzter Linie durch das völlig unentgeltliche Bildungssystem gewährleistet.

Wären alle diese Leistungen, die wir hier lediglich ansprechen konnten, möglich gewesen, wenn die Werktätigen die Produktionsmittel nicht in ihre Hände genommen hätten?

Was für einen Sozialismus braucht, nach Ansicht der italienischen Verfasser, nun Italien? Dazu wurden ungeheuer viele Worte gemacht, und gewöhnlich redet man von zweit- und drittrangigen Maßnahmen, die hauptsächlich den Überbau betreffen und durch Reformen im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Ordnung, durch deren „Lackierung“ realisierbar sind, ohne die Grundlagen anzutasten. „Die Idee des Sozialismus ist eine sehr reiche und komplizierte Idee“, erklärte Enrico Berlinguer in dem „Unità“-Interview vom 21. Februar. Was aber gehört für ihn zu dieser Idee? Seinen Worten nach setzt der der „gegenwärtigen Epoche und den gegenwärtigen Erfordernissen entsprechende Sozialismus“ solche Dinge voraus, wie 1. „Beschäftigung“, 2. „Gesundheitsschutz“, 3. „Bildung“.

4. „Rechtsschutz für Kinder und Alte“, 5. „Natur- und Umweltschutz“, 6. „vollständige Befreiung der Frau“, 7. „gesichertes Recht der Werktätigen auf gewerkschaftliche Betätigung“, 8. „Arbeitsproduktivität und Effektivität der Wirtschaft“, 9. „politischer Pluralismus“, 10. „freie Information, kulturelle und künstlerische Betätigung usw.“ Wie wir sehen, verbindet der IKP-Generalsekretär sein „Modell“ mit nicht grundsätzlichen, sondern sekundären Erscheinungen. Es entsteht jedoch die Frage, ob der Sozialismus, diese „reiche und komplizierte Idee“ ohne Befreiung der Arbeit denkbar ist? Und wer wird die Macht in den Händen haben? Dem erwähnten Interview ist zu entnehmen, daß sie in den Händen des Monopolkapitals bleibt. Jedenfalls findet sich in dem „neuen Sozialismus“ kein Wort über die Abschaffung des Großeigentums an den Mitteln der Produktion, der Verteilung und des Austausches, was ein unbedingtes Merkmal einer echten sozialistischen Revolution wäre. Die IKP-Führung setzt auf eigene Art die sozialen Prioritäten, und unter ihnen steht zweifellos nicht die Ablösung des privatkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln durch das gesellschaftliche, sozialistische Eigentum, wie das bei den Marxisten stets gewesen ist, sondern die Treue zum bürgerlich-parlamentarischen politischen System in den Vordergrund.

Hartnäckig, von Dokument zu Dokument, bestehen die italienischen Genossen auf der Notwendigkeit der Verbindung von Sozialismus und Demokratie, wobei sie so tun, als werde diese Notwendigkeit auch nur von einem Marxisten geleugnet. In Wahrheit geht es hier um ein elementares ursprüngliches Prinzip, ohne das der Sozialismus nicht einmal hätte entstehen können. Die Schaffung des ersten Arbeiter- und Bauernstaats in der Welt als Folge der Oktoberrevolution war ein gigantischer Schritt in Richtung auf die wahre Volksmacht. Aber gerade die jetzige sozialistische Volksdemokratie wird doch heftigen Angriffen ausgesetzt. Solches Verhalten der Verfechter einer Allmacht der Monopole ist in dieser Beziehung nicht schwer zu verstehen. Wie aber soll man eigentlich die sie unterstützenden Verfechter des Sozialismus verstehen?

In ihrer Polemik mit der „Prawda“ stellt die „Unità“ eine von ihrem Standpunkt verfängliche Frage: „Auf welcher Parteiversammlung, auf welcher Gewerkschafts- oder Betriebsberatung, auf welcher Sitzung eines Sowjets (läßt man die Diskussion und Kritik über besondere Aspekte praktischen oder organisatorischen Charakters außer acht)

kann ein nichteinverständener Kommunist, ein mit den allgemeinen politischen Fragen nichteinverständener Bürger dieses Nichteinverständnis äußern, und wann wurde das öffentlich mitgeteilt?“ Man muß einfach nur unsere Presse kennen und sie täglich verfolgen, dann wird sich die eindeutige Antwort finden, daß das, was die „Unità“ beunruhigt, ständig, täglich getan wird. Bei der Erörterung von Entwürfen wichtiger Gesetze und Direktiven der Parteitage hat jeder Kommunist, jeder Bürger das Recht zu jeder diskutierten Frage sein Pro und Kontra zu äußern. Einverständnis und Nichteinverständnis sowohl in einzelnen als auch in allgemeinen, darunter politischen Fragen, finden in den sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften Ausdruck. Man braucht unsere italienischen Kollegen nur auf so gesamtpolitische Diskussionen hinzuweisen, wie die bereits erwähnte Diskussion des Verfassungsentwurfs der UdSSR und Dutzender bedeutsamer staatlicher Gesetzesentwürfe. Im Laufe dieser Diskussionen, die von der Presse aufgegriffen wurden, von den Abertausenden mündlichen Äußerungen auf Versammlungen von Parteimitgliedern und Parteilos gar nicht zu reden, wurden die unterschiedlichsten Standpunkte, häufig nicht übereinstimmende und entgegengesetzte, vorgetragen. Im Unterschied zu dem, was die IKP-Führer offenbar wünschen, wird diesen Differenzen bei uns kein sensationeller Charakter verliehen, sie werden einfach, wie man bei uns sagt, im Interesse der Sache geäußert und sind von der Sorge um die Beseitigung von Mängeln, um die Verbesserung der Arbeit zum allgemeinen Wohl, um die Stärkung des Sozialismus im Interesse des gesamten Volkes diktiert. Leider schreibt die italienische KP-Presse fast nichts darüber. Es gab einen Fall, da die Redaktion der Zeitschrift des ZK der IKP „Critica Marxista“ im Zuge der Zusammenarbeit die Redaktion der Zeitschrift des ZK der KPdSU „Kommunist“ bat, einen Artikel über die volkswide Diskussion des Verfassungsentwurfs der UdSSR zur Veröffentlichung in Italien vorzubereiten. Das wurde getan, der Artikel ging nach Rom, ist aber nicht erschienen. Offenbar fand die entsprechende Information bei den italienischen Genossen keinen Anklang. Das ist nicht das einzige derartige Beispiel.

Solche Erscheinungen der Demokratie, die die neue Ordnung hervorgerufen hat, wie der sozialistische Arbeitswettbewerb von Millionen, die unerschöpfliche Quelle der Volksinitiative, der Stolz der Produktionskollektive auf ihre Errungenschaften, die Ehre und die all-

gemeine Achtung, mit denen das Sowjetvolk, das den Kommunismus aufbaut, die Bestarbeiter umgibt! Nicht von ungefähr hat die „Rinascita“ vor nur einem Jahr die „privilegierte Stellung der Arbeiterklasse“ und die Herrschaft der „Ideologie der Arbeit als eines Wertes“ in der sowjetischen Gesellschaft konstatiert: „Der Arbeiter“ (bevorzugt wird stets die Gestalt eines Facharbeiters) „ist ein Symbol der Arbeit selbst und strebt so danach, das Gefühl der Pflicht und der Treue zum Sozialismus hervorzurufen.“ Doch all das interessiert jetzt sehr wenig die Genossen von der IKP-Führung. Sie haben eine andere Gedankenrichtung.

Die wichtigste Form der Ausdrucksgebung der öffentlichen Meinung sind bei uns Briefe der Bürger (individuelle oder kollektive) an die Organe der Staatsmacht und der Verwaltung, an Parteikomitees, einschließlich des ZK der KPdSU, an Zeitungen und Zeitschriften, an gesellschaftliche Organisationen. In jedem Jahr gehen Hunderttausende solcher Briefe ein. Sie werden obligatorisch von den Organen geprüft, an die sie gerichtet sind. Von ihnen ausgehend werden obligatorisch konkrete Maßnahmen getroffen. Allein das ZK der KPdSU erhielt zwischen dem XXV. und dem XXVI. Parteitag mehr als 3 Millionen Briefe der Werktätigen. Die darin enthaltenen Standpunkte und Vorschläge werden in der gesamten Parteiarbeit eingehend berücksichtigt und vom Zentralkomitee regelmäßig ausgewertet. Zu den bedeutendsten werden spezielle Entscheidungen gefällt.

Wenn sich die Genossen von der IKP-Führung und der Redaktion der „Unità“ die Mühe geben würden, aufmerksam und unvoreingenommen in diese unsere Praxis einzudringen, würden sie die Massenhaftigkeit und Unbedingtheit der aktiven Teilnahme der Bürger an der Lösung der Alltagsfragen unseres Lebens und der gesellschaftlichen Entwicklung begreifen, würden sie wahrscheinlich die ganze Grundlosigkeit der „unwiderlegbaren“ Frage der „Unità“ verstehen. Doch offenbar sagt ihnen eine objektive Haltung zur Sache nicht zu.

Ist das aber von der „Unità“ wirklich gemeint? Die Genossen in ihrer Redaktion wissen höchstwahrscheinlich, daß sachliche Kritik ein organisches Merkmal unserer Lebensweise und unseres Arbeitsstils ist. Was wollen sie also? Etwa eine Art „Disidentenkritik“ und Freiheit für

üble Beschmutzung der sozialistischen Ordnung durch vereinzelte Renegaten? In dieser Hinsicht aber muß volle Klarheit herrschen: Auf die Popularisierung solcher Äußerungen lassen wir uns selbstverständlich niemals ein. Das sollten die IKP-Führer, die übrigens selbst sehr wählerisch bei der Veröffentlichung von Materialien sind, nicht von uns erwarten.

Aufgrund des bisher Gesagten erlauben wir uns, auch die Behauptungen über die „ständigen und ernstlichen Beeinträchtigungen“ von Rechten und Freiheiten in der UdSSR und über die „fehlende“ aktive Teilnahme der Bevölkerung an der Leitung des Staates als haltlos zurückzuweisen. Diese seinerzeit von Mr. Carter temperamentvoll aufs Schild gehobenen Behauptungen werden von der täglichen Praxis der sowjetischen Gesellschaft, von der Atmosphäre und dem Tonus der sozialistischen Lebensweise selbst widerlegt. An dieser Widerlegung beteiligten sich übrigens früher auch unsere italienischen Freunde. „Das sowjetische politische System verfügt über einen breiten, vielseitigen und umfassenden Mechanismus zur Heranziehung der Massen an die Leitung“, schrieb „Rinascita“. „Gemeint sind die Teilnahme und der Konsens, die absolut allen zugänglich sind, die von diesem Mechanismus Gebrauch machen...“

Man braucht nur hin und wieder unsere Zeitungen, Bücher und Zeitschriften zu lesen, um sich zu überzeugen, daß die sowjetischen Menschen besser als sonst jemand in der Welt die Mängel des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus in der UdSSR, die Wachstumsschwierigkeiten des neuen, kollektivistischen Gesellschaftssystems kennen. Wie der Erste Sekretär des ZK der KP Uruguays Rodney Arismendi sehr richtig sagte, ist „die Sowjetunion kein ‚Paradies‘. Sie ist der Sieg über die Hölle des Imperialismus und Kapitalismus“. (R. Arismendi. „Leninismus — Banner der revolutionären Umgestaltung der Welt“. Moskau, 1979, S. 147, russ.)

Unsere Partei erklärt offen, daß in der UdSSR noch längst nicht alle Probleme, beispielsweise der Landwirtschaft oder der Nahrungsmittelversorgung, gelöst sind. Das erklärt sie nicht nur, sondern sie entwickelt und verwirklicht konkrete Maßnahmen, darunter ein umfassendes komplexes Nahrungsmittelprogramm. Trotz der sehr ungünstigen Natur- und Witterungsverhältnisse stieg die Landwirtschaftsproduktion 1941—1980 insgesamt auf das 2,5fache, darunter die Getreideproduktion auf fast das Doppelte. Die UdSSR erzeugt heute mehr Weizen als die USA. Dennoch muß

viel getan werden, und darauf orientieren das Volk die Beschlüsse des XXVI. Parteitags der KPdSU. Noch importieren wir einen gewissen Anteil der von uns benötigten Erzeugnisse. Daran ist nichts Ungewöhnliches. Die einen Waren werden von der UdSSR gekauft, andere verkauft.

Immer wieder sprachen die IKP-Führer davon, die sozialistische Ordnung in der Form, wie sie in anderen Ländern entstand und sich entwickelt, sei für Italien unannehmbar. „Die Jugend, selbst jener Teil, der die historische Bedeutung der proletarischen, Volks- und nationalen Revolutionen seit der Oktoberrevolution 1917 anerkennt, findet kein Interesse an den Wegen, die der Aufbau des Sozialismus bis heute genommen hat“, erklärte Enrico Berlinguer am 10. Mai 1980 in Madrid.

Dies aber sagte seinerzeit Luigi Longo zum gleichen Thema:

„Stellen wir die Frage, wer freier ist: die italienischen Werktätigen, die arbeitslos sind oder um den Verlust ihrer Arbeit zittern, oder die Werktätigen der UdSSR, die garantierte Arbeit haben und nicht einmal wissen, was Arbeitslosigkeit ist? Sind die jungen Leute freier, die keine Arbeit finden oder ihre Ausbildung nicht fortsetzen können, obwohl sie dazu den Wunsch, die Fähigkeiten und den Verstand besitzen, oder ist die sowjetische Jugend freier, der alle Wege zur Arbeit und zur Kultur offenstehen? Sind vielleicht die Hunderttausende Italiener freier, die jährlich ihre Heimat und ihre Familie verlassen müssen, um sich Arbeit im Ausland zu suchen, die sie zu Hause nicht finden können? Wer ist freier: Frauen und Mädchen, die von italienischen Fabriken entlassen werden, oder die Millionen sowjetischen Frauen, denen die beste und qualifizierteste Arbeit in allen Bereichen der Produktionstätigkeit, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zugänglich ist? Sind die italienischen Ärzte, Lehrer, Wissenschaftler freier, die unter dem Joch einer morschen Ordnung stehen, oder sind die Wissenschaftler des Landes freier, in dem Wissenschaft und schöpferische Suche infolge der sozialistischen Ordnung einen in der Welt ungeahnten Stand erreichen konnten?“ (L. Longo. Ausgewählte Artikel und Reden. Moskau, 1975. S. 564—565, russ.) Das ist es, weshalb wir uns gestatten, an der Richtigkeit der von Enrico Berlinguer im Namen der italienischen Jugend geäußerten Gedanken zu zweifeln. Oder hat sich vielleicht deren Lage seit den akuten Krisenzeiten der 70er Jahre grundlegend verbessert?!

Niemand zwingt die italienischen Kommunisten zur Nachäffung. Im Gegenteil, ihre unbedingte Pflicht ist

es, unter Berücksichtigung bereits vorhandener Erfahrungen Wege zur sozialistischen Umgestaltung, die den Bedingungen und Traditionen Italiens entsprechen, auszuarbeiten. Vielleicht wird das neue Leben in diesem Land leichter und mit weniger Opfern errichtet werden, aber vermutlich ebendeshalb, weil die machtvolle Gemeinschaft der sozialistischen Länder existiert. Die in einem Land übliche Gesellschaftsform kann nicht mechanisch auf ein anderes Land übertragen werden. Allerdings fällt es schwer, nicht den Schluß zu ziehen, daß sich die IKP faktisch, wie Lenin sagte, die Wahrheit über den Sozialismus und seine Erfolge „abgewöhnt“ und die Massen von der sozialistischen Ordnung abschreckt.

Mit der Verketzerung der Wirklichkeit in den sozialistischen Ländern verriegeln die führenden Politiker der IKP die Werktätigen ihres Landes im kapitalistischen Haus, sozusagen mit der Einladung, sich an seinen „Werten“ Genüge zu tun und nur zu dessen Ausschmückung beizutragen. Was für ein enger und pessimistischer Blickwinkel! Und keinerlei Perspektive für den Übergang zum Sozialismus.

Probleme der Theorie des revolutionären Prozesses: „Dritte Phase“ und „Dritter Weg“

Die wichtigste „Neuerung“ in diesem Bereich ist der Gedanke, das Zentrum des Kampfes für den Sozialismus habe sich nach Westeuropa verlagert. Zur Begründung dieses Gedankens werden eine neue Zeiteinteilung des revolutionären Weltprozesses und die auf ihrer Basis konstruierte Theorie von den „drei Phasen“ angeboten. Als „erste Phase“ bezeichnete Enrico Berlinguer in seinem Bericht auf dem Januarplenum des ZK und der ZKK der IKP die „sozialistische“ und die „sozialdemokratische Phase des Kampfes...“ Sie habe Ende des vorigen Jahrhunderts mit dem Entstehen großer wirtschaftlicher, politischer und Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiterbewegung eingesetzt. Die „zweite Phase“ habe mit der Oktoberrevolution begonnen. Diese Phase hat, nach Ansicht der italienischen Theoretiker, jetzt angeblich „ihre Triebkraft erschöpft“. Gegenwärtig vollziehe sich der Übergang zur „dritten Phase“. „Dem Kampf für den Sozialismus in Westeuropa müssen neue Impulse gegeben und neue Horizonte eröffnet werden, um die neue Phase für den Sozialismus in der ganzen Welt einzuleiten und die demokratische Erneuerung der Gesellschaften Osteuropas zu för-

den“, heißt es in dem IKP-Dokument zur Lage in Polen.

Die Künstlichkeit und, sagen wir es offen, die extreme Prätentiosität dieser ganzen Theorie der „drei Phasen“, ihre Isoliertheit von einer konkreten Analyse des realen Inhalts der heutigen Epoche ruft Einwände hervor.

Bei aller Kompliziertheit, Vielfalt und Widersprüchlichkeit dieser Epoche, die von der Oktoberrevolution eingeleitet wurde, sind ihr Hauptinhalt und ihre Hauptentwicklungsrichtung offensichtlich: Es ist der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab.

Wie läßt sich unter diesem Blickwinkel die Einteilung des revolutionären Weltprozesses in „drei Phasen“ beurteilen?

Halten wir uns nicht bei der „ersten Phase“ auf. Sagen wir dazu nur, daß auch damals in der Arbeiterbewegung zwei Tendenzen bestanden und einander bekämpften: die reformistische und die revolutionäre, woran die italienischen Theoretiker jedoch lieber nicht erinnern. Infolgedessen wird die Kontinuität der revolutionären Bewegung der Voroktober-etappe mit der revolutionären Epoche der Oktoberrevolution negiert. Gleichzeitig damit wird die „sozialistische“ und die „sozialdemokratische Phase“ des Kampfes gewissermaßen mit der „Phase der Oktoberrevolution“ überlappt. Damit wird gewollt oder ungewollt die radikale und qualitative Grenze verwischt, die die Große Sozialistische Oktoberrevolution für die Menschheit bedeutet. Die IKP-Führer leugnen die geschichtliche Rolle der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution nicht. Doch diese Rolle ist in ihrer Vorstellung eindeutig der Vergangenheit, den Anfangsstadien des von ihr eingeleiteten revolutionären Weltprozesses zugewendet. Der Haupt-sinn der Konzeption besteht in der „dritten Phase“. Wie Enrico Berlinguer sagte, verwandelt sich die westliche Arbeiterbewegung in das „Epizentrum einer neuen Phase des Kampfes für den Sozialismus“.

Deutlich ist vor allem, daß die Theorie der „drei Phasen“ darauf abzielt, den in der Welt real bestehenden Sozialismus aus der in unserer Zeit vor sich gehenden revolutionären Umgestaltung der Welt auszuklammern und die Erfahrungen der Oktoberrevolution und des Aufbaus und der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft lediglich zu einem „Teil des historischen Erbes“ werden zu lassen. Zusammen mit dem aufgebauten Sozialismus wird auch der Hauptwiderspruch der gegenwärtigen Epoche,

der den Schlüssel zum Verständnis für den Mechanismus des Klassenkampfes in unserer Zeit liefert, aus der „dritten Phase“ ausgeklammert. Alle Ereignisse der letzten Jahre zeigen jedoch noch deutlicher, daß die Hauptachse der gegenwärtigen Weltentwicklung der Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus ist. Er durchdringt und bestimmt letztlich den gesamten Inhalt der Weltpolitik und prägt natürlich auch die Beziehungen zwischen NATO und Warschauer Vertrag.

Die IKP-Führer müssen, entgegen ihrer „Dreiphasentheorie“, nicht selten die entscheidende Rolle des siegreichen Sozialismus in der Welt zugeben. Im Schlußwort Enrico Berlinguers auf dem Januar-Plenum heißt es dazu: „Im System des heutigen Weltgleichgewichts stellt die Sowjetunion ein Gegengewicht gegen die Stärke und Aggressivität des amerikanischen Imperialismus dar.“ Wenn man aber schon A gesagt hat, muß man auch B sagen. Wenn die Sowjetunion, die den Sozialismus errichtet hat, ein Gegengewicht zum Imperialismus bildet, dann bedeutet das, daß vor allem der Sozialismus als Garant für den Vormarsch des revolutionären Weltprozesses auftritt. Kann man denn wirklich ernsthaft von Aussichten für einen stabilen Frieden, vom Sieg der Arbeiterbewegung in den Hauptzitatellen des kapitalistischen Systems, von Erfolgen des Kampfes der Völker für nationale und soziale Befreiung sprechen, während man den real bestehenden Sozialismus ignoriert und sogar verketzert?

Wir müssen nicht davon überzeugt werden, daß die Solidarität der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder mit den für ihre Freiheit kämpfenden Völkern eine beachtliche politische Kraft darstellt. Aber man muß sich auch darüber im klaren sein, daß die Chancen der nationalen Befreiungsrevolutionen äußerst gering wären, gäbe es nicht jenes „Gegengewicht gegen den Imperialismus“ in Form des sozialistischen Weltsystems, gäbe es nicht dessen wirtschaftliche, soziale, politische und militärische Macht. Der Generalsekretär der FKP, Georges Marchais, betonte auf dem XXIV. Parteitag der FKP im Hinblick auf die Rolle der sozialistischen Länder in der Welt von heute: „Diese Staaten sind das Bollwerk des Befreiungskampfes auf unserer Erde, insbesondere des Kampfes für nationale Befreiung.“

Das ist der Fakt der heutigen Wirklichkeit, den die „Dreiphasentheorie“ ignoriert. Welche Prognosen lassen sich für den revolutionären Weltprozeß stellen, wenn der Impuls

des bereits bestehenden Sozialismus erschöpft ist? Worauf gründen sich dann die Hoffnungen auf eine neue „Phase“ des Kampfes für den Sozialismus? Die Analyse der Ursachen für die Verlagerung des „Epizentrums“ dieses Kampfes nach Westeuropa wirkt im Bericht Enrico Berlinguers auf dem Januar-Plenum ziemlich naiv und kaum überzeugend.

Hier eine Aufzählung dieser Ursachen: Westeuropa ist der „Gipfel der Weltkultur“. Der europäische Kapitalismus sei ein Höhepunkt des Systems, wo dessen tiefe Krise mit der Tätigkeit einflußreicher Gewerkschaften und politischer Organisationen der Arbeiterklasse verknüpft sei. In Europa stünden sich unmittelbar zwei militärpolitische Blöcke gegenüber, und es sei in erster Linie von einem nuklearen Konflikt bedroht.

Sieht man mal von dem bekannten Anflug des „Eurozentrismus“ ab, sind die aufgezählten Momente ein Beweis für die Wichtigkeit der vor der Arbeiterbewegung der westeuropäischen Länder, vor deren revolutionärer Avantgarde stehenden Aufgaben.

Die Ausbrüche des kapitalistischen Systems an seinen, wie es die italienischen Genossen ausdrücken, „Höhepunkten“ würden zweifellos den revolutionären Weltprozeß bedeutend beschleunigen. Geht man jedoch von den Fakten aus, wozu uns unsere Opponenten auffordern, dann läßt sich bislang leider nicht von einem revolutionären Ausbruch an den „Höhepunkten“ des Kapitalismus sprechen.

Man möchte die italienischen Genossen fragen, worauf sie ihre Schlußfolgerungen über die „praktische Entwicklung des Sozialismus“ in den kapitalistischen Ländern Europas aufbauen, was sie unter Sozialismus „in seiner ganzen historisch-politischen Konkretheit“ verstanden wissen wollen?

Sollte gemeint sein, daß die kapitalistischen Industrieländer objektiv für den Sozialismus reif sind, so hat das Lenin schon vor etwa 70 Jahren gesagt. Wenn die Unfähigkeit des Kapitalismus gemeint ist, die von ihm selbst geschaffenen Probleme zu lösen, so wird gerade das von der KPdSU und von vielen anderen kommunistischen Parteien behauptet. Das aber genügt noch nicht. Für den Übergang zum Sozialismus ist auch der herangereifte subjektive Faktor der sozialistischen Revolution notwendig. Erinnern wir daran, daß Marx, Engels und Lenin gerade mit diesem Faktor, mit der Bereitschaft und Fähigkeit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, den

sozialistischen Umsturz zu vollziehen, mit dem Ausmaß und der Stärke der Massenbewegung für den Sozialismus den Gedanken der Verlagerung des Zentrums des revolutionären Weltprozesses verbunden.

In den Ländern des entwickelten Kapitalismus nun sind die Anforderungen an den subjektiven Faktor der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft besonders hoch. Tatsächlich steht der Arbeiterklasse in den Haupttitadellen des Kapitalismus der stärkste Gegner gegenüber: Die erfahrene und gut organisierte Monopolbourgeoisie, die, gestützt auf einen verzweigten staatlichen, sozialen, wirtschaftlichen und ideologischen Apparat, über reiche Mittel zur Einflußnahme auf die Arbeiterbewegung, über vielfältige und raffinierte Methoden zur Integrierung oppositioneller Kräfte in das bestehende System verfügt. In Westeuropa befindet sich einer der wichtigsten Vorposten des internationalen ökonomischen, politischen und militärischen Bündnisses der Monopolbourgeoisie der imperialistischen Mächte.

Einem solchen Gegner konfrontiert zu sein und ihn zu bekämpfen ist nicht leicht, und das wissen wir gut. Wir wissen es und bewerten die Tatsache sehr hoch, daß die kommunistische und Arbeiterbewegung in Frankreich, Portugal, Italien, Griechenland, Finnland und in mehreren anderen Ländern Westeuropas ungeachtet dessen in den Nachkriegsjahren nicht wenige Erfolge erzielen konnte. Bislang jedoch entfaltet sich die soziale Klassenschlacht der Arbeiterklasse durch die Verhältnisse in den westeuropäischen Ländern, mit nur wenigen Ausnahmen, an einzelnen Frontabschnitten zur „praktischen Entwicklung des Sozialismus“.

In diesem Zusammenhang ist es nicht überflüssig, an die Gefahr jenes Provinzialismus zu erinnern, auf die Palmiro Togliatti hinwies. Er sah diese Gefahr im Aufkommen einer Meinung, die „dazu führen kann, daß du dich als Mittelpunkt des Alls fühlst, in der Annahme, du seiest mit der Mission beauftragt, die übrigen Teile der Bewegung einer oberflächlichen Kritik zu unterziehen, ohne irgendwelche Anstrengungen zu unternehmen, dich eingehend mit den Bedingungen ihrer Entwicklung vertraut zu machen“. (P. Togliatti. Ausgewählte Artikel und Reden. Bd. II, Moskau, 1965, S. 661, russ.)

An der Wende der 70er/80er Jahre sind tatsächlich immer mehr Anzeichen dafür zu entdecken, daß der revolutionäre Weltprozeß in eine neue Etappe eintritt. Mit der

Überwindung der Wachstumsschwierigkeiten steigt der reale Sozialismus auf eine höhere Stufe des Fortschritts. Ernst zu nehmende qualitative Fortschritte vollziehen sich in den frei gewordenen Ländern. Die reformistische Anpassungsstrategie des Kapitalismus an die neue Lage macht eine tiefe Krise durch, in seinem Schoß sammelt sich die explosive Energie der Massenproteste und kommt immer häufiger in unterschiedlichen Formen zum Ausbruch.

Der Arbeiterbewegung der westeuropäischen Länder eröffnen sich heute neue Möglichkeiten und Wege zum Kampf für den Sozialismus. Das ist keine örtlich begrenzte nationale Erscheinung, sondern das Resultat grundlegender Fortschritte im Weltmaßstab. Deshalb wäre es verderblich, für die Nutzung dieser Möglichkeiten von der Position der Negierung der Errungenschaften des bereits bestehenden Sozialismus zu kämpfen. Der Weg zum Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Ländern führt über die internationale Solidarität mit allen revolutionären Kräften der Gegenwart und natürlich mit den Ländern des Sozialismus, den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft.

In den Nachkriegsjahren sucht das theoretische Denken der kommunistischen Bewegung in Westeuropa beharrlich die Antwort auf die Frage, wie der Weg des Heran-gehens und des Übergangs zum Sozialismus in den kapitalistischen Industrieländern aussehen soll. Diese theoretische Arbeit entspricht dem Leninschen Schluß von der Vielfalt der Formen des Übergangs zum Sozialismus. Und sie brachte bestimmte interessante Gedanken hervor. Einige der vorgebrachten Thesen sind jedoch hypothetischer Art, müssen überprüft und tiefgreifender begründet werden. „Das ist auch verständlich“, sagte Leonid Breschnew. „So ist das nun einmal beim Suchen. Es kommt nur darauf an, daß in der richtigen Richtung gesucht wird.“

Von ebendiesen Positionen her gehen wir an die Beurteilung der Konzeptionen des „dritten Weges“ heran. Man muß feststellen, daß das keine Fortsetzung der von Antonio Gramsci und Palmiro Togliatti eingeleiteten theoretischen Suche, sondern ein Gehen in die entgegengesetzte Richtung ist.

Was ist mit dem „dritten Weg“ gemeint? Eine klare Antwort auf diese Frage geben die italienischen Genossen nicht. Aus den Dokumenten der IKP und den Reden von Vertretern ihrer Führung wird deutlich, daß für die Bewegung auf dem

„dritten Weg“ die vorhergehenden Erfahrungen des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse, die Erfahrungen des realen Sozialismus nur negative Bedeutung haben. Nichtsdestoweniger rufen die Führer der IKP „alle Kräfte der europäischen Arbeiterbewegung“ auf, den empfohlenen oder bislang sehr unklaren Weg zu betreten.

Im Mittelpunkt der Konzeption vom „dritten Weg“ steht — ebenso wie bei der Bewertung des realen Sozialismus — der Gedanke einer organischen Einheit von Demokratie und Sozialismus. Wiederholen wir es: Der Gedanke an sich ist nicht neu, den Marxisten gilt er seit langem als Axiom. In den Dokumenten der IKP jedoch handelt es sich um etwas anderes.

Wieder entsteht die Frage, um welche Demokratie man sich sorgt, weil ja in der Klassengesellschaft Demokratie immer Klassencharakter annimmt. Demokratie für wen? Für ein Häuflein Auserwählter, „Reicher“, wie Lenin sagte, oder für die Bevölkerungsmehrheit, für die Werktätigen. In der Vorstellung der IKP-Führer ist Demokratie nicht klassengebunden, sondern national.

In den Dokumenten der IKP wird auch vom Kampf der Arbeiterklasse gesprochen. Aber das ist es ja gerade, daß der Gedanke vom „gesamtnationalen Konsens“ den Gesetzen des Klassenkampfes widerspricht. Je näher und realer der Übergang zum Sozialismus ist, desto stärker wird die objektive Logik der Klasseninteressen die herrschenden Klassen zum Widerstand gegen die revolutionären Umgestaltungen veranlassen. Wie Marx bemerkte und Lenin mehrfach warnte, wie auch die Praxis zeigt, löst Revolution Konterrevolution aus. Und daraus ergibt sich wiederum die Notwendigkeit für jede Revolution, die über alle wirksamen Kampfformen verfügt, sich verteidigen zu können. Die gesamten historischen Erfahrungen beim Entstehen sozialistischer Gesellschaften zeugen davon, daß der revolutionäre Prozeß ohne Einmischung in Macht und Eigentum undenkbar ist. Zutiefst recht hatte Engels, als er schrieb: „Eine Revolution ist gewiß das autoritärste Ding, das es gibt...“ (Marx/Engels. Werke, Bd. 18, S. 308.)

Die Hoffnung auf sozialistische Umgestaltungen auf der Basis allgemeiner Eintracht und allgemeiner Gerechtigkeit, die Unterschätzung der tiefgreifenden Wurzeln und der unausbleiblichen Zuspitzung des Klassenkampfes in der modernen bürgerlichen Gesellschaft ist eine Verneigung vor den liberalen Vor-

stellungen von der Revolution und dem Sozialismus.

Leider werden solche Vorstellungen auch im Wirtschaftsprogramm „Für eine neue Entwicklung in Italien“ („Unità“, 13. Dezember 1981) erkennbar, das die IKP-Führung ihrem Land anbietet. In dem Dokument heißt es: „Italien steht gegenwärtig an der Schwelle, ist jedoch noch nicht durch die Tür in den Klub der industriell entwickelten Eiteländer eingetreten. Zu Ende des Jahrzehnts oder sogar früher könnte es bestimmt die Schwelle überschreiten. Daher erhebt sich hier angesichts der besonders akuten politischen Krise des Staates das Problem der nationalen Gemeinsamkeit.“

In den Vordergrund gerückt wird also auch hier der Gedanke der „nationalen Gemeinsamkeit“, und zwar, um in den „Eliteklub“ eintreten zu dürfen. Aus der Zuspitzung der inneren Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird die Schlußfolgerung einer notwendigen Konzentrierung der Anstrengungen der gesamten Nation gezogen, um dem italienischen Kapitalismus einen besseren Platz in der EG zu sichern. Zu diesem Zweck wird die Aufgabe gestellt, „ein kollektives Bewußtsein der Nation“ zu schaffen.

Das Wirtschaftsprogramm der IKP eröffnet also keine sozialistische Perspektive und greift die Hauptstützen des kapitalistischen Systems nicht an. Objektiv richtet es sich darauf, die kapitalistische Produktion zu rationalisieren und den italienischen staatsmonopolistischen Kapitalismus zu modernisieren, in dem die Arbeiterklasse allenfalls bessere Positionen für den Schutz ihrer Tagesinteressen bezöge.

Zwar sagte E. Berlinguer in seinem Interview für die „Unità“ vom 21. Februar: „Die tatsächliche Abschaffung des Kapitalismus ist nicht nur unser Wunsch, sondern wir sind auch, wie ich zu erklären versucht habe, überzeugt, daß sie notwendig ist.“ Die Absichten sind gut. Doch kommt es auf den objektiven Sinn des vorgeschlagenen Wirtschaftsprogramms an.

Die an die Werktätigen adressierte These vom „Sparen“ im Kapitalismus wurde am Vorabend des XV. Parteitages der IKP parteiintern heftig kritisiert. Deshalb ist sie im Programm nicht mehr da. Trotzdem werden Forderungen nach einem nüchternen Herangehen, nach Sparsamkeit, einer Revision der Lohn- und Verdienstrategie usw. gestellt. Um unklarer und häufig wenig eindeutiger Ziele willen fordert man die Werktätigen zu Opfern auf.

Natürlich können die Kommunisten nicht abseits stehen und gleich-

gültig zusehen, wie der Kapitalismus die Werktätigen auspowert. Auch im Kapitalismus erwirken sie konstruktive Lösungen gesamt-nationaler sozialökonomischer Probleme. Aber die Kommunisten sind Revolutionäre. Stets behalten sie die sozialistische Perspektive im Auge, sie können, sie dürfen nichts unternehmen, um auf Kosten der Arbeiterklasse den staatsmonopolistischen Kapitalismus zu retten und zu festigen.

Luigi Longo sprach mit Recht von der Notwendigkeit einer organischen Verknüpfung von Wirtschaft und Politik. So schrieb er: „Die ständig wachsende Verflechtung von Monopolen und Staat verdeutlicht zunehmend den Klassencharakter des Staates und seiner Einrichtungen und stellt die Aufgabe, einen unitären Kampf sowohl gegen die Monopole als auch gegen den Staat zu führen.“ (Luigi Longo. Ausgewählte Artikel und Reden. S. 239, russ.)

Das theoretische Denken der kommunistischen Bewegung in den kapitalistischen Industrieländern muß sich in der Tat mit komplizierten Fragen auseinandersetzen: Wie können demokratische Umgestaltungen im kapitalistischen Rahmen zu grundlegenden sozialistischen Umgestaltungen führen, welche wirtschaftlichen und politischen Übergangsetappen und -formen sind dazu erforderlich? Diese Fragen können nur anhand einer prinzipiellen marxistischen Analyse neuer Erscheinungen und Prozesse in der bürgerlichen Gesellschaft, anhand der Überprüfung und Korrektur theoretischer Schlüsse im politischen Kampf gelöst werden. Künstliche Schemata und konstruierte abstrakte Begriffe können hier nicht helfen.

Wie viel wurde über den Begriff „historischer Kompromiß“ diskutiert! Jetzt aber ist er in den Dokumenten der IKP nicht mehr anzutreffen. Versuche eines „historischen Kompromisses“ in der Praxis führten, wie auch von der IKP selbst hervorgehoben wurde, zum Verwischen des revolutionären Wesens der Partei in den Augen der Bevölkerung, zur Schwächung ihres Einflusses, insbesondere unter Jugendlichen.

Wird das gleiche Los nicht auch Konzeptionen wie „die drei Phasen“, „der dritte Weg“ u. a. m. ereilen? Um so mehr, als besagte Konzeptionen recht vage und voller „weißer Flecken“ sind. Die Frage sei erlaubt, wozu Begriffe, die sich noch nicht herauskristallisiert haben, so kategorisch der schon bestehenden sozialistischen Praxis, den schon gesammelten historischen Erfahrungen bei der Entstehung und Entwicklung des Sozialismus gegenübergestellt werden müssen.

Nun einige Worte zu den Entwicklungsländern, die den Weg sozialistischer Orientierung gewählt haben. Ihre eigenständigen und vielfältigen Erfahrungen sind ein bedeutender Beitrag zum revolutionären Weltprozeß. Der Ausbruch aus der Zone der imperialistischen Herrschaft bestätigt erneut, daß im Weltmaßstab objektive Voraussetzungen für grundlegende soziale Umgestaltungen mit sozialistischer Perspektive bestehen. Zu diesen objektiven Voraussetzungen gehört vor allem die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt, die Verstärkung der internationalen Positionen des sozialistischen Weltsystems. Der siegreiche Charakter des nationalen Befreiungskampfes in der Gegenwart bestätigt auch einen weiteren wichtigen Gedanken — den über die Rolle des subjektiven Faktors, der Fähigkeit einer entschlossenen, revolutionären Avantgarde, die Bereitschaft der Massen zu jeder Form des Kampfes bis zum Sieg zu nutzen und sich dabei auf die wirksame internationale Hilfe und Solidarität der anderen Fortschrittskräfte, vor allem der sozialistischen Staaten, zu stützen. Angesichts der heutigen Äußerungen der IKP-Führer sei besonders hervorzuheben, daß sich die Avantgardekkräfte der sozialistisch orientierten Länder gerade vom realen Sozialismus angezogen fühlen, seine Erfahrungen aufmerksam studieren und für die Lösung eigener akuter wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Probleme nutzen.

Was bieten die italienischen Theoretiker diesen Ländern an? Ebenfalls einen „dritten Weg“, nur einen noch weniger klaren: Er unterscheidet sich von den „typischen Modellen des kapitalistischen Westens“, müsse jedoch auch gegen jene verteidigt werden, „die sie in Schemata und Ideologien, wie sie für die Regimes in Osteuropa charakteristisch sind, einzwängen wollen“. („Unità“, 12. Januar 1982.)

Vielleicht haben die Genossen aus der IKP ein theoretisches Sesamöffne-dich und universelle Erfahrungen als Radikalmittel für die Völker, die im Begriffe sind, die Ketten der sozialen und nationalen Sklaverei abzuschütteln?

Leider verfügt die IKP-Führung über nichts dergleichen. G. C. Pajetta gab in einem Interview für die Wochenschrift „Epoca“ zu: „Wir haben kein bestimmtes Modell. Das ist richtig. Wir lehnen sowohl das sowjetische als auch das sozialdemokratische Modell ab.“ Nichtsdestoweniger hält es die IKP-Führung für angebracht und vertretbar, nicht mehr über einen „italienischen Weg zum Sozialismus“ zu sprechen, auf

dem sie lange Zeit polemisch beharrte; nunmehr ist die These vom „italienischen Weg“ durch die Konzeption vom „dritten Weg“ ersetzt worden, die Anspruch auf internationale Bedeutung erhebt.

Somit bedeutet die „neue Phase“ einerseits die Negation der Errungenschaften anderer Völker im Kampf für den Sozialismus, trägt also absolut negativen Charakter, andererseits aber beinhaltet sie Forderungen, die nicht über den Rahmen der bürgerlich-demokratischen Ordnung hinausgehen.

So und nicht anders sieht leider das prinzipielle „Rüstzeug“ der IKP-Führung aus, das sich gegen die marxistisch-leninistische Lehre vom Sozialismus und die reale sozialistische Ordnung kehrt, ein „Rüstzeug“, das sich mit vollem Recht als ideologisches Abrüstzeug angesichts des Klassenfeindes definieren läßt. Das ist ein wirklich merkwürdiger Aufruf nach nirgendshin, gerichtet an die gesamte Arbeiter- und Befreiungsbewegung.

Wenden wir uns jetzt der Konzeption des „neuen Internationalismus“ zu, die in den Dokumenten der IKP seit Jahren propagiert wird.

Die Ausgangsthese ist die Tatsache, daß sich die Zusammensetzung der revolutionären und demokratischen Kräfte in der heutigen Welt beträchtlich erweitert hat. Aber das wird sofort in Gegensatz zum proletarischen, sozialistischen Internationalismus — dem bewährten Prinzip der kommunistischen und Arbeiterbewegung seit der Zeit des Kommunistischen Manifestes — gestellt. So erklärt G. C. Pajetta entgegen den historischen Erfahrungen und der gegenwärtigen Praxis, der proletarische Internationalismus sei „eher begrenzt gewesen, stütze sich häufig auf Illusionen und trug in vieler Hinsicht das Mal des Sektierertums“.

Die Anhänger des „neuen“ Internationalismus wiederholen, was die KPdSU und viele andere kommunistische Parteien seit langem sagen (und auch praktizieren): daß nämlich die heutigen globalen Probleme den Rahmen der Interessen nur der Arbeiterklasse sprengen und die Geschicke aller Bevölkerungsschichten, aller Völker betreffen, daß heutzutage ferner die internationale Solidarität einen weiten Kreis der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte umfassen und sich mit allumspannendem Inhalt füllen muß. Hieraus folgt jedoch keineswegs, daß der proletarische Internationalismus überholt und nicht mehr nötig ist.

Proletarischer Internationalismus ist ein historischer Begriff, der

sich zusammen mit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung entwickelt und den eintretenden Veränderungen Rechnung trägt. Die heutige Erweiterung des Rahmens der internationalen Solidarität, der Kontakte zwischen den revolutionären, demokratischen Kräften ist denn auch die weitere natürliche Entwicklung des proletarischen Internationalismus, die davon zeugt, daß er lebensfähig und fähig ist, immer neue gesellschaftliche Kräfte in die befreiende und umgestaltende Tätigkeit der progressiven Klasse einzubeziehen.

Die IKP-Führer dagegen reduzieren ihn ausschließlich auf die Solidarität der Proletarier oder sogar nur der Kommunisten. Das stimmt aber nicht. Auch zu Lebzeiten von Karl Marx und Friedrich Engels war der proletarische Internationalismus keine Schranke zwischen der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten. Der Sinn dieses Begriffes besteht darin, daß die Arbeiterklasse als die fortschrittlichste und sozialökonomisch auch internationalistische Klasse sich in ihrem Kampf weltweit zusammenschließt, damit ein Beispiel gibt und die Solidarität aller anderen ausgebeuteten und unterdrückten Kategorien der Werktätigen, all jener fördert, die nach Frieden, Demokratie und sozialem Fortschritt streben.

Das IKP-Dokument zur Lage in Polen erklärt „die Idee einer homogenen kommunistischen Bewegung, die von allen Kräften der internationalen Arbeiterbewegung, d. h. von den sozialistischen, fortschrittlichen und Befreiungsbewegungen isoliert ist“, in Bausch und Bogen für veraltet.

Es sei gleich gesagt, daß keine einzige marxistisch-leninistische Partei, daß natürlich auch nicht die KPdSU so übertriebene Vorstellungen von einer „homogenen“ und „isolierten“ kommunistischen Weltbewegung hat. Die Theoretiker des „neuen“ Internationalismus widerlegen ohne weiteres solche absichtlich verzerrten Vorstellungen, verwerfen aber im gleichen Atemzug auch die Idee der kommunistischen Weltbewegung, mehr noch, sie ziehen ihre Existenz in Zweifel. Statt dessen schlagen sie vor, sich auf angleichende Beziehungen zu allen politischen Kräften der revolutionären und demokratischen Bewegung, unabhängig von deren Klassenposition, zu orientieren. Das bedeutet, sich von der einflußreichsten, kampffähigsten und die höchste Autorität besitzenden internationalen Bewegung der Gegenwart abzusondern.

Aber zum Glück ist es der IKP-Führung nicht gegeben, die kommunistische Weltbewegung zu „schließen“. Es wäre lächerlich, hier noch allen Ernstes den Beweis zu führen, daß sie auch wirklich existiert. Man braucht nur auf die enormen antikommunistischen Aktivitäten des Klassenfeindes, der Weltbourgeoisie, hinzuweisen; wäre die kommunistische Bewegung nicht eine machtvolle internationale Kraft, so setzte die Bourgeoisie nicht so viel Kraft und Geld zu deren Bekämpfung ein.

Die Gefahren, die der „neue“ Internationalismus in italienischer Interpretierung in sich birgt, treten klar in der internationalen Politik der IKP zutage: Schwächung der Verbindungen mit den kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder, Ausbau der Kontakte zu den politischen Kräften antikommunistischer Couleur und zu antisozialistischen Politikern und Organisationen, häufig entgegen der Meinung der kommunistischen Parteien entsprechender Länder. Die IKP erklärt sich zwar bereit, den Dialog beinahe mit allen und über viele Fragen zu führen, nahm jedoch am Pariser Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas 1980, das einer so aktuellen Frage wie der Sache von Frieden und Abrüstung gewidmet war, nicht teil. All das beeinträchtigt die internationale Solidarität und den Kampf der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte.

Die KPdSU läßt sich in ihrer internationalen Tätigkeit konsequent vom Prinzip der freiwilligen internationalistischen Verantwortung der kommunistischen Weltbewegung gegenüber leiten. Zugleich damit sind ihre internationalen Verbindungen mit den anderen demokratischen und Arbeiterparteien und -organisationen viel ausgedehnter und vor allem wirksamer als bei jenen, die vom beschränkten und „sektiererischen“ Charakter des proletarischen Internationalismus reden. So hat die KPdSU zweiseitige Beziehungen und langjährige Kontakte zu 20 sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien sowie zu 35 revolutionär-demokratischen Parteien der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Die internationalen Beziehungen. Frieden und Entspannung

Die Dokumente der IKP und Äußerungen ihrer führenden Vertreter enthalten viele richtige Worte, betreffend die heutige Weltlage, ihre extreme Akutheit, die Gefährlichkeit des Wettrüstens, das die Welt

an den Rand einer nuklearen Katastrophe drängt, die Notwendigkeit des Kernwaffenverbots und einer allmählichen ausgewogenen und kontrollierten Einschränkung der konventionellen Waffen, die Unaufschiebbarkeit der Verhandlungen über die brennenden Probleme, vor allem über die Begrenzung der Kernwaffen.

Die IKP-Führer geben die gewachsenen internationalen Spannungen zu, lasten sie jedoch sowohl der UdSSR als auch den USA, sowohl dem Warschauer Vertrag als auch der NATO an.

Neben der verantwortungslosen Krittellei an der Lage in der UdSSR und einigen anderen Ländern ist die Verzerrung und Kompromittierung einiger außenpolitischer Aktionen der UdSSR und ihrer gesamten Außenpolitik für die IKP üblich geworden.

Entgegen der wirklichen Sachlage, trotz des Umstands, daß die friedliebenden Kräfte und objektiven Menschen, die den entscheidenden Beitrag der UdSSR zur Entspannung, zum Kampf gegen die Kriegsgefahr anerkennen, leugnen die IKP-Führer diese unbestreitbare Tatsache. Auf dem Plenum im Januar erklärte Berlinguer: „Besonders nach 1975 sehen wir immer wieder politische und konkrete Schritte der UdSSR, die zum Kampf der Völker gegen den Imperialismus weder beitragen noch jetzt beitragen. Mehr noch: Weit davon entfernt, die Entspannung und den Friedenskampf zu fördern, hemmen sie diese Prozesse.“

Es ist unfassbar, daß Kommunisten so etwas über einen Staat sagen, der alles unternimmt, um einen Weltkrieg zu verhüten, und konkrete Vorschläge zur Lösung dieser großen Aufgabe unterbreitet. Vor allem dank der UdSSR kennen die Völker Europas seit nunmehr 37 Jahren keinen Krieg. Hier ist nicht der Platz, die ganze Geschichte des Friedenskampfes der UdSSR und aller Warschauer Vertragsländer darzulegen. Erinnerung sei lediglich an die jüngsten Initiativen und Schritte der KPdSU und der Sowjetregierung in vollem Einvernehmen und bei restloser Unterstützung der Bündnispartner aus dem Warschauer Vertrag.

All diese Initiativen basieren auf dem vom XXVI. Parteitag der KPdSU angenommenen Friedensprogramm für die 80er Jahre, das Maßnahmen sowohl politischer als auch militärischer Art vorsieht, die die Lage in Europa wie im Nahen, Mittleren und Fernen Osten berühren. Das Programm betrifft sowohl die Kernraketenwaffen als auch die konventionellen Waffentypen, so-

wohl die Landstreitkräfte als auch die See- wie die Luftstreitkräfte.

Die politischen Positionen der Sowjetunion in der internationalen Arena werden dadurch bestimmt, daß sie auf das entschiedenste jegliche „Doktrinen“ ablehnt, die von der Zulässigkeit welcher „Art“ des Nuklearkrieges auch immer ausgehen. „...Einen Nuklearkrieg in der Hoffnung zu beginnen, aus ihm als Sieger hervorzugehen, kann nur, wer Selbstmord begehen will“, betonte Leonid Breshnew. Und diese Haltung der Sowjetunion findet breiteste internationale Unterstützung, was die Annahme der Deklaration über die Verhütung einer Nuklearkatastrophe, die den Ersteinsatz von Nuklearwaffen als verbrecherisch bezeichnete, durch die 36. UNO-Vollversammlung deutlich demonstriert hat.

Natürlich strebt die Sowjetunion wie jeder Staat danach, zuverlässig seine Sicherheit zu gewährleisten. Doch dabei geht er davon aus, wie Leonid Breshnew betonte, daß „dies im nuklearen Zeitalter nicht erreicht werden kann, wenn man auf einen Gewinn des Wettüstens setzt“. Und die Sowjetunion beweist durch Taten ihr Streben, diesen Wahnsinns-wettlauf zu stoppen, ihn anzuhalten. Sie war bereit, ehrlich SALT-II zu erfüllen. Die UdSSR schlägt vor, die Einstellung nicht nur aller und jeglicher Tests von Nuklearwaffen, sondern auch von deren weiterer Produktion zu vereinbaren, um deren Arsenale zu beschränken und dann vollständig zu vernichten. Die Sowjetunion besteht darauf, die Schaffung überhaupt aller neuen Arten von Massenvernichtungswaffen zu verbieten sowie die vorhandenen, z. B. chemischen zu verbieten und zu vernichten.

Leonid Breshnew hat einen konkreten und realistischen Plan zur Reduzierung der Nuklearwaffen in Europa formuliert, dessen Ziel der Verzicht auf alle Nuklearwaffen auf dem Kontinent ist — sowohl auf die Mittelstreckenwaffen als auch auf die taktischen Waffen. Angesichts der Ablehnung einer so radikalen Lösung durch den Westen schlägt die Sowjetunion anfangs die Reduzierung der jetzigen Zahl der nuklearen Mittelstreckenwaffen um das Dreifache oder sogar mehr vor. Von der wahren politischen Position der Sowjetunion zeugt beredt die Tatsache, daß sie, die nach einer Lösung dieser jetzt akutesten Fragen strebt, beabsichtigt, weitreichende einseitige Maßnahmen zur Senkung des militärischen Konfrontationsstandes zu verwirklichen. Doch die UdSSR wird natürlich Maßnahmen ergreifen müssen, um ihre Lebensinteressen zu schützen, wenn die USA eine neue Runde des Wettüstens einleitet.

Die UdSSR denkt nicht daran, ihr Wohlergehen auf Kosten und zum Schaden der legitimen Interessen anderer Länder zu bauen. „Die Freiheit und Sicherheit der anderen Staaten“, sagte Leonid Breshnew, „ist eine wesentliche Voraussetzung unserer eigenen Freiheit und Sicherheit. Und zugleich sind unsere Freiheit und Sicherheit die unabdingbare Voraussetzung einer freien und unabhängigen Entwicklung der anderen Länder.“

Die Sowjetunion, die diese prinzipielle Direktive verwirklicht, tritt zum Beispiel, für Ideen der Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Regionen der Erde ein, bekundet ihre Bereitschaft, allen Nichtnuklearstaaten, die die Stationierung von Nuklearwaffen auf ihrem Territorium nicht zulassen, Garantien zu geben, und erklärt, sie werde diese Waffen nie gegen sie einsetzen. In die gleiche Richtung gehen auch ihre Vorschläge für Verringerung der Spannung und zur Beilegung der Konfliktherde in den riesigen Räumen von Mitteleuropa bis zum Fernen Osten, einschließlich des Nahen Ostens, der Region des Persischen Golfs, des Mittelmeeres, des Indiks und des Pazifiks.

Von wesentlicher Bedeutung in diesem Zusammenhang ist auch der von Leonid Breshnew am 27. April 1981 beim UdSSR-Besuch Muammar Ghaddafis proklamierte Aufruf, alle Staaten sollten sich in ihren gegenseitigen Beziehungen an den „Verhaltenskodex“ halten, der seine Verkörperung in der UNO-Charta, in der Schlußakte von Helsinki und in den bekannten Abkommen der 70er Jahre zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen gefunden hat.

Die konstruktive Haltung der UdSSR zu internationalen Fragen kommt auch in deren Orientierung auf die allseitige Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit mit anderen Ländern zum Ausdruck. Davon zeugen ferner ihre Bemühungen zur Fortführung des gesamteuropäischen Prozesses und zum erfolgreichen Abschluß des Madrider Treffens, ihr Beitrag zur Arbeit der Organisation der Vereinten Nationen und vieles andere.

Ehrliche, gleichberechtigte Verhandlungen sowie die politische Regelung aller bestehenden und entstehenden internationalen Fragen — das ist die ständige und feste Linie der UdSSR. Die einzige „Vorbedingung“, deren Erfüllung die Sowjetunion verlangt, besteht darin, wie das Leonid Breshnew sagte, daß man die Verhandlungen „zur Sprache konkreter Verpflichtungen der Sei-

ten, zum Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit führen muß“. Und zutiefst irren sich jene, die meinen, daß eine solche Forderung die Entspannung „bremst“. Ein Verzicht auf dieses Prinzip würde keineswegs die Schwierigkeiten in den internationalen Angelegenheiten verringern, sondern nur den Kampf der Völker gegen den Imperialismus erschweren.

All das bezeugt eindeutig, daß die UdSSR in der Tat den von ihr verkündeten Kurs verwirklicht: Sie bedroht niemanden und will Konfrontation mit keinem Staat in West oder Ost. Sie war und ist nicht auf militärische Überlegenheit bedacht. Sie leitete keine neuen Runden im Wettrüsten ein und wird es auch nicht tun. Es gibt keine Waffen, die sie nicht bereit wäre, auf gegenseitiger Grundlage, auf Vereinbarung mit anderen Staaten zu begrenzen und zu verbieten. Anders gesagt, demonstriert die Praxis — dieses unfehlbarste Kriterium der Wahrheit — doch wohl überzeugender als alles andere die wirklich friedliebenden Ziele und konstruktiven, realistischen Akte der sowjetischen Außenpolitik.

Immer mehr Menschen in der Welt überzeugen sich davon, daß sich die UdSSR aufrichtig und konsequent für die Entspannung, für die Reduzierung und Einstellung des Wettrüstens einsetzt.

Die UdSSR ist ein sozialistisches Land, und Sozialismus ist Schaffensprozeß und Aufbauwerk. Wir haben keine Klassen und sozialen Gruppen, die am Krieg interessiert wären und sich am Wettrüsten bereichern würden. Wir haben für den vorigen Krieg einen ungeheuerlichen Preis — 20 Millionen Menschenleben — bezahlt.

Für unseren Planeten, für die Menschheit besteht keine andere Alternative: Entweder dauerhafter, stabiler Frieden oder Nuklearkatastrophe. Die Position der KPdSU ist klar: „Den Frieden behaupten — gegenwärtig gibt es keine wichtigere internationale Aufgabe für unsere Partei, für unser Volk, ja für alle Völker unseres Planeten“, betonte Leonid Breschnew auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU.

Von dieser Politik nun heißt es, daß sie „die Entspannung nicht fördert“. Als Hauptargument wird hier Afghanistan ins Treffen geführt. Ein völlig unhaltbares Argument. Es muß schon wieder — zum wievielten Male! — wiederholt werden: Das begrenzte Kontingent der sowjetischen Truppen wurde dorthin auf Bitte der afghanischen Regierung, in vollem Einklang mit Art. 51 der UNO-Charta entsandt. Das war ein Akt der internationali-

stischen Hilfe für ein befreundetes Volk, das einem Überfall des der inneren Reaktion helfenden Imperialismus ausgesetzt war. Der Imperialismus wollte zugleich noch ein Aufmarschgebiet schaffen, das die Sicherheit der Sowjetunion an ihrer Südgrenze bedroht. Hört der Export der Konterrevolution nach Afghanistan auf, wird dem nichterklärten Krieg gegen unseren friedliebenden Nachbarn Einhalt geboten, so werden die sowjetischen Truppen abgezogen.

Die afghanische Regierung rief wiederholt zu Verhandlungen, zu einer politischen Beilegung der Krise auf, aber einige westliche Länder, in erster Linie die USA, sind gerade gegen eine friedliche Regelung.

Das zweite Argument heißt — und das ist noch verwunderlicher — Polen. Es liegen zahlreiche offene, unwiderlegbare Beweise dafür vor, daß die USA an der Aufrechterhaltung und Schürung der Krisenlage in Polen interessiert sind. Eindeutig zeugen davon die Sanktionen, Verbote und Restriktionen in bezug auf dieses Land. Wie Wojciech Jaruzelski, Erster Sekretär des ZK der PVAP, auf dem ZK-Plenum der Partei im Februar sagte, wird Polen „als Instrument, als ein Mittel des Druckes auf die UdSSR, auf die sozialistische Staatengemeinschaft betrachtet. Die wahren Interessen des polnischen Volkes, seine Grenzen, seine Ruhe und die Lebensbedingungen, die Sicherheit des Staates sind in diesem Spiel nicht von Belang... Ihm wurde die Rolle des Zünders unter dem Gebäude des Friedens zugedacht, dessen Fundament die voneinander nicht zu trennenden Abkommen von Jalta und von Potsdam sind. Mit Polen hätte der Prozeß eines Zerfalls der sozialistischen Staatengemeinschaft, ein Zurückwerfen der europäischen Geschichte um eine ganze Epoche beginnen sollen.“

Der Eindruck entsteht, daß die IKP-Führer mit der Forderung nach Aufhebung des Ausnahmezustands in Polen, der, wie die Verbesserung der Lage im Lande jetzt schon mit aller Deutlichkeit zeigt, Ende 1981 das einzig mögliche Mittel war, eine Katastrophe und ein Blutvergießen zu verhüten, in Wirklichkeit den Plänen der imperialistischen Reaktion das Wort reden. Es ist auch kein Zufall, daß zahlreiche bürgerliche Politiker verschiedener Länder sowie die rechten Blätter und Exponenten auch in Italien die IKP-Führung aus diesem Anlaß mit Lob überschütten. Sie unterstützten doch die verlogene Version Reagans und der NATO von der angeblichen Verantwortung der Sowjetunion für die Maßnahmen der

polnischen Führung, die souverän, selbständig und verfassungsmäßig gehandelt hat.

Der Zweck des Ausnahmezustands in Polen ist, die Lage in diesem Land im Herzen Europas zu stabilisieren. Folglich ist es eine Aktion, die den Frieden nicht nur in Europa, sondern auch weltweit festigt. Auf dem ZK-Plenum der PVAP im Februar sagte Wojciech Jaruzelski: „Der Ausnahmezustand in unserem Lande ist im Grunde zum Antikriegszustand geworden. Er hat die Gefahr der Konfrontation aufgeschoben und heute sogar beträchtlich vermindert. Indem Polen seine Probleme mit eigenen Kräften löst, kann es sich zu einem unermeßlich wichtigen, ja zum Schlüsselfaktor der Erhaltung des Friedens entwickeln. Vielleicht wird die Geschichte einst sagen, daß ebenso wie der zweite Weltkrieg mit Polen begann, der dritte Weltkrieg dank Polen nicht begonnen habe.“

Die Verhängung des Ausnahmezustands in Polen hat den Friedenskampf nicht gestoppt, wie die IKP-Führer entgegen den offensichtlichen Tatsachen behaupten, und konnte es auch nicht. Der Ausnahmezustand ist eine vorübergehende Erscheinung, während die Friedensbewegung der Völker dauern wird, solange die Kernkriegsgefahr besteht. Übrigens wird die oben zitierte These des IKP-Vorsitzenden anschaulich durch Fakten der Antikriegsbewegung in den beiden letzten Monaten widerlegt: In den westeuropäischen Ländern fanden mehrere große Manifestationen statt, immer wieder kommen Nachrichten aus der BRD, aus Großbritannien und anderen Ländern über die Entschlossenheit einflußreicher politischer und öffentlicher Organisationen und Kreise, die Stationierung neuer USA-Raketen auf ihrem Territorium zu verhindern, über die anwachsenden Proteste gegen den militaristischen Taumel, durch den die USA alles Positive in den Ost-West-Beziehungen zunichte machen wollen. Ein Massenaufschwung der Antikriegsbewegung ist in Kanada und Australien festzustellen, in Japan hat sie sich verstärkt. Die Opposition zum Reagan-Kurs auf Konfrontation mit der UdSSR hat sich auch in den USA selbst aktiviert. Erwähnt sei z. B. die dort anwachsende Kampagne für das Einfrieren der Kernwaffen.

In Berlinguers Interview vom 21. Februar d. J. wird erneut die Frage der „Blockpolitik“ angeschnitten. „Der internationale Klassenkampf darf nicht mit den beiden Militärblöcken identifiziert werden“, belehrt er, als

hätte sich die KPdSU eine solche Versimpelung jemals zuschulden kommen lassen. Die IKP-Führung wird nicht müde zu wiederholen, alles Übel in der gegenwärtigen Weltpolitik komme von den Blöcken, und zwar gleichermaßen von der NATO und von der Organisation des Warschauer Vertrages. Die IKP-Führer reden und schreiben viel von einer „Blocklogik“, die sie als Streben der Großmächte verstehen, ihre Einflußsphären durch Stärke zu erhalten und zu erweitern.

Die Gleichsetzung der Politik der USA und der UdSSR, der Tätigkeit der NATO und des Warschauer Vertrages verzerrt die Wirklichkeit auf das größte und bedeutet die Abkehr sowohl von der Klassenposition als auch von der objektiven Beurteilung der Politik beider militärpolitischen Organisationen. Es ist befremdend und gefährlich, wenn Kommunisten die grundlegenden Unterschiede im klassenmäßigen Wesen der NATO und des Warschauer Vertrages, ihre einander genau entgegengesetzte Rolle in den internationalen Beziehungen nicht sehen. Nur wenn man Tatsachen völlig ignoriert, kann man gleiche Ziele und die gleiche Handlungsweise dem aggressiven NATO-Block und der Organisation des Warschauer Vertrages zuschreiben, die seit ihres Bestehens ein wirklicher Faktor der Verhinderung der Aggression in Europa ist.

Hier möchten wir die italienischen Genossen, die so gern dazu aufrufen, sich auf Tatsachen zu stützen, daran erinnern, daß es die Teilnehmer des Warschauer Vertrages waren, die seit 1955, praktisch gleich nach seiner Unterzeichnung, wiederholt vorschlugen, den Warschauer Vertrag und die NATO und, als ersten Schritt ab 1966, die Militärorganisationen beider Vertragsorganisationen gleichzeitig aufzulösen.

Die NATO-Leute haben kein einziges Mal auf diese Initiative reagiert. Sie wollen von einer Auflösung des Bündnisses nicht hören, das dem Militär-Industrie-Komplex bei der Ankurbelung des Wettstreits gegen den Sozialismus sowie den reaktionären Kräften im Kampf gegen die demokratischen Bewegungen in den Teilnehmerländern selbst und gegen die Befreiungsbewegung auf den anderen Kontinenten so treu dient.

Es ist angebracht, daran zu erinnern, wie Togliatti die NATO beurteilte. Auf dem X. Parteitag der IKP im Dezember 1962 sagte er: „Was bedeutet heute die Teilnahme am NATO-Block? Zu erklären, das sei wegen der Sicherheit notwendig, ist ein Irrtum... Das ist kein

Bündnis mehr, das sind Ketten, ist ein Joch, unter dem die Nation das Recht verliert, über ihr Schicksal zu verfügen.“ (P. Togliatti. Ausgewählte Artikel und Reden. Band 2, S. 776, russ.) Was hat sich in der NATO seitdem verändert? Wenn schon einige Veränderungen eingetreten sind, so nur zum Schlechteren. Die militaristischen Präntionen der Blockleiter sind noch gewachsen. Washingtons Diktat ist noch stärker geworden. Italien seinerseits wurde in den letzten Jahren mehrmals einem groben Druck und der Einschüchterung durch die NATO ausgesetzt, besonders als es galt, den Sieg der Linkskräfte bei den Parlamentswahlen zu verhindern.

* * *

Fassen wir zusammen.

Nach den kritischen Beiträgen in der „Prawda“ und der Zeitschrift „Kommunist“ trifft man in der italienischen kommunistischen Presse auf so emotional gefärbte Ausdrücke wie „oberstes Gericht“, „Urteil“, „Bannstrahl“, „Exkommunizierung“. In Wirklichkeit gab es nichts dergleichen, es ist auch unmöglich, einen Teilnehmer der kommunistischen Weltbewegung zu „exkommunizieren“. Nicht auf irgend jemandes Hinweis und nicht einmal von der Meinung anderer Parteien wird es bestimmt, ob die eine oder andere Partei zur kommunistischen Bewegung gehört, vielmehr vom Charakter der jeweiligen Partei, von ihrem Programm, ihren Zielen und ihrem Vorgehen, von ihrer Politik, von der Treue zu den Idealen der Arbeiterklasse, zur großen revolutionären Wissenschaft, deren Begründer Marx, Engels und Lenin sind. Nur eine Partei selbst kann aus der Bewegung austreten, ihr den Rücken kehren.

In den 70er Jahren begannen in den ideologisch-theoretischen Positionen der IKP merkliche Veränderungen. Zuerst reduzierten ihre Theoretiker das Wesen des Marxismus-Leninismus auf die Methode (als könnte es Methode ohne Theorie geben). Dann verzichteten sie auf den Marxismus-Leninismus unter dem Vorwand, er habe sich in ein „dogmatisches System“ verwandelt. Heute erklären die IKP-Führer unumwunden, die KP habe aufgehört, eine „Partei einheitlicher Ideologie“ zu sein, und verfechten einen „ideologischen Pluralismus“. Anders gesagt: eine kommunistische Partei ohne Ideologie, d. h. ohne ein System von Anschauungen, das die Grundinteressen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt.

Die IKP-Theoretiker haben mehrere abstrakte Begriffe — „historischer Kompromiß“, „die dritte

Phase“, „der dritte Weg“, „neuer Sozialismus“, „neuer Internationalismus“ — in Umlauf gebracht. Ihr Inhalt ist verschwommen, eklektisch, mehrdeutig. In der IKP selbst ist man sich über ihre Interpretation nicht einig, es sind langjährige, im Sande verlaufende Diskussionen über den wahren Sinn des einen oder anderen Begriffes im Gange. Warum ist das so? Doch wohl deshalb, weil solche Begriffe nicht anhand einer präzisen wissenschaftlichen Analyse von Fakten formuliert, sondern willkürlich, losgerissen von der Wirklichkeit konstruiert werden. Eine ernste theoretische Analyse hat die Aufgabe, nicht bloß Tatsachen zu einem Schema zu gruppieren, sondern auch den politischen Inhalt der Tatsachen aufzuzeigen. Das kann man jedoch nicht tun, wenn man nur von den tagtäglichen, an der Oberfläche liegenden Erscheinungen ausgeht. Es bedarf noch einer Theorie, die die Erfahrungen der Weltgeschichte und durch diese Erfahrungen die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung widerspiegelt.

Der Marxismus-Leninismus ist eine solche von der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung ausgearbeitete ganzheitliche Theorie, eine organische Verbindung philosophischer, wirtschaftlicher und politischer Ideen und Forschungsmethoden. Wie sämtliche historischen Erfahrungen lehren, führt der Verzicht auf die revolutionäre Theorie früher oder später zum Verlust der richtigen Orientierungspunkte in der Politik und birgt große Gefahren für die Arbeiterklasse und das ganze Volk des jeweiligen Landes in sich.

Abschließend sei noch einmal gesagt: Die Interessen des Schutzes des Friedens und der Völkersicherheit erfordern gebieterisch den Zusammenschluß aller Kräfte der kommunistischen, der Arbeiter- und der Befreiungsbewegung, aller, denen der Frieden auf der Erde am Herzen liegt, erfordern einen aktiven Kampf für diese hohen Ziele. Das Denken und Tun der Massen muß in diese Bahn gelenkt, gegen die aggressiven Handlungen und Pläne des Imperialismus gerichtet werden. Die KPdSU ist an einer Polemik mit der IKP-Führung nicht interessiert. Doch wird unrichtigen, nicht objektiven, oft aus der Luft gegriffenen Behauptungen vom Wesen der gesellschaftlichen Ordnung in der UdSSR, von der Innen- und Außenpolitik der KPdSU selbstverständlich eine Abfuhr erteilt werden. (Zeitschrift „Kommunist“, Heft 2/1982).

MENSCHEN AUF SCHIENEN

Wladimir MOLTSCHANOW, Anatoli POPOW

Etwas länger als ein Jahr waren wir nicht in den Niederlanden. In dieser Zeit wurde die Regierung abgelöst, an die Macht kam ein Koalitionskabinet aus Vertretern dreier Parteien: des Christlich-Demokratischen Appells, der Partei der Arbeit und der „Demokraten '66“. Wegen Streitigkeiten über Wirtschafts- und politische Probleme schaffte es diese Regierung bereits, zurückzutreten und nach einer Versöhnung wieder anzutreten.

In den 70er Jahren redete man im Westen dauernd vom „sozialen Wunder“ Niederlande. Im Lande wurde eines der höchsten Lebensniveaus in der Welt erreicht und ein ziemlich dichtes Netz der Sozialversorgung geschaffen. Auch heute heben einige ökonomische Kennziffern die Niederlande positiv von den Nachbarn ab. Dennoch meint Wirtschaftsminister Jan Terlouw, in diesem Jahr sei die Lage „ganz unbefriedigend“. Die Regierung will die Ausgaben für Sozialversicherung und Gesundheitswesen sowie die Löhne und Renten im staatlichen Sektor kürzen. Heute haben die Niederlande die seit vielen Jahrzehnten höchste Arbeitslosigkeit. Die Regierung versucht, sie einzudämmen, und verkündete ein 2,6 Md. Gulden teures Programm zur Schaffung von 60 000 neuen Arbeitsplätzen. Wie Vizeministerpräsident und Sozialminister Joop den Uyl annimmt, werden in den kommenden drei bis vier Jahren die Gesamtausgaben für Arbeitsplatzsicherung vier Milliarden Gulden ausmachen.

Unter den 14 Millionen Einwohnern der Niederlande gibt es bedeutend mehr Lebensauffassungen als politische Parteien, obwohl mindestens 50 Parteien existieren. Vorstellbar, wie schwer es ein Wähler hat, sich im verworrenen politischen Labyrinth zurechtzufinden.

Als 1949 die NATO entstand, gehörten die Niederlande zu ihren Gründern. Seitdem sind sie ein treuer, aber immer kritischerer Bündnispartner geblieben. Im Dezember 1979 gab es in NATO-Kreisen einen Skandal: Die Niederlande vertagten damals die Beschlußfassung über die Stationierung von 48 neuen atomaren US-Mittelstreckenraketen auf ihrem Gebiet. Auch heute wird die Beschlußfassung weiter verschoben, was die USA und die NATO-Führer völlig außer Fassung bringt. So schleudert der Ex-Außenminister und jetzige NATO-Generalsekretär Joseph Luns Donner und Blitz auf die widerspenstigen Landsleute.

Heute nimmt das Problem der Stationierung der Marschflugkörper den zentralen Platz in der Diskussion unter Politikern und in der Öffentlichkeit des Landes ein. West-

liche Beobachter notieren mit Recht, daß das Raketenproblem die Zeitungen und die Köpfe der Niederländer stärker als jedes andere internationale Problem beherrscht. Die größte der regierenden Parteien des Landes, die Partei der Arbeit, erklärte: Kein Kabinet, dem ihre Vertreter angehören, wird die Stationierung der Raketen beschließen. Die kleinste der Regierungsparteien, die aber schnell wächst, die „Demokraten '66“, treten ebenfalls gegen die Stationierung ein. Sie wird auch von der Parlamentsmehrheit abgelehnt.

Allerdings hörten wir auch andere Meinungen. Einige offizielle Persönlichkeiten sind geneigt, den Stationierungsbeschuß von den Ergebnissen der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf abhängig zu machen. Aber gerade Parlamentarier und Spitzenpolitiker der Niederlande erklärten mehrfach, daß sie eine eigene Weltsicht haben, daß ihr Land berufen ist, auf internationaler Ebene eine größere Rolle als die eines Statisten zu spielen.

Was die Niederlande betrifft, so wollen die USA, nach allem zu urteilen, sie lieber als Marionette auf der europäischen Bühne sehen. Dazu sei ein vielsagendes Zitat aus der „Washington Post“, das die amerikanische Denkweise widerspiegelt, angeführt: „Holland ist so klein, daß es vom Schicksal dazu verurteilt ist, die Rolle des Bauern auf dem europäischen Kontinent zu spielen. Amsterdam ist die Hauptstadt der Pornographie, die holländischen Soldaten sind langhaarig. Praktisch ist Holland unbedeutend, es kann nicht als wichtiger Faktor gelten.“ Man muß annehmen, daß die Niederländer selbst derartigen Anschauungen die gebührende Abfuhr erteilen können und es nicht erlauben, mit dem Schicksal ihres Landes zu spielen. Wie uns nüchtern denkende Gesprächspartner sagten, braucht es dazu eine selbständigere, unabhängige, „niederländischere“ Außenpolitik, die die Sorge um die Sicherheit des Landes in den Vordergrund rückt.

Von diesen Überlegungen läßt sich offenbar auch das Parlament leiten. Es sprach sich gegen die Stationierung von C-Waffen im Lande und gegen deren Verwendung durch die niederländischen Streitkräfte aus. Außenminister Max Van der Stoep unterstrich im Parlament, die Regierung bedaure außerordentlich, daß die Reagan-Administration gewillt ist, Hunderte Millionen Dollar für Entwicklung und Produktion von chemischen Mitteln der Kriegführung bereitzustellen. Und das, hob der Minister hervor, da gerade jetzt im UNO-Abrüstungsausschuß der Abschluß eines Vertrags zum

Verbot dieser Waffen erörtert wird.

Im letzten Jahr tauchte im politischen Lexikon ein neuer Begriff auf, der in Übersee, wo man über die Antikriegsstimmungen der Europäer besorgt ist, erfunden wurde: die „Hollanditis“. Was ist das für eine „Krankheit“?

Auf niederländischem Territorium sind bereits mehr als 100 US-Atomsprenghöpfe stationiert. Die niederländische Armee ist mit „Lance“-Haubitzen und Raketen ausgerüstet, die nukleare und Neutronensprengköpfe tragen können. Die Luftstreitkräfte besitzen Flugabwehrraketen „Nike-Hercules“ mit nuklearen Sprengköpfen. Die Pioniertruppen sind mit US-Atomminen ausgerüstet, die „Neptun“-Patrouillenflugzeuge der Kriegsflotte sind für den Abwurf von nuklearen Anti-U-Boot-Raketen eingerichtet. Es sei daran erinnert, daß über dieses ganze Arsenal ein Land verfügt, das fast zur Hälfte unter dem Niveau des Meeresspiegels liegt, was es außerordentlich verwundbar macht. Die Erkenntnis, daß die auf seinem Boden stationierten Atomwaffen das Land in eine irreparable Katastrophe treiben können, führte Ende der 70er Jahre zu einem ungekannten Aufschwung der Friedensbewegung. 1,2 Millionen Niederländer unterschrieben den Aufruf „Die Neutronenbombe stoppen!“. Die Niederlande sind das erste kapitalistische Land, dessen Parlament gegen die Produktion dieser Bombe auftrat.

Der „Hollanditis“-Virus war resistent. Die zynischen Erklärungen Reagans über die Möglichkeit eines auf Europa „begrenzten“ Atomkriegs förderten seine Verbreitung. Erinnern wir uns an die mächtige Welle von Friedensdemonstrationen, die 1981 die Hauptstädte europäischer NATO-Staaten ergriff: London und Paris, Rom und Bonn. Am 21. November 1981 schließlich fand in Amsterdam die größte Manifestation der Friedensanhänger (in der Geschichte der Niederlande und wohl auch ganz Westeuropas) statt. Über 400 000 Menschen füllten damals die Straßen der Stadt und forderten das Ende des Wettrüstens. Und viele tausend Niederländer konnten an dieser Demonstration nicht teilnehmen! An jenem Tage reichten die Züge und Busse im Lande nicht aus, um alle nach Amsterdam zu bringen, die „nein“ zu den Atomwaffen sagen wollten.

Beispiele für die das Land ergreifenden Antikriegsstimmungen gibt es viele. Wir wurden Zeugen einer ungewöhnlichen Protestaktion. Aus dem US-Schiff „American Ranger“, das einen Hafen im Norden des Landes angelaufen hatte, wurden 1600 t Munition für die US-Truppen in der BRD in Eisenbahnzüge verladen. Hunderte Niederländer, die die todbringende Fracht nicht durch ihr Land rollen lassen wollten, legten sich auf die Schienen. Erst nach zwei Tagen gelang es der Polizei, unter großen Mühen die Demonstranten auseinanderzujagen.

Amsterdam—Moskau

NACH DER ERSTEN VERHANDLUNGSRUNDE

(Aus der Auslandspresse)

Alexander USWATOW

Die erste Runde der offiziellen chinesisch-indischen Verhandlungen fand im Dezember v. J. in Peking statt. Auf ihr wurden die seit dem Überfall Chinas auf Indien von 1962 bestehende Grenzfrage und eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen erörtert. Diese Verhandlungen haben, wie der indische Außenminister P. V. Narasimha Rao im Parlament erklärte, „recht tiefe Differenzen“ zwischen den Seiten demonstriert. Nichtsdestoweniger sei es, wie er in einem Interview für die kuweitische Zeitung „Arab Times“ sagte, positiv zu sehen, daß sie überhaupt „stattgefunden und zu einem besseren Verständnis der Positionen der anderen Seite geführt haben“.

Seitdem sprechen sich offizielle Persönlichkeiten Indiens, geleitet von gutem Willen, immer wieder für eine Regelung der Streitfragen mit China (doch nicht auf Kosten territorialer Zugeständnisse) und für eine Verbesserung der Beziehungen zu Peking aus. Hierbei mangelt es seitens Indiens auch nicht an konkreten Bekundungen einer konstruktiven Haltung zu den Beziehungen mit dem nördlichen Nachbarn. So wurde in Neu-Delhi auf Initiative der Regierungspartei, des Indischen Nationalkongresses (I), die Bildung einer „indisch-chinesischen Gesellschaft“ bekanntgegeben. Die Regierung lud China als Sondergast zur Süd-Süd-Konferenz in Neu-Delhi ein, obgleich die VR China weder der „Gruppe der 77“ noch der Bewegung der Nichtpaktgebundenen angehört.

Pu Shaochang, stellvertretender Außenminister der VR China, erklärte am Rande der Konferenz in einem Interview für die Press Trust of India, sein Land werde sich auch weiterhin zu Grenzverhandlungen mit Indien „positiv stellen“. Es gäbe, fügte er hinzu, „enorme Möglichkeiten“, die Verbindungen auch in anderen Bereichen zu festigen, insbesondere die wirtschaftlichen und kulturellen. Bereits zuvor hatte Außenminister Huang Hua beim Empfang der indischen Delegation zu den Pekinger Verhandlungen gesagt, diese würden „positiven Einfluß“ auf die weitere Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern haben“.

Was nun hat Peking nach der ersten Runde unternommen, um einen Fortschritt in den Beziehungen zu Indien zu erreichen?

Die indische Öffentlichkeit erwartete durchaus zu Recht, daß Peking, das für eine Normalisierung eintritt, um so mehr nach dem Beginn offizieller Verhandlungen, jegliche antiindische Tätigkeit einstellen würde. Doch...

Auf Karten wie im Gelände

China hält weiterhin die Ende der 50er Jahre und 1962 besetzte indische Region Aksai Chin (37 500 km²) im Westabschnitt der indisch-chinesischen Grenze zurück. Und am Ostabschnitt, dort, wo sich Arunatschal-Pradesch, ein Bundesterritorium Indiens, befindet, beansprucht es weitere 90 000 km².

Im Juni 1980 legte Peking durch Deng Xiaoping den „Komplexplan“ einer Grenzregelung vor: „Wenn wir die heutige Demarkationslinie im Ostabschnitt anerkennen, muß Indien den Status quo im Westabschnitt anerkennen.“

Dieser Vorschlag löste in Indien allgemeine Empörung aus. Die Zeitung „Patriot“ bezeichnete ihn als provokatorisch, da er, wie die „Times of India“ bereits nach den Verhandlungen schrieb, einen Austausch der einen Indien gehörenden Territorien gegen andere ebenfalls indische Gebiete vorsieht.

Daß aber die Ansprüche Pekings auf indische Gebiete im Ostabschnitt keineswegs platonischer Natur sind, verdeutlicht ein Vorgang, der sich nicht lange vor den Verhandlungen vom Dezember v. J. abspielte: die Visumsverweigerung für ein Mitglied der indischen Delegation, das nach Peking zu einer internationalen UNO-Konferenz über Fragen der Demographie und Entwicklung reisen wollte. Dieser unerwünschte Delegierte war der Speaker der gesetzgebenden Versammlung von Arunatschal Pradesch, T. L. Rajkumar. Das Visum wurde ihm verweigert, weil die chinesische Regierung die Existenz des indischen Bundesterritoriums Arunatschal Pradesch nicht aner-

kennt und es auf ihren Karten ständig als Bestandteil der VR China darstellt.

Der indische Parlamentarier erhielt letztlich sein Visum unter UNO-Druck. Doch Pekings Gebietsansprüche bleiben bestehen. Davon zeugt z. B. die in Heft 1/1982 der chinesischen Zeitschrift „Shize Zhishi“ veröffentlichte Karte. Alle Regionen Indiens, die Peking als strittig bezeichnet, werden da China zugeordnet. Erst vor kurzem erschien Pressemeldungen zufolge in China ein neues Schullehrbuch der Geographie. Auf einer seiner Karten ist Indien auch noch ohne seinen 22. Bundesstaat Sikkim dargestellt. Die VR China erkennt dessen Einbeziehung in die Republik Indien nicht an, was übrigens bereits 1975, auf Beschluß des Sikkimer Parlaments, erfolgte und in einem Referendum gebilligt wurde.

Angesichts der Pekinger Position hält auch die „Times of India“ die indisch-chinesische Grenzfrage für „praktisch unlösbar“. „Üblicherweise werden Grenzfragen durch Zugeständnisse gelöst“, schrieb sie am 16. Dezember. „Doch Indien kann diesbezüglich einfach keine Zugeständnisse machen, weil es China einfach nichts zugestehen hat. Indien kann dem chinesischen Vorschlag für eine beiderseitige Anerkennung der jetzt bestehenden Grenzlage nicht zustimmen.“ Der „Patriot“ konstatierte damals ebenfalls: Die jetzigen chinesischen Machthaber stellen seinerzeit von anderen Mächten mit Peking geschlossene Verträge über territoriale Probleme in Frage, während sie zur gleichen Zeit ihre eigenen Hegemonieansprüche auf Gebiete, die Nachbarstaaten gehören, für gerecht halten.

Diese Hegemonieansprüche kommen auch in der Unterstützung, Finanzierung und überdies Inspizierung separatistischer Bewegungen im Nordosten Indiens zum Ausdruck, die diese Region abtrennen und die Lage in Indien insgesamt destabilisieren sollen. Kaum vergeht eine Woche, ohne daß Verhaftungen von Separatisten der verbotenen prochinesischen Organisation Nationale Front Mizo im Bundesterritorium Mizoram gemeldet werden. Bei vielen von ihnen werden Waffen chinesischer Produktion und Dokumente, die Verbindungen zu chinesischen Geheimdiensten belegen, entdeckt. Eine nicht geringe Zahl von Extremisten wurde in chinesischen Diversionenzentren ausgebildet. Das gleiche gilt auch für die Separatisten von Manipur und Nagaland. Sind das die „freundschaftlichen Gesten“ gegenüber Indien?

Wenn es scheint, der Fuchs sei gutmütig...

Ernsthafte Befürchtungen ruft in Indien bekanntlich die forcierte

Aufrüstung des westlichen Nachbar Pakistan hervor. Erinnert sei an die über 3 Md.-US-Militär- und Wirtschaftshilfe sowie an den Barverkauf amerikanischer Waffen an Pakistan. In Indien hat man nicht vergessen, daß China viele Jahre einen nicht geringen und vielfältigen Beitrag zur Militarisierung Pakistans leistete und leistet. Die chinesische Militärhilfe für Islamabad, vor allem die nicht zurückzuzählende, erreichte im Zeitraum 1966—1980 ca. 2 Md. Dollar — diese Zahl nannte der pakistanische Präsident, General Zia ul-Haq, selbst. China hat beim Aufbau einiger Rüstungsbetriebe in Pakistan zur Produktion von Schußwaffen, zur Reparatur von Panzern und Kampfflugzeugen geholfen. Der chinesische Generalstabschef Yang Dezhi bestätigte bei einem Besuch Islamabads im November 1981, daß „die militärischen und besonders die rüstungstechnischen Verbindungen der wichtigste Faktor bei der Festigung der pakistani-sch-chinesischen Beziehungen für die nächste Zukunft bleiben“.

Und der Bau der strategischen Karakorum-Straße, die China mit Pakistan verbindet? Führt sie ja neben allem anderen durch jenen Teil des indischen Bundesstaates Dschammu und Kaschmir, der von Indien losgetrennt ist und von Pakistan kontrolliert wird. P. V. Narasimha Rao erklärte am 25. Februar im Parlament erneut mit aller Entschlossenheit, daß „der indische Bundesstaat Dschammu und Kaschmir, einschließlich des von Pakistan okkupierten Teils dieses Bundesstaates, ein Bestandteil des Territoriums Indiens ist“.

Die Bombayer Wochenschrift „Blitz“ brachte am 2. Januar 1982 einen langen mit einer Übersichtskarte versehenen Artikel, in dem ausführlich berichtet wird, wie chinesische Pioniereinheiten beim Aufbau eines verzweigten Straßennetzes im von Pakistan besetzten Teil dieses indischen Bundesstaates helfen. Die Straßen führen zur pakistani-sch-indischen Demarkationslinie...

Ständig verstärkt China das Militärpotential auch in seinen Grenzgebieten zu Indien. Der „National Herald“ berichtete am 14. Februar von umfassenden militärischen Vorbereitungen in Tibet, wo die chinesische Armee bereits eine halbe Million Mann zusammengezogen hat. Neben dem Bau von Flughäfen und Radaranlagen dort, schrieb die Zeitung, errichten die Chinesen einen Raketenstützpunkt 320 km von Lhasa entfernt — eine Bedrohung für viele Städte Indiens und die Länder Südasiens. Der indische Armeestabschef G. V. Krishna Rao sagte in einem Interview für die Zeitschrift „India Today“: „Wenn sie“ (die Chinesen) „das wollen,

dann können sie leicht einen Angriff beginnen...“

Die indische Presse verweist auch auf die immer breiteren militärischen Kontakte USA—China und auf die immer intensivere strategische Zusammenarbeit beider Länder. All das, konstatierte die „Times of India“, zwingt Indien zu einer Modernisierung seiner Streitkräfte. Indien folgt sozusagen einem Ausspruch Mao Zedongs, an den sich die britische „Times“ unlängst erinnerte: „Scheint der Fuchs gutmütig gestimmt zu sein, dann hängt am Hühnerstall ein weiteres Schloß auf...“

Nicht auf Kosten des Bewährten

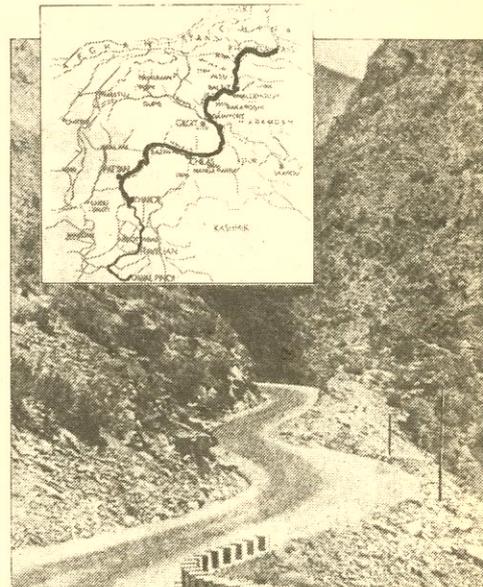
Die indische Presse verweist auf das verdächtig große Interesse, das die USA, eben jene USA, die stets an fremdem Streit zu profitieren suchen, jetzt an einer Überwindung der indisch-chinesischen Differenzen zeigen. Wie der „Statesman“ schrieb, hat das den „Verdacht in Indien“ bezüglich der Motive, die China auf einmal zu verbalen Freundschaftskundgebungen veranlassen, „bestärkt“. In Neu-Delhi versteht man: Die USA setzen offenbar darauf, daß eine Verbesserung der Beziehungen Indiens zu China eine Schwächung der indisch-sowjetischen Freundschaft herbeiführen würde. Man ist sich in Neu-Delhi auch der wahren Bedeutung der Achse Washington—Peking—Islamabad bewußt, ihrer für den Frieden in der Region gefährlichen politischen Ausrichtung.

In einem Interview für die US-Zeitschrift „Leaders“ erklärte Ministerpräsidentin Indira Gandhi („National Herald“, 12. Januar): „Die Beziehungen Indiens zu China können spürbar besser werden, doch unter der Bedingung, daß sie sich nicht auf Kosten der bewährten indisch-sowjetischen Freundschaft entwickeln werden.“ „Die Freundschaft mit der UdSSR ist ein Eckstein der indischen Außenpolitik“, betonte die Zeitschrift „Link“.

Hat sich nun nach der ersten Runde irgendein Fortschritt bei den chinesisch-indischen Wirtschaftsbeziehungen abgezeichnet? Der indischen Presse zufolge nein. Überdies wird in Indien konstatiert: Wenn Peking auch Handels- und Wirtschaftshebel einsetzt, dann eher zum geschäftlichen oder politischen Schaden Indiens. So bekunden die indischen Textilexporteure der „Times of India“ zufolge Unzufriedenheit darüber, daß China seine Textilien in den Entwicklungsländern zu Dumpingpreisen abstoßt. Und G. D. Shah, Vorsitzender des indischen Exportförderungsrates für Maschinenbauerzeugnisse, nannte Anfang Februar vor Journalisten Angaben, die davon zeugen, welche „spürbare negative Wirkung“ die „äußerst aggressive Exportpolitik“ der VR China auf traditionellen indischen Exportmärkten — in Süd-

ostasien, im Nahen Osten und in Schwarzafrika — auf „die Auslands-lieferungen indischer Maschinenbauerzeugnisse“ hat. Am 11. Januar meldete die indische Presse, daß China und Pakistan Verhandlungen über die Ausweitung des gegenseitigen Handels... auf dem von Pakistan besetzten Territorium des indischen Bundesstaates Dschammu und Kaschmir geführt haben.

...Auf die Frage des Nachrichtenmagazins „U. S. News & World Report“ (Heft vom 15. Februar) an Indira Gandhi: „Wenn die Grenzverhandlungen Indiens mit China Erfolg haben, rechnen Sie dann mit einem Nachlassen der Spannung in



Hoch in den Bergen verläuft die Karakorum-Straße, die Pakistan mit China verbindet —, insbesondere über den von Pakistan kontrollierten Nordteil des indischen Bundesstaates Dschammu und Kaschmir. Jetzt entsteht der Bombayer Wochenschrift „Blitz“ zufolge, der wir das Foto und die Übersichtskarte entnehmen, ein Straßennetz, das von der Magistrale zur pakistani-sch-indischen Demarkationslinie führt. Der Bau erfolgt mit Hilfe von Pioniereinheiten der chinesischen Armee.

den bilateralen Beziehungen bei anderen Problemen?“ antwortete sie so: „Das hängt von der Position der Chinesen ab. Letztlich sind es ja sie, die unser Territorium, ein sehr großes Gebiet, okkupieren. Die Freundschaft mit einem Land hängt davon ab, wie dieses Land sich gegenüber Ihrem Land verhalten wird. Und es kann passieren, daß man einem Land die Hand der Freundschaft reicht, diese aber in der Luft hängen bleibt. Was kann man in so einem Fall tun?“

Das Datum der zweiten Runde der indisch-chinesischen Verhandlungen steht noch nicht fest. Man denkt an Mai und Juni, diesmal in Neu-Delhi.

Vom Tor an aufwärts



Der Profifußball in Italien wird zum reinen Geschäft und zum karrierefördernden Mittel. Wie der „Osservatore Mediterraneo“ schreibt, kaufen die 36 Klubs der A- und B-Liga trotz ihrer großen Finanznöte (sie haben 86 Md. Lire Schulden) weiter Spieler auf und verkaufen sie. Ihr gesamter „Warenumsatz“ damit macht mehr als 50 Md. Lire aus. Finanzhaie versuchen, die Klubs zu beherrschen, was ihnen übrigens Aussichten auf hohe Posten in den örtlichen Staatsorganen eröffnet.

Geld futsch

Die Ständige Konferenz der Innenminister und Senatoren des Bundes und der Länder beschloß 1981, fälschungssichere Personalausweise aus Plastik einzuführen. Die Bundesdruckerei bereitete sich sorgfältig auf die Ausführung des Auftrags vor und baute neue Gebäude, stellte 56 zusätzliche Kräfte ein und bestellte besondere Offsetmaschinen und andere Ausrüstungen. Vor kurzem aber entschied die Konferenz plötzlich, auf dieses Vorhaben „vorläufig“ zu verzichten. Warum? Um zu sparen. Wie der Bundesrechnungshof feststellte, kostete dieser Gesinnungswandel der Minister und Senatoren die Steuerzahler bereits über 30 Mio DM.

Zuviel Sekten

Wie die Pariser Zeitschrift „Point“ mitteilt, vermehren sich im letzten Jahrzehnt in Frankreich die exotischen religiösen Sekten wie die Kaninchen. Jetzt gibt es ca. 250 Sekten. Darunter so harmlose wie die „Zwiebelverehrer“. In anderen aber verlangen die geistlichen Lehrmeister die totale Unterordnung der Anhänger und beuten sie schamlos aus. Die Sekte „Das Gewissen Krishnas“ zwingt ihre Gläubigen, in Klöstern zu leben, Saris zu tragen und auf den Straßen zu betteln. Viele Sekten raffen Millionen auf ziemlich zweifelhafte Weise zusammen. Das alarmierte die französische Öffentlichkeit, und im Parlament gab es eine entsprechende Anfrage. Die Regierung versprach, das Problem zu untersuchen.

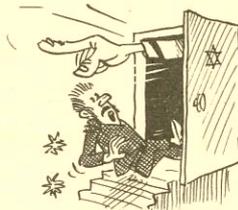
Whisky gegen Sake



Der japanische Reisschnaps Sake verliert immer mehr Positionen im Vergleich zu Whisky, Bier, Kognak und anderen importierten Getränken. Die Hauptursache ist das Bestreben vieler junger Japaner, die Helden westlicher Filme und Romane nachzuahmen und den Abend mit

einem Glas Scotch oder Bier zu verbringen. Die Sake-Hersteller sind beunruhigt. Sie eröffneten auf der Ginzua ein mit Spielautomaten ausgestattetes Reklamecenter. Dort kann man alles über die Geschichte des Sake erfahren und natürlich auch jede seiner Sorten probieren.

Ein unerwünschter Mohammed



Der israelische Parlamentarier arabischer Herkunft Mohammed Watad ist ein prinzipienfester Mensch. So meint er, daß die Menschen verschiedener Rassen und Nationalitäten gleiche Rechte und Chancen haben müssen. Aber seine Umwelt ist anderer Meinung. Mehrere Monate lang versuchte Watad, eine Wohnung in Tel Aviv zu mieten. Sobald er jedoch seinen Namen sagte, wies man ihm die Tür. Seine Freunde fragten ihn: Warum berufst du dich nicht auf deine Vorrechte als Abgeordneter? Ich bin für Gleichheit, antwortete Mohammed. Jetzt will er diesem Prinzip Wirkung verschaffen. Auf seinen Vorschlag hin bereiten mehrere Knesset-Abgeordnete ein Gesetz gegen Rassendiskriminierung in Israel vor.

Wissenschaft macht süchtig

Die auf einer Forschungsstation in der Antarktis arbeitenden US-Amerikaner waren empört darüber, daß die Zollbeamten in Christchurch (Neuseeland) ihre Post, die hier durchgeht, zurückhalten und sogar noch kontrollieren. Wie

sich herausstellte, tun das die Zöllner nicht ohne guten Grund. Sie suchen und finden in der Post oft Rauschgift. Bislang entdeckten sie Narkotika im Wert von vielen tausend Dollar, auch im Gepäck der über Christchurch zum sechsten Kontinent reisenden Amerikaner. Einige von ihnen kamen bereits vor ein neuseeländisches Gericht.

Reaganomie für Reagan

US-Präsident Reagan verkaufte, wie der italienische „Messaggero“ schrieb, seine Villa in Kalifornien. Käufer fanden sich in Massen: verleih die Villa doch ein „präsidentenhaftes“ Prestige und bietet einen Blick auf den Stillen Ozean. Dazu war sie spottbillig: „nur“ 1 900 000 Dollar! Jetzt interessiert die Amerikaner sehr, ob der neue Besitzer eine Ahnung davon hat, daß Ronald Reagan das Häuschen vor 25 Jahren für ... ganze 100 000 Dollar kaufte?

Tödlicher Rekord



Nach von der Schweizer Regierung veröffentlichten Angaben gab es 1981 einen ziemlich traurigen Rekord: 107 Landesbewohner starben durch Rauschgiftmißbrauch. Die Opfer waren vor allem Heroinsüchtige. Damit wurde der frühere Rekord von 102 Opfern pro Jahr übertroffen, meldete Reuter.

Zeichnungen:
V. Trintschenko

NEUE ZEIT

НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aerolot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОЛОТ

СВЯТОГО ПЕТРА